

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 25. März 2010
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 22.15 Uhr**

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Daniel Dähler, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Stefan Nünlist, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Andreas Schibli, 10. René Wernli,
11. Christian Wüthrich, 12. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Thomas Marbet, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Daniel Schneider,
9. Luzia Stocker Rötheli, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich, 12. Lea von Wartburg

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Roland Rudolf von Rohr,
5. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Stephan Fröhlicher, 4. Anita Huber,
5. Theo Schöni, 6. Patrick Weibel, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Kappeler, 4. André Köstli, 5. Christian Werner,
6. Marc Winistörfer, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Markus Sieber, Finanzverwalter
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:

Daniel Probst

Huguette Meyer Derungs
Patrick Kissling
Armand Weissen
René Steiner

Vorsitz: Roland Rudolf von Rohr

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

6. Aufarbeitung der Abläufe innerhalb des Stadtrates und der Stadtverwaltung sowie des Informationsregimes des Stadtrates betreffend das Kaufangebot der AG Hunziker & Co. an den Stadtrat von Olten für das Areal Olten SüdWest

7. Dringliche Vorstösse/Beantwortungen

7.1. Postulat GPK betr. „Für eine bessere Führung der Stadtrats-Geschäfte“

7.2. Postulat GPK betr. „Für mehr Transparenz über Entscheide des Stadtrates“

7.3. Postulat GPK betr. „Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung“

* 7.4 Postulat SP-Fraktion betr. Einsicht in Protokoll der Retraite

* 7.5 Motion Fraktion Grüne betr. Verhandlungen für Teilkauf von Olten SüdWest

8. Volksinitiative „Kauf von Olten SüdWest“/Antrag auf Ablehnungsempfehlung zu Handen der Volksabstimmung

9. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung

9.1 Interpellation Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. PlusEnergiehaus-Siedlung in Olten SüdWest (eingereicht am 16.09.2009/erstmalig traktandiert)

9.2. Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. wieviel kostet uns Olten SüdWest? (eingereicht am 16.09.2009/erstmalig traktandiert)

9.3. Interpellation Anna Engeler (GO) und Mitunterzeichnende betr. Zwischennutzungen in Olten SüdWest (eingereicht am 16.09.2009/erstmalig traktandiert)

* 9.4. Motion Brigitte Kissling (SP), Andreas Schibli (FdP), Armand Weissen (CVP/EVP) und Felix Wettstein (GO/JA) betr. Schulraumplanung (eingereicht am 26.03.2009/erstmalig traktandiert am 28.01.2010)

* 9.5. Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Integration auf der Oberstufe (eingereicht am 28.05.2009/erstmalig traktandiert am 28.01.2010)

* 9.6. Petition SP Olten betr. „Mehr Olten für Alle“ (eingereicht am 29.01.2009/erstmalig traktandiert am 28.01.2010)

* Ergänzung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr begrüsst die Vertreter der Presse, die Mitglieder des Gemeindeparlaments, die Stadträtin und Stadträte zum zweiten Teil der Sitzung und lädt zu einer interessanten, aber auch fairen und mit gegenseitigem Respekt ausgetragenen Debatte ein.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 79

Aufarbeitung der Abläufe innerhalb des Stadtrates und der Stadtverwaltung sowie des Informationsregimes des Stadtrates betreffend das Kaufangebot der AG Hunziker & Co. an den Stadtrat von Olten für das Areal SüdWest

Nico Zila, GPK-Präsident: Sie alle haben dem GPK-Bericht oder der medialen Berichterstattung in den letzten drei Wochen schon viele Informationen zu diesem Geschäft entnehmen können. Ich werde deshalb nicht mehr in aller Ausführlichkeit auf die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission eingehen, sondern nur die wichtigen Ergebnisse zusammenfassen. Zur Ausgangslage möchte ich an Ende Juni 2009 erinnern. Wir hatten Dokumente in einem Windfang im Schöngrundquartier, kurze Zeit später im Oltnen Tagblatt, und die GPK, die sich darauf am 30. Juni 2009 den Auftrag gegeben hat, die Abläufe innerhalb des Stadtrates, der städtischen Verwaltung und des Informationsregimes des Stadtrates betreffend das Kaufangebot der AG Hunziker für das Areal Olten SüdWest aufzuarbeiten. Mit dem Auftrag zur Aufarbeitung ist es der GPK darum gegangen abzuklären, wer bzw. welche Stelle innerhalb der Stadtverwaltung wann was über das Kaufangebot der AG Hunziker gewusst hat. Weiter sollte Klarheit darüber geschaffen werden, wer innerhalb des Stadtrates und der Stadtverwaltung anders über das Kaufangebot informiert hat. Zudem sollte geklärt werden, wie der Entscheid des Stadtrates vorbereitet und gestützt auf welche Informationen und Überlegungen er gefällt worden ist. Ein wichtiger Vorentscheid in diesem Zusammenhang war für die GPK, dass wir beschlossen haben, Informationen zusammen zu tragen und sie dem Parlament als Grundlage für weitere Entscheid zur Verfügung stellen. Aus dieser Haltung sind schliesslich auch die insgesamt fünf Vorstösse entstanden, wovon drei heute behandelt werden. Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen, dass sich gestützt auf den Auftrag und die Zielsetzung der Aufarbeitung auch ergibt, dass die GPK keine disziplinarische und schon gar keine strafrechtliche Untersuchung durchgeführt hat. Einige Worte zum Vorgehen: Die GPK hat in den letzten neun Monaten elf Sondersitzungen zu diesem Geschäft durchgeführt. Wir haben formelle Gespräche mit zwölf beteiligten Personen geführt und durften Einsicht in relevante Protokolle des Stadtrates, von Kommission und auch von Leitungssitzungen einzelner Direktionen nehmen. Zudem haben wir die mediale Berichterstattung zum Thema Olten SüdWest gesichtet und dies mit Schwerpunkt auf den Zeiträumen Frühling 2007 und Sommer 2009. An dieser Stelle ist es einen Hinweis wert - ich denke, wir dürfen und müssen hier mit offenen Karten spielen - wie hoch die Kosten zu Lasten der Stadtkasse ausfallen werden, welche diese Übung uns gebracht hat. Die definitive Abrechnung liegt noch nicht vor. Wir können davon ausgehen, dass Ausgaben von rund Fr. 85'000.— angefallen sind. Selbstverständlich haben wir den grössten Posten für unseren externen juristischen Sekretär, auf den und seine Rolle ich noch zu sprechen kommen werde, aufgewendet. Zusätzliche Sitzungsgelder. Hier ist noch nie jemand reich geworden. Ihr kennt das „Tarifreglement“ für Politiker in der Stadt Olten. Plus einige Spesen. Zusammengefasst rund Fr. 85'000.—. Jetzt zum „Fleisch am Knochen“. In ihrer Arbeit hat die GPK herausgefunden, dass die AG Hunziker im April 2007 dem Stadtrat den Kauf des Areals Olten SüdWest vorgeschlagen und dabei gemäss ihrer schriftlichen Aussage gegenüber dem Stadtpräsidenten mündlich eine Preisvorstellung von 12 Millionen Franken genannt hat. Der Stadtrat hat von Anfang an ablehnend reagiert und ist auf das Kaufangebot nicht eingetreten. Allerdings hat er das Kaufangebot der AG Hunziker nie schriftlich beantwortet. Wir haben weiter herausgefunden, dass der Stadtrat keine aussagekräftigen Entscheidungsgrundlagen über das Kaufangebot für das Gelände Olten

SüdWest beschafft hat. Es hat keine Unterlagen und Hinweise gegeben, die uns zur Kenntnis gekommen sind, dass das Kaufangebot der AG Hunziker im Frühling 2007 überhaupt im Gesamstadtrat diskutiert worden wäre. Nicht zuletzt hat der Stadtrat auch nicht die zuständigen Kommissionen und auch nicht das Parlament orientiert. Die vom Stadtrat im Jahr 2009 mehrmals öffentlich gemachte Aussage, wonach der Nichtkauf einen strategischen Entscheid zur Grundlage habe, lässt sich aufgrund der Aktenlage nicht belegen. Der Stadtrat hat ja dazu gestern auch Stellung genommen. Anlässlich der Aufarbeitung der Abläufe und Ereignisse hat die GPK weiter erkannt, dass ganz allgemein innerhalb der städtischen Verwaltung zu diesem Zeitpunkt für die Entgegennahme, die Eingangsbestätigung und die Behandlung von E-Mails und Briefen, die von extern eingehen, keine einheitliche Regelung bestanden hat. Ich denke, wie weit diese Situation heute noch so ist – dies als Klammerbemerkung – wird dann die Diskussion um die Vorstösse klären. Soviel zu den Ergebnissen. Abschliessend zu diesem kurzen Kapitel möchte ich auch noch klar sagen, dass die Frage, ob der Stadtrat sich diesem Kaufangebot hätte annehmen sollen oder nicht, ausdrücklich nicht Gegenstand unserer Arbeit gewesen ist. Wir haben zu diesem Thema die Hauptargumente des Stadtrates für den Nichtkauf zwar in unseren Bericht aufgenommen, aber dazu bewusst nicht Stellung bezogen. Es gilt deshalb an dieser Stelle auch in aller Deutlichkeit zu sagen, dass das Geschäft hier von der Volksinitiative, über die wir im Anschluss entscheiden werden, ganz klar getrennt werden muss. In den letzten drei Wochen sind medial und auf allerhand durchsichtige und weniger durchsichtigen Kanälen einige weiteren Themen zur Sprache gekommen, von denen ich finde, sie seien erwähnenswert, auch die Meinung der GPK dazu noch klar zu machen. Einerseits haben wir das Thema Protokollauszug der Stadtratsretraite zum Thema Olten SüdWest. Es ist die klare Haltung, dass die GPK bedauert, dass der Stadtrat nicht bereit gewesen ist und auch heute nicht bereit, der Kommission dieses Dokument zur Verfügung zu stellen. Ich möchte aber auch sagen, dass die GPK die Überlegungen des Stadtrates respektiert und aufgrund der erhaltenen Signale glaubt, dass auch die Überweisung des Postulats der SP letztlich nichts an der Haltung ändern würde, die der Stadtrat in dieser Frage einnimmt. Er ist nicht anwesend heute, was ich verstehe, wenn ich dies richtig sehe, und es ist vielleicht auch nicht sehr schön, über Personen zu sprechen, die jetzt nicht im Saal sind. Aber die Person von Christian Winiger als ehemaliger Rechtskonsulent der Stadt ist in den letzten Tagen besonders in ein Licht gerückt worden, das wir hier auch thematisieren müssen. Ich möchte ganz kurz aufrollen, wie unser Kontakt mit Christian Winiger Ende November 2009 ausgesehen hat. Wir haben am 27. November 2009 mit Christian Winiger den Kontakt aufgenommen und ihn angefragt, ob er für ein Gespräch mit uns zur Verfügung stehe. Er hat anfänglich Bereitschaft geäussert, allerdings ein paar Tage später seine Zusage wieder zurückgezogen. Seinen Entscheid hat er damit begründet, dass er nach wie vor auch nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Stadt Olten dem Amtsgeheimnis untersteht, und er hat weiter gesagt, was ja offensichtlich richtig ist, dass die GPK nicht die Möglichkeit habe, ihn vorzuladen oder zu einer Aussage zu zwingen. Auf Vorschlag des juristischen Sekretärs der GPK, Herrn Winiger durch den Stadtrat vom Amtsgeheimnis entbinden zu lassen, hat Herr Winiger geantwortet, er würde auch in diesem Fall keine Aussage machen. Auch hier gilt für die Kommission: Wir bedauern, aber respektieren diesen Entscheid. Es ist mir schliesslich noch ein Anliegen, klar zu stellen, dass die verschiedentlich gehörten und gelesenen Mutmassungen über die Person von Christian Winiger nicht von der GPK ausgehen. Zum dringlichen Postulat der SP-Fraktion: Die GPK ist selbstverständlich bereit, bei einer Überweisung dieses Vorstosses durch das Parlament und beim nötigen Entgegenkommen durch den Stadtrat, Einsicht in den Protokollauszug Olten SüdWest zu nehmen und Herrn Winiger erneut zu einem Gespräch einzuladen. Die GPK würde dem Parlament über allfällige neue Erkenntnisse rasch Bericht erstatten. Erlauben Sie mir hier eine persönliche Meinung. Die GPK hat meiner Meinung nach ihre Arbeit zu diesen zwei im Vorstoss genannten Themen pflichtbewusst erledigt. Als GPK-Präsident werde ich mich deshalb der Stimme enthalten, wenn über das Postulat entschieden wird. Ich komme zum Danken. Im Namen der ganzen Kommission möchte ich allen unseren Gesprächspartnern für ihre Bereitschaft und Zeit, die sie uns zur Verfügung gestellt haben, danken. Ohne ihre Mitarbeit würde der vorliegende Schlussbericht anders aussehen. Dank gebührt auch dem Stadtrat für die konstruktive und offene Zusammenarbeit in den letzten, nicht immer einfachen Monaten. Ein grosser Dank geht an meine Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission. Wir haben trotz der politischen Sprengkraft dieses Geschäftes und hohem

Arbeitsaufwand immer konstruktiv und sachbezogen, ohne Ausnahme, zusammengearbeitet. Ich habe einen hervorragenden politischen Geist über alle fünf vertretenen Parteien gespürt und bin sicher, dass dies auch eine ausgezeichnete Ausgangslage für die kommenden dreieinhalb Jahre Kommissionsarbeit ist. Ein ganz spezieller Dank gebührt Ruedi Moor. Als mein Amtsvorgänger hat er die Aufarbeitung geleitet und koordiniert. Dank seiner unaufgeregten, überlegten Art und seinem feinen Sinn für Humor hat sich manche lange oder sogar sonntägliche Sitzung sehr gut durchziehen lassen. Schliesslich möchte ich Daniel Helfenfinger, unserem juristischen Sekretär, für seine kompetente rechtliche und organisatorische Unterstützung danken. Ohne ihn wäre diese Arbeit für ein Milizgremium schlichtweg nicht durchführbar gewesen. Seine permanente telefonische Erreichbarkeit hat uns und vor allem Ruedi Moor und mir die Arbeit natürlich auch erleichtert. Fazit für die GPK: Wir haben in unserer Arbeit festgestellt, dass der Stadtrat für die verschiedenen, gerade genannten Fehler und Missstände verantwortlich ist. Gleichzeitig halten wir im Schlussbericht auch klar fest, dass aus Sicht der GPK keine disziplinarisch oder sogar strafrechtlich relevanten Handlungen vorgefallen sind, die den Einsatz einer DUK begründen würden. Seine Verantwortung hat der Stadtrat aus unserer Sicht mit der offenen und konstruktiven Art, wie er bis jetzt mit unseren Vorstössen umgegangen ist und auch mit seiner Erklärung von gestern Abend übernommen. Dafür danke ich den fünf Regierungsmitgliedern im Namen der Kommission. Es geht für uns als GPK jetzt definitiv darum, uns nach vorne zu orientieren. Wir wollen, dass der Stadtrat die richtigen Lehren aus den gemachten Fehlern zieht, und sind zuversichtlich, dass dies so geschehen wird. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen aller GPK-Mitglieder, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, unsere Vorstösse zu prüfen und, wenn immer Ihnen dies möglich ist, auch zu unterstützen. Abschliessend möchte ich noch darauf hinweisen, dass Ruedi Moor und ich heute Abend ausschliesslich für die GPK sprechen werde, weil verschiedene Fraktionspräsidenten ebenfalls GPK-Mitglieder sind und sie allenfalls auch für ihre Partei Stellung nehmen werden. Besten Dank.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Endlich könnte man vielleicht sagen. Endlich eine Entschuldigung und endlich eine öffentliche Erklärung, wie wir sie eigentlich schon lange erwartet haben. Für uns ist dies gestern Abend mindestens ein Zeichen gewesen, dass die Stadtregierung die Tragweite der Vorgänge jetzt mindestens ansatzweise verstanden hat. Leider ist es nur eine Seite der Medaille. Die Ergänzungen von Iris Schelbert im Namen der Stadtregierung haben uns auch wieder etwas zweifeln lassen. Wir haben gerätselt, was sie uns eigentlich mit Software, Hardware und Öffentlichkeit sagen wollte. Wir haben ja nie verlangt, das Retraite-Protokoll solle öffentlich werden. Wir haben auch nicht verlangt, wir wollten wissen, wie sich der Stadtrat zu einem Team formiert. Für die seltsame Reaktion gibt es für uns nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: Entweder ist der Stadtrat wirklich schwer von Begriff oder es gibt tatsächlich etwas Relevantes zu verbergen. Trotz des halben Schritts nach vorne können und wollen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen das Ganze schon noch einmal etwas vertieft betrachten, analysieren und diskutieren. Die SP-Fraktion hat den Bericht der GPK mit Erstaunen zur Kenntnis genommen und ist auch betroffen über die verfehlte Informations- und Kommunikationspolitik wie auch die intransparente Entscheidungsfindung des Stadtrates. Schlimmer noch: Wir waren ein Stück weit konsterniert über die Art und Weise, wie der Stadtrat mit den Erkenntnissen und dem Bericht umgegangen ist, insbesondere mit dem mangelnden Fehlerbewusstsein und die für uns relativ unsensible Art des Krisenmanagements. Obwohl das Vertrauen in den Stadtrat weit herum gelitten hat, gab es eigentlich nur Lippenkenntnisse, schöne Reden, Ausflüchte. Wir haben nicht die geringsten Zeichen ehrlicher Verantwortungsübernahme gehört. Bis gestern. Die GPK hat mit grossem Engagement und auch grossem persönlichem Aufwand – ich habe dies ja selber miterleben dürfen – insbesondere auch von Ruedi Moor, einen weitgehend neutralen, objektiven, nicht vorverurteilenden Bericht erstellt. Wir haben eine gute Grundlage für eine politische Wertung dieser Vorgänge. Die Grundlage ist deutlich besser, weil klarer und informativer als wir dies je gehofft haben. Ich kann dies gerade auch von mir persönlich sagen. Ich war eigentlich der Meinung, es sei nicht nötig, und war am Schluss überrascht, was alles herausgekommen ist. Jetzt müssen wir die Resultate noch einordnen. Fakt ist, dass der Stadtrat bzw. die Stadt ein klares Angebot zu Verkaufsverhandlungen erhalten hat. Das ist nicht nur nicht beantwortet worden, sondern jeder Hinweis darauf ist der Bevölkerung, dem Parlament und den entscheidenden Kommissionen vorenthalten worden. Ich finde, das ist nicht nur unhöflich, sondern stellt sich heute auch im höchsten Mass als

unprofessionell und für die Entwicklung der Stadt unter Umständen als schädigend heraus. Nach dem Bericht gibt es eine verbürgte Aussage, dass der Kaufpreis von 12 Millionen Franken mindestens informell zur Diskussion gestanden ist. Das wirft auch auf einen Kauf ein ganz anderes Licht, weil man für den Kauf eines solchen Areals weit herum von 20 oder 40 Millionen ausgegangen ist. Die offene Diskussion über einen allfälligen Kauf wäre notabene in eine Zeit gefallen, in der Olten regelmässig Millionenüberschüsse hatte. Im Jahr 2006, ein Jahr davor, hatte Olten einen Rechnungsüberschuss von gegen 30 Millionen Franken. So unmöglich wäre diese Diskussion im Licht dieser 12 Millionen auch nicht gewesen. Während dem der Stadtpräsident aussagt, dass zu keiner Zeit eine konkrete Zahl in dieser Grösse im Raum gestanden ist, äussern sich andere Beteiligte anders. Wir haben uns aber gefragt, wie der Stadtpräsident – das haben wir, wenn ich mich richtig erinnere, auch im Parlament erfahren – mit anderen dritten Sachverständigen diskutieren wollte, wenn man nicht auch ungefähr eine preisliche Etiketle des Ganzen diskutieren kann. Ist es Zufall, dass gerade in diesem heiklen Punkt die Meinungen so weit auseinander gehen? Ich muss ehrlich sein. Heute frage ich mich, wer hier lügt. Jemand sagt nicht die Wahrheit. Glücklicherweise müssen wir hier aber juristisch nicht urteilen. Wir sind uns bewusst, und das muss ich auch sagen, dass auch die SP und ihre Exponenten eine Nichtverantwortung tragen. Auch wir haben es verpasst, rechtzeitig über diesen Kauf zu sprechen. Die Rolle des Rechtskonsulenten ist angesprochen. Sie ist bisher nicht geklärt, und selbstverständlich steht auch unsere ehemalige Baudirektorin in der zentralen Mitverantwortung als Fachzuständige, aber auch als Vizestadtpräsidentin. Das haben wir aber auch nie verschwiegen. Allerdings muss man auch sagen, dass sie bereits zugetreten ist und damit gar nicht weiter zur Vertrauensbildung der Stadtregerung beitragen kann. Zudem sind wir der Meinung, dass genau sie die GPK umfassend und bereitwillig informiert hat und sich deshalb auch als Zielscheibe ganz schlecht eignet. Wo immer möglich und mit einfachen Mitteln machbar möchten wir deshalb auch die vorhandenen weissen Flecken noch abgeklärt haben, sei es im Zusammenhang mit dem Rechtskonsulenten, sei es auch im Zusammenhang mit dem ominösen Retraite-Protokoll. Deshalb haben wir auch das dringliche Postulat eingereicht. Machen wir noch einen kleinen Schritt aus der sachorientierten Betrachtungsweise heraus zurück. Das Ganze heisst doch vor allem auch, dass in Olten die politische Führungsverantwortung nicht wahrgenommen worden ist. Es ist weder korrekt geführt noch korrekt gehandelt worden. Im Englischen gibt es dazu einen stehenden Begriff: Es wird von bad governments gesprochen. Das wird dann verwendet, wenn verschiedene Prinzipien des sogenannten verantwortungs-vollen Regierungshandelns missachtet worden sind. Die Transparenz hat gefehlt, die Effizienz fehlt, die Partizipation fehlt. Die Verantwortlichkeit ist nicht klar. Die Gerechtigkeit ist nicht gewährleistet. Das sind Kriterien, die zum Beispiel die UNO oder auch die OECD anwendet, wenn es um darum geht, Entwicklungshilfegelder zu vergeben. In Zeiten, in denen es die Politik ohnehin so schwer hat, glaubwürdig und überzeugend zu sein, schadet ein solches Vorgehen besonders. Ich habe mich gefragt, ob sich der Stadtrat, jedes einzelne Mitglied, einmal gefragt hat, was eigentlich Verantwortung übernehmen heisst, gerade wenn auch gravierenden Fehler passiert sind. Ich habe es vorher schon angesprochen. Wir verstehen beim besten Willen nicht, weshalb man das Retraite-Protokoll nicht zugänglich macht und zwar zum Beispiel dem juristischen Sekretär. Hier geht es nicht darum, irgendwelche Interna zu verraten, sondern er oder der GPK-Präsident hätte einfach das Protokoll rasch lesen können. Sie sind ja auch dem Amtsgeheimnis unterstellt. Es muss doch jedem einleuchten, dass gerade – ich sage einmal - die bevormundende Art des Stadtrates ihn doch eigentlich gerade verdächtig macht. Weshalb hat es in der Zeitung Communiqués des Stadtrates gegeben, die meiner Meinung nach einzig dem Zweck dienten, abzuwiegeln, zu verschleiern, herunter zu spielen. Sind so eventuell die neuen Mitglieder in die Pflicht genommen worden? Noch ein Beispiel: Bisher sind wir davon ausgegangen, und das steht im GPK-Bericht, dass nur der Stadtpräsident und die zuständige Direktorin das Schreiben gesehen haben. In der Zwischenzeit sind wir nicht mehr so sicher und haben auch Indizien, dass dem nicht so ist, sondern dass dies weiter herum bekannt war. Das alles führt für die SP-Fraktion zum Schluss, dass das Vertrauen in einzelne Personen wie in die Gesamtregerung ziemlich gestört ist. Ich möchte jetzt noch auf die Rollen der anderen Parteien und Fraktionen kurz eingehen. Die SVP enttäuscht. Sie wollte nämlich die ganze Diskussion noch einmal auf dem Tisch haben. Zusammen mit der FdP haben sie insistiert, dass die Untersuchung durchgeführt wird. Wenn ich mich richtig erinnere, haben sie sogar von PUK und DUK

gesprochen, gegen den Widerstand eines grossen Teils des Parlaments, auch gegen meinen Widerstand. Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch, und man hört nichts mehr. Bei der FdP geht es mir etwas ähnlich. Dort hört man verständlicherweise nicht mehr so viel, weil sie jetzt die Komplikationen und die Tragweite des Problems langsam gesehen hat. Jetzt möchte ich noch zur CVP kommen. Am letzten Freitag habe ich in der Zeitung ein Communiqué gelesen und habe ich nicht gewusst, ob ich lachen oder weinen soll. Auf der einen Seite wurde davon gesprochen, dass die Sachlichkeit verloren gegangen ist. Andererseits hat sie selber mit Wörtern wie Hetzjagd, Grabenkämpfe, Vasallen nur so um sich geschlagen. Wir haben vorher nie ein solches Vokabular gehört. Dann gibt es noch einen fundamentalen Fehler, den ich dort gefunden habe. Die CVP verwechselt meiner Meinung nach schlicht politische mit juristischer Verantwortung. Wir haben eben gerade nie davon gesprochen, dass hier gesetzliche Regeln verletzt worden sind, und sind deshalb auch nie auf die Idee gekommen, eine DUK oder eine PUK einzusetzen. Nein, Verantwortung ist etwas, das eben nicht nur juristisch betrachtet werden kann. Wir wollen uns daran erinnern. In der letzten Zeit gab es genügend Beispiele, wo es um Verantwortung geht, die rechtlich nicht belangt werden kann. Verantwortung heisst, Rechenschaft für sein Handeln abzulegen, und Verantwortung heisst auch, bei grobem Versagen Konsequenzen zu ziehen. Ein deutsche Soziologe hat es einmal in einem einfachen Satz so gesagt: „Das Wort Verantwortung hat nur da einen deutlichen Sinn, wo jemand die Folgen seines Handelns öffentlich abgerechnet bekommt und auch weiss“. Was können wir jetzt noch tun, damit das dringend notwendige Vertrauen wieder einigermaßen hergestellt werden kann? Die GPK-Vorstösse können Systemmängel beheben. Das unterstützen wir sehr. Wir erreichen damit mehr Transparenz, effizientere und nachvollziehbarere Geschäftsabläufe und Entscheide wie auch allgemein eine professionellere Geschäftskultur. Mindestens dies erhoffen wir uns von diesen Vorstössen. Der SP-Vorstoss kann einige Lücken füllen, im Wissen um die Vorgänge. Damit kann unseres Erachtens der Stadtrat nur gewinnen. Mit der öffentlichen Entschuldigung und Erklärung des Stadtpräsidenten gestern ist sicher ein richtiger und wichtiger Schritt getan, den auch wir anerkennen. In verdankenswerter Weise hat die GPK auch die Problematik rund um die Stadtplanung noch einmal aufgenommen. Der sogenannte Strategieentscheid ist ein Musterbeispiel, wie in Olten Stadtplanung bisher funktioniert oder eben nicht funktioniert hat. Dieses Thema schwelt jetzt wirklich schon Jahre im Raum. Aber die Professionalisierung und Neustrukturierung lässt auf sich warten. Wenn ich jetzt die Zeichen aus der Baudirektion richtig lese, auch mit einem Communiqué in der letzten Woche, befürchte ich fast, dass es noch weitere solche Fiaskos wie Olten SüdWest braucht, bis auch der Stadtrat den Handlungsbedarf eingesehen hat. Die Ergänzung von Iris Schelbert hat gestern gezeigt, dass wir aber noch nicht ganz dort sind, wo wir hin müssen. Es ist offensichtlich, dass unser Regierungs- und Verwaltungssystem eben doch noch einige fundamentale Mängel aufweist. Wir müssen deshalb für mich erstens die Rolle der Chefbeamten noch einmal hinterfragen und möglicherweise auch neu definieren. Zweitens sind wir überzeugt, dass die nebenamtlichen Stadträte in der Form, wie wir sie heute haben, wahrscheinlich ein Auslaufmodell sind. Nebenamtlich die volle strategische und operative Verantwortung tragen zu wollen, funktioniert halt einfach nicht. Das ist übrigens etwas, das man vielleicht auch in der Fusionsdiskussion noch einmal zum Schwerpunktthema machen könnte. Liebe Stadträte, liebe Stadträtin, wir schlagen vor: Geht in Euch, macht vielleicht noch einmal eine Retraite, von uns aus auch mit einem geheimen Protokoll, zum Thema Verantwortung tragen oder verantwortungsvolles Führungs- und Regierungshandeln. Handelt in Zukunft so, dass man Euch auch wieder vorbehaltlos glauben kann.

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Meine einführenden Worte sind wohl nicht gehört worden. Ich appelliere an die kommenden Fraktionssprecher, doch auch respektvoll mit den politischen Gegnern umzugehen.

Theo Schöni: Die Grünen haben den Bericht der GPK zur Kenntnis genommen. Sie haben gesehen, wie sie neutral, sachlich und kompetent gearbeitet hat, eigentlich so, wie man es von ihr erwartet hatte, unter äusserst schwierigen Bedingungen. Auch von der Form her waren sie für die GPK Neuland. Man hätte auch eine DUK oder PUK einberufen können. Die GPK hat dies von unserer Seite her blendend gemacht. Sie hat schonungslos aufgezeigt, hat nicht irgendwie einzelne Personen „in die Pfanne gehauen“, sondern ist immer sachlich geblieben. Aufgrund der zur Verfügung gestandenen Informationen und Unterlagen konnten

sie das Maximum an Erkenntnis der Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Kaufangebot so aufarbeiten, heraus schälen, rekonstruieren, dass wir einen guten Überblick erhalten haben, was seitens des Stadtrates gelaufen war. Zu den weissen Flecken, die jetzt offenbar noch vorhanden sind, wo die SP in ihrem Postulat verlangt, dass sie noch aufgedeckt werden, glaube ich, dass es die Zeit und Kosten wahrscheinlich nicht wert ist, diese Lücken restlos aufzudecken. Es werden aus diesen Sachen keine relevanten neuen Erkenntnisse heraus kommen, die eine Bedeutung hätten, dass man sagen könnte, die die von der GPK formulierten Postulate noch ergänzt werden müssten oder das den ganzen Sachverhalt und Tatbestand noch massiv verändern würde. Die aus der Bearbeitung aufgetretenen Mängel, Unterlassungen in der Abwicklung von Stadtratsgeschäften, die Organisation, Führung sowie die mangelnde Kommunikation sind zweifellos kein Ruhmesblatt. Aber wir sehen, und der Stadtrat hat dies bereits selber erkannt, nicht erst seit gestern, sondern man hat wahrscheinlich schon, als die Retraite gemacht wurde, erkannt, dass hier Handlungsbedarf angesagt ist. Wir unterstützen die Vorstösse denn auch vollumfänglich und sind der Meinung, sie seien auch zu überweisen. Unabhängig von den Aussagen des Stadtrates, dass bereits teilweise die notwendigen Schritte zu einem Kurswechsel in seinem Führungs- und Kommunikationsstil in die Wege geleitet worden ist. Wir halten es auch für angezeigt, dass der Stadtrat sich zusammen mit den Fachverantwortlichen in den Direktionen den aufgezeigten Problematiken und Schwachstellen annimmt, um die gezielten Verbesserungen vorzunehmen. Am Anfang der gestrigen Sitzung haben wir mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass sich der Stadtpräsident endlich der angelasteten Fehler bewusst worden ist und dementsprechend Verantwortung übernommen hat. Gleichzeitig wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass der Gesamtstadtrat die Mängel in der Handhabung solcher sensibler Geschäfte sowie der Kommunikation erkannt hat und bemüht ist, die notwendigen Korrekturen für vertrauensbildende Massnahmen umzusetzen, um das angeschlagene Image der Stadt wieder in das richtige Licht zu setzen. Wir möchten den Stadtrat zusätzlich motivieren, den eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu führen. Mit den Postulaten erachten wir, dass die Verbesserungen als konstruktiver und unterstützender Beitrag seitens des Parlaments aufzunehmen sind. An dieser Stelle muss ich sagen, dass die Rolle des Parlaments auch nicht über alle Zweifel erhaben ist und diejenige der Kommissionen ebenfalls nicht. Olten SüdWest war in der Stadtentwicklungskommission ein Dauerthema und stand jeweils im Pendenzenkatalog. Man ist über die Planungsfortschritte informiert worden. Man hatte jederzeit das Recht, in diesem Zusammenhang Forderungen über Kaufangebote zu stellen, die jetzt aufgedeckt worden sind. Aber die Stadtentwicklungskommission und deren Mitglieder, von denen ich auch eines bin, sind keine Entwickler. Das ist schon vor langer Zeit festgestellt worden. Deshalb auch der Vorstoss der GPK. Ich finde, es ist richtig auszuleuchten, welche Funktion die Stadtentwicklungskommission überhaupt haben und wahrnehmen soll. Dort müssen wir uns ein Stück weit halt auch an der eigenen Nase nehmen sowie auch das Parlament, da die Möglichkeiten immer offen standen. Im Nachhinein sind wir wahrscheinlich über die auf dem Tisch liegenden Fakten um einiges klüger geworden. Es wäre jetzt schlecht, hier noch Kaffeesatz zu lesen, was man im Vorfeld alles hätte besser machen können. Stadtrat, Verwaltung und Parlament stehen vor Aufgaben und richtungsweisenden Entscheidungen für unsere Stadt. Sie können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die Bevölkerung der Stadt Olten wieder das volle Vertrauen in die politischen Akteure, und hier nehme ich das Parlament nicht aus, setzen kann.

Christian Werner: Zuerst möchte ich als GPK-Mitglied festhalten, dass ich mich als SVP-Fraktionssprecher äussere und keineswegs als GPK-Mitglied geschweige als GPK-Sprecher. Der GPK-Bericht ist unseres Erachtens sehr gut, äusserst sachlich, ausgewogen, fair und präzise. Die SVP-Fraktion fühlt sich bestätigt, letzten Sommer per Motion die Überprüfung des Informationsflusses betreffend Kaufverhandlungen gefordert zu haben. Die GPK hat gute Arbeit geleistet und viel herausgefunden. Ich gehe davon aus, dass die Meinung auch von denjenigen geteilt wird, die 2009 noch gegen die Überweisung meiner Motion waren. Ich bin froh, dass der zwar überraschte und von uns enttäuschte Herr Dr. Ammann dies so hat bestätigen konnte. 2009 haben die SP und weitere Gemeinde- und sogar heutige Stadträte behauptet, die GPK werde nichts herausfinden. Markus Ammann hat beispielsweise 2009 als SP-Fraktionssprecher – ich zitiere aus dem Protokoll - Folgendes gesagt: „Was wir herausfinden, werden wir mit der Interpellation herausfinden und Weiteres nicht“. Weiter hat

er gesagt: „Daher wird die GPK am Schluss immer ein einseitiges Bild abgeben, und wir werden wahrscheinlich nicht mehr wissen als jetzt“. Ich glaube, beide Aussagen sind mit dem vorliegenden Bericht klar widerlegt. Die GPK hat definitiv Etliches herausgefunden, aus Sicht der SP offenbar soviel, dass es heute für eine Rücktrittsforderung reicht. Für uns ergeben sich aus dem Bericht folgende vier Hauptpunkte: Erstens: Der damalige Stadtrat hat in dieser Sache auf der ganzen Linie versagt. Zweitens: Für uns ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit klar, dass dem damaligen Stadtrat ein konkretes Kaufangebot vorgelegen hat und zumindest der Stadtpräsident und die damalige Vizestadtpräsidentin Silvia Forster dies gekannt haben. Wer von den damaligen Stadträtinnen und Stadträten das Kaufangebot nicht gekannt haben will, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, sich schlicht nicht um dieses Geschäft gekümmert zu haben. Drittens: Ein strategischer Entscheid, wie dies der Stadtrat mehrfach und ohne dass ein einzelner Stadtrat interveniert hätte, gesagt hat, ist so nie gefällt geschweige protokolliert worden. Das hinterlässt einen sehr schalen Nachgeschmack und zwar beim gesamten Stadtrat, weil niemand interveniert hat und dies mehrfach so erzählt wurde. Der Stadtpräsident hat dann plötzlich in den Medien eine neue Version ins Spiel gebracht, wo sinngemäss gesagt wurde, der Entscheid sei über Jahre oder sogar Jahrzehnte gereift. Wir sind klar der Meinung, dass es nicht sein kann, dass gegenüber der Bevölkerung und dem Parlament immer wieder etwas Neues erzählt und behauptet wird. Wir sind der Meinung, es wäre angebrachter gewesen, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen und sich zu entschuldigen, statt neue Versionen und Ausreden zu bringen. Zudem ist es aus unserer Sicht auch sehr seltsam, sich auf einen zehn Jahre oder noch mehr zurückliegenden Entscheid zu berufen bzw. sich darauf abzustützen - dieser Vorwurf betrifft wiederum dem Gesamtstadtrat - wenn dann die Variante des zehn Jahre zurückliegenden Entscheides stimmen sollte. Viertens: Der Stadtrat hat mit seiner Aussage, die Eigentümerin wolle nicht verkaufen, und das ist hier so gesagt worden, und eine Diskussion darüber erübrige sich, die Bevölkerung und auch das Parlament hinter das Licht geführt und bewusst und mit Absicht die Diskussion unterdrückt und verhindert. Das wiegt für uns effektiv sehr schwer. Wir fühlen uns als Bürger und auch als Parlamentarier verschaukelt und nicht ernst genommen. Die Reaktion des Stadtrates nach der Veröffentlichung des GPK-Berichts hat uns gestört und vor allem auch sehr enttäuscht. Selbsteinsicht und Selbstkritik sind offenbar nicht die Stärken des Stadtrates und insbesondere nicht des Stadtpräsidenten. Man hat den Eindruck erhalten, der Stadtrat habe das Gefühl, höchstens einen kleinen Fehler gemacht oder etwas entschieden zu haben, das auch anders hätte entschieden werden können. Absolut unzulässig war unseres Erachtens die Aussage des Stadtpräsidenten in den Medien, das Parlament sei in diesem Sinne mitschuldig, weil niemand für den Kauf postuliert habe. Ich kann es nicht anders sagen. Das ist von uns aus gesehen wirklich eine Frechheit, weil es erstens so klar nicht stimmt, und zweitens der Kauf explizit hier im Rat postuliert worden ist. Zweitens wurde das Parlament effektiv hinters Licht geführt, um nicht zu sagen angelogen. Solche Aussagen haben unser eh schon angeschlagenes Vertrauen in den Stadtrat weiter erschüttert. Für uns ist das Ganze nicht nur ein Problem des Stadtpräsidenten, sondern ein Problem des Gesamtstadtrates. Natürlich trägt der Stadtpräsident die Hauptverantwortung. Trotzdem dürfen auch die zwei weiteren, aus der Legislatur 2005-2009 übrig gebliebenen Stadträte nicht aussen vor gelassen werden. Das Ganze mit dem Kollegialitäts- und Milizprinzip zu entschuldigen bzw. zu rechtfertigen, wäre absolut falsch. Zudem spielt auch die damalige Vizestadtpräsidentin und Baudirektorin Silvia Forster, SP-Mitglied, eine entscheidende Rolle, zumal wir klar davon ausgehen, dass auch sie das konkrete Kaufangebot gekannt hat. Sie trifft mit eine Hauptschuld und nicht irgendwelche Mitverantwortung, so wie es vorher genannt worden ist. Markus Ammann hat sich ja schon in den Medien darüber gewundert, weshalb die SVP so zurückhaltend ist. Ich muss klar sagen: Das ist Unfug. Wir haben uns gegenüber dem Stadtrat nie allzu sehr zurück gehalten. Bei uns ist in der Parteileitung der Antrag auf Unterstützung der Rücktrittsforderung gegenüber dem Stadtpräsidenten gestellt worden und zudem auch ein Antrag, der den Rücktritt aller drei aus der vergangenen Legislatur verbliebenen Stadträte gefordert hätte. Wir sind aber in der Mehrheit klar der Meinung gewesen und sind es auch heute noch, dass gerade eine einseitige Rücktrittsforderung an die Adresse des Stadtpräsidenten für uns ganz einfach zu simpel ist. Die SP will offenbar mit ihrer Forderung von eigenen Verfehlungen ablenken und vergessen lassen, dass in der Legislatur, als die Fehler passiert sind, der Stadtrat von einer SP-Mehrheit dominiert war und auch der damalige Rechtskonsulent, der als einziger die Zusam-

menarbeit mit der GPK verweigert hat, der SP angehört. Für uns steht die SP tief in der Verantwortung. Aus diesem Grunde und keinem anderen sind wir der einseitigen und allzu einfachen Forderung der SP nicht auf den Leim gekrochen. Wenn wir Markus enttäuschen, freut mich dies sogar. Jetzt zu unseren Forderungen: In Bezug auf den GPK-Bericht und die Vergangenheit fordern wir vom Gesamtstadtrat und insbesondere vom Stadtpräsidenten, dass sie endlich Verantwortung für die begangenen Fehler übernehmen. In der Vergangenheit haben wir dies klar vermisst. Bis zum gestrigen Zeitpunkt ist dies nicht der Fall gewesen. Es war auch nicht der Fall, als ich am Sonntagabend das Votum geschrieben habe. Ich bin aber so informiert worden, dass dies gestern passiert ist. Wir nehmen dies so zur Kenntnis und honorieren es auch. Deshalb werden wir auf die Konsultativabstimmung, die wir gestellt hätten, wenn es nicht zu einer Entschuldigung gekommen wäre, aufgrund der gemachten Entschuldigung verzichten. In Bezug auf die Zukunft fordern wir, dass die im GPK-Bericht erkannten Mängel raschmöglichst beseitigt werden. Aus diesem Grunde werden wir sämtliche drei GPK-Vorstösse vorbehaltlos und einstimmig unterstützen. Dies einfach auch noch als wichtiger Satz: Wir sind nicht der Meinung, dass sie schon ganz oder teilweise erfüllt bzw. umgesetzt sind, so wie dies vielleicht nicht wortwörtlich ausgedrückt, aber zumindest angetönt worden ist. Zudem fordern wir mit einem eigenen Vorstoss eine Stärkung des Parlamentes bzw. mehr und angemessene Mittel für die Kontrolltätigkeit der GPK.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Markus hat es gesagt. Ich kann es kurz machen. Lieber einmal etwas Rechtes in der Zeitung, als jeden zweiten Tag etwas. Ich wiederhole jetzt auch nicht alles, was hier steht. Es ist nämlich schon viel gesagt worden und halte mich mit der Stellungnahme der CVP/EVP/GLP-Fraktion relativ kurz. Ich denke, der Schlussbericht über die Aufarbeitung der Abläufe rund um die Vorkommnisse der Hunziker & Cie. AG und das Areal Olten SüdWest hat uns alle wirklich beschäftigt. Zuerst müssen wir hier sicher auch der GPK wieder den Dank aussprechen, was sie hier in diesem meiner Meinung nach fast etwas ungewöhnlichen Ausmass für ein Milizparlament gemacht haben. Es ist exakt gearbeitet worden. Wir haben einen Superbericht vor uns. Danken möchten wir auch Herrn Helfenfinger. Ich denke, er hat gute Mithilfe zu diesem, man kann schon fast sagen geschichtsträchtigen Werk geleistet. Man hat es in der Presse gelesen, hat es gestern gehört, hat es heute gehört: Es sind Fehler gemacht worden. Heute wissen wir, dass es nicht gut war. Es ist nicht kommuniziert worden. Der Strategieentscheid war ein Fehlentscheid. Es sind Forderungen gestellt worden. Mit ihnen könnte man vielleicht sogar ein neues Buch über Olten schreiben. Es ist in diesem Bericht wirklich viel gemacht worden. Man hat ihn aufgearbeitet. Wir sind uns teilweise wirklich aus so vorgekommen, als hätten wir irgendeine Nebenrolle in einem schlechten Film erhalten hätten. Uns war es wirklich nicht immer so toll und lustig zu Mute, als wir den Bericht gelesen haben. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass verschiedenste Fehler in den Abläufen der stadträtlichen Geschäften gemacht worden sind. Ebenso denken wir, dass die Informationen der verschiedenen Gremien, die man hätte machen sollen, wie Stadtentwicklung, Baukommission und zu guter Letzt auch das Parlament nicht optimal war. Ich denke, es war auch nicht gut, dass man dies nicht gemacht hat. Wir könnten in der heutigen Debatte sicher auch noch etwas in die Zukunft schauen und nicht in einer Wunde herumstochern, die bereits offen ist. Es wird viel über die Handlungen oder respektive Nichthandlungen von Ernst Zingg gesprochen. Das ist so. Aber noch einmal: Eine DUK oder PUK ist es nicht. Wie Markus Ammann es tipptopp gesagt hat, geht es auch um andere Verantwortungen. Ich glaube, wir alle haben jetzt begriffen, dass hier Fehler gemacht wurden. Ich glaube, eine DUK oder PUK braucht es wirklich nicht. Nach der gestrigen Erklärung und der Entschuldigung sind wir jetzt sozusagen zufrieden. Einmal ist doch genug mit der Vergangenheitsbewältigung. Schauen wir doch jetzt einmal etwas nach vorne! Ich denke, hier müssen wir uns auch etwas selber an der Nase nehmen. Es wird mit Zahlenmaterial und Aussagen gekämpft, wenn es der Sache nützt. Wenn es nicht nützt, sagen wir einfach nichts. Genau diese Leute haben das Vertrauen in den Stadtrat nicht mehr. Markus, denk einfach daran, dass man im April 2007 noch von einer Nettoschuld von 16 Millionen Franken ausgegangen ist. Damals gab es die Rechnung mit den 28, nicht 30 Millionen. Das möchte ich hier einfach auch noch gesagt haben. Unter Umständen hatte man dort noch etwas andere Vorzeichen. Einfach zum Zahlenmaterial, das man braucht, wie es passt. Ich denke, wir selber müssen doch auch etwas vor der eigenen Türe wischen und schauen, was wir überhaupt wollen. Der Stadtrat hat drei Postulate erhalten, einen klaren

Auftrag, und der Lernprozess aus dieser Geschichte ist in meinen Augen nachhaltig. Es geht doch jetzt wirklich darum, dass wir das Kapitel endlich verlassen. Es bringt doch nichts mehr, wenn wir jetzt noch länger darum herum studieren, dort noch eine Aussage mehr holen, noch ein wenig etwas hereinholen und noch eine Abklärung machen. Es gibt doch wichtigere Geschichten für uns und die Stadt Olten. Mit den Projekten haben wir es gestern gesehen. Es stehen wirklich wichtige Geschichten an. Hier sind wir eigentlich gefordert, dass wir hier Kompromisse und Lösungen finden, welche diese Stadt weiterbringen. Wir erhoffen uns nach der Aufarbeitung der Vorgänge um den Nichtkaufentscheid von Olten SüdWest, dass wir vom Parlament unserem neuen Stadtrat wieder vertrauen können. Ebenso hoffen wir natürlich auch, dass die Medien uns etwas helfen, und in der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik wieder etwas stärken und nicht noch mehr Öl in das schon fast erloschene Feuer hinein kippen. Schauen wir jetzt die fünf hier vorne an. Ich denke, das ist der richtige Weg. Sie sind bereit, Olten in die Zukunft und die anstehenden Projekte auch zur Ausführung zu bringen. Ich komme noch einmal auf das zurück, was gestern hier abgelaufen ist. Wir sind, abgesehen von einigen Tölpel-mechteleien, eigentlich bereit, Olten weiter zu bringen. Ich denke, es ist doch auch wichtig, dass man zurück zur Normalität kommt. Wenn man kleine Kinder hat, weiss man: Wenn sie Unfug gemacht haben, schimpft man mit ihnen. Im Nachhinein bedauert man, dass man dies gemacht hat. Es sind immer noch kleine Kinder, und ihnen muss man manchmal auch etwas helfen. Vielleicht haben wir dem Stadtrat mit diesem Bericht auch etwas geholfen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird den Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Urs Knapp: Heute spreche ich als Fraktionspräsident der FdP und nicht als GPK-Mitglied. Ich fühle mich an die Vertraulichkeit gebunden, die jedes GPK-Mitglied unterschrieben hat. Von daher versuche ich und glaube, mich auch daran halten zu können, das Statement auch auf den veröffentlichten Grundlagen aufzubauen. Weil ich GPK-Mitglied bin, danke ich mir nicht selber. Aber man kann feststellen, was meine vier Vorredner zur Arbeit der GPK gesagt haben. Das ist auch in der FdP so festgestellt worden. Die FdP-Fraktion hat vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen. Die zehn Kolleginnen und Kollegen, die der GPK nicht angehören, waren am 3. März, als es zum ersten Mal präsentiert wurde, überrascht und erstaunt, gewisse vielleicht auch sprachlos. Der Bericht der GPK zeigt klar auf, dass der Stadtrat 2007 und 2009 Fehler gemacht hat, Fehler in den Abläufen, Fehler in der Arbeit und auch Fehler in der Kommunikation. Diese Fehler müssen rasch korrigiert werden. Die FdP unterstützt aus diesem Grunde einstimmig die GPK-Anträge. Wir haben die klare Erwartung an den Stadtrat, dass er die Anträge ernst nimmt und nicht vorschnell zum Tagesgeschäft übergeht. Wenn man die Antworten des Stadtrates auf die drei Postulate liest, kann man vielleicht fragen, ob das Bewusstsein, dass nicht allzu rasch zum Tagesgeschäft übergegangen werden soll, wirklich schon angekommen ist. Der Stadtrat ist eine Kollegialbehörde. Sie trägt die politische Hauptverantwortung für die Fehler und für die geschehenen Unterlassungen. Natürlich besteht diese Behörde aus fünf Persönlichkeiten. Auch sie haben eine individuelle Verantwortung, die sie auch wahrnehmen müssen. Das ist 2007 und auch im ersten Semester 2009 nicht passiert. Verantwortung wahrnehmen oder Fehler können durch falsches Handeln geschehen, durch Nichthandeln, falsche Bewertungen oder einfach falsche Entscheide in einer Führungssituation, durch Nichteinhalten von Reglementen oder einfach durch Wegschauen, durch Desinteresse. Wir sehen eigentlich drei Hauptfehler, drei klassische Fallen, in die der Stadtrat geraten ist. 2007 war es die „Es isch gäng e so gsi“-Falle. Man war unausgesprochen einig, dass man das Grundstück nicht kaufen wollte, aus welchen klaren oder unklaren Gründen auch immer. Selbst wenn es zum Kauf angeboten wird und vielleicht sogar ein Preis genannt wird: „Es isch gäng e so gsi“. Wir wollen es nicht kaufen. Also abgeschlossen. 2009 war es etwas die „Vogel-Strauss-Falle“. Es setzt ringsherum ein Wind ein. Man steckt den Kopf in den Sand und hofft, dass der Sturm irgendwie vorbei geht. Er ist halt dann nicht ganz vorbei gegangen, weil der Sturm einem Schriftsteller auch gewisse Blätter in den Windfang hinein geweht hat, weil es Konstellationen gegeben hat, welche dies etwas entwickelt haben. Dann kam die dritte Falle. Es ist eigentlich die Falle, in die auch der aktuelle Stadtrat geraten ist: Die Wagenburgfalle. Man steht zusammen. Die ganze Umwelt ist schlecht, und wir haben es doch gut zusammen. Jetzt wollen wir endlich vorwärts gehen. Auch das ist eine klassische Falle, die vorkommen kann. Man hat es auch im berühmten Protokoll der Retraite gesehen, wo ich annehme, dass nicht allzuviel darin steht. Ich weiss es aber nicht, und denke, der Stadtrat wäre dann gut

beraten gewesen und wäre wahrscheinlich immer noch gut beraten, wenn man einfach zeigen würde, dass nicht sehr viel drin steht. Man hat es auch etwas bei der Kommunikation gemerkt. Der Stadtrat hat gestern, was man ihm anrechnen darf, mit dieser Erklärung den Ausweg aus der Wagenburgfalle gefunden. Ich finde, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, und diese Worte müssen dann an den Taten gemessen werden. Die FdP hat eine klare Erwartung an den Stadtrat, die sich an einem Ziel orientiert. Das Ziel muss sein, dass der Stadtrat als Aushängeschild dieser Stadt das Vertrauen der Bevölkerung und auch des Parlaments bestätigt, zurück gewinnt oder teilweise zurück gewinnt, je nachdem, wie stark es eingeschränkt ist. Denn nur mit Vertrauen können wir das, was wir machen wollen, tun, nämlich die Stadt Olten weiter bringen, die wichtigen Projekte auch realisieren, das Volk überzeugen, unsere Partner zu überzeugen, dass dies der richtige Weg ist. Das Vertrauen ist angeschlagen, und auch hier kann sich der aktuelle Stadtrat als Regierung, als Kollegialbehörde der Vergangenheit nicht entziehen. Es ist der Stadtrat. Er hat eine Geschichte, der man sich stellen muss, auch wenn man sie eigentlich nicht hören und endlich einmal abschliessen möchte. Die Geschichte ist wie ein Nachbrennen, das halt immer wieder kommt. Dieser Weg ist nicht einfach und braucht Zeit. Ich glaube, diesen Weg muss der Stadtrat gehen. Wir sind bereit, auch im Sinne eines Vertrauensvorschlusses an den Gesamtstadtrat, einen Schlussstrich unter die Sache zu ziehen, die Postulate zu überweisen, zu hoffen, dass der Stadtrat die richtigen Schlüsse zieht und gemeinsam mit dem Stadtrat für Olten weiter zu gehen. Das heisst nicht, dass alles vergessen ist. Es bleibt eine Narbe zurück. Aber auch das ist menschlich. Der Mensch lebt mit Narben. Narben sorgen wahrscheinlich auch dafür, dass wir als Menschen, Parteien, Gruppierungen einen Schritt weiter kommen. In diesem Sinne beantragen wir, die Postulate der GPK zu überweisen. Man kann auch das Postulat der SP überweisen, im Sinne von einen Schlussstrich ziehen. Ob es etwas bringt, muss man sehen. Nico Zila hat ja als GPK-Sprecher auch gesagt, dass es ein Recht jedes Gesprächspartners der GPK war, nicht Auskunft zu geben. Das hat uns als GPK – hier sage ich es als GPK-Mitglied – vielleicht nicht gefallen, aber es ist das Recht, und ich glaube, wir müssen dies auch als Recht anerkennen, und man sollte auch niemanden zwingen, etwas zu tun, das er nicht will. Die Personen, die es so machen, müssen dazu stehen.

Stephan Hodonou: Ich möchte kurz aus der Position der EVP Olten etwas zum Bericht der GPK sagen. Mit der gestrigen Entschuldigung des Stadtrates, dargebracht durch den Stadtpräsidenten, hat der Stadtrat einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, auch wenn für mich persönlich die Entschuldigung etwas lauwarm ausgefallen ist. Es hat auch geheissen, man solle jetzt nach vorne schauen und nicht mehr so herum grübeln. Das ist sicher richtig. Aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass die Vergangenheit und die Geschichte wichtig sind, damit man die Gegenwart und dann die Zukunft besser gestalten kann. Man muss die richtigen Lektionen daraus lernen. Urs Knapp hat schon ein paar Sachen angesprochen. Ich möchte mir erlauben, auch einige Punkte anzusprechen. Der erste, den ich dem Gesamtstadtrat mitgeben möchte, ist: Es braucht nicht nur Worte, sondern nachher auch den Tatbeweis. Die Worte sind gut und richtig. Aber es braucht auch den Tatbeweis. Das heisst künftig vor allem offene, transparente Kommunikation und die Bereitschaft, ohne Umschweife direkt, gradlinig auch Fehler und Versäumnisse zuzugeben, ohne dass man es noch auf andere abschiebt, sondern einfach seinen Teil selbstkritisch anschaut. Ich glaube, das müsste man mitnehmen. In dieser Hinsicht wird der Stadtrat in den nächsten Jahren wegen dieser Geschichte auch nicht ganz unbelastet sein. Das wird in diesem Sinne gleichwohl hier stehen bleiben. Aber ich hoffe, dass dies anders wird. Ich bin nicht immer ganz sicher, weil auch der neue Stadtrat, gerade in dieser unsäglichen Sache mit dem Protokoll der Retraite, gleich zweimal eine etwas unglückliche Figur macht. Ich möchte nichts unterstellen, aber es wirkt einfach von aussen seltsam, dass man sagt, es stehe nichts Wichtiges drin. Aber man kann es nicht zeigen. Ebenfalls seltsam wirkt es, wenn der Stadtrat sagt: Wir haben jetzt gelernt, aber dann fünf Wochen lang den Brief der GPK nicht beantwortet. Es muss ein Weg gefunden werden, wie man die Briefe automatisiert beantwortet. Das ist noch nicht so lange her. Das war im Januar. Ich hoffe, dass man gelernt hat, eben ohne Umschweife eingestehen zu können. Ich möchte dem Stadtrat gerne eine Strategie, eher ethischer Art, mitgeben: „Ehrlichkeit währt am längsten“. Das ist eine gute Strategie. Hier muss ich nachher nicht irgend etwas machen. Vielleicht noch etwas Wichtiges: Ich weiss nicht, wie weit der Stadtrat dies erkannt hat. Aber ich glaube, es führt

kein Weg daran vorbei. Der Stadtrat nimmt in dieser Stadt Vorbildfunktion ein. Wir können es gerne oder nicht gerne haben. Aber der Stadtrat hat eine Vorbildfunktion. Wie will ich von den Einwohnerinnen und Einwohnern Oltens Aufrichtigkeit einfordern, zum Beispiel in der Steuererklärung, wenn die Stadt in der Kommunikation flunkert? Das ist ein Defizit. Wir fordern von unseren Einwohnerinnen und Einwohnern Transparenz und Ehrlichkeit. Das muss der Stadtrat selber auch leben. Wenn er es nicht macht, verliert er eben die Glaubwürdigkeit. Ich hoffe, dass der Stadtrat diese Glaubwürdigkeit in der nahen Zukunft leben kann. Ich möchte gleichwohl – das kann ich vielleicht als Vertreter einer kleinen Partei, der hier nicht Interessen berücksichtigen muss – auch noch einen Punkt an das Parlament geben. Dort möchte ich Markus Ammann einfach zustimmen. Ich glaube, es ist auch ein Moment der Ehrlichkeit, dass man zugeben muss, und ich blicke jetzt eher Richtung FdP/SVP, dass Ihr, wenn der gleiche Sachverhalt Peter Schafer passiert wäre, ganz anders geschossen hättet. Aber ganz anders. Das muss man einfach auch sagen. Peter Schafer kann sehr froh sein, dass es nicht seine Direktion betraf. Ich glaube, das muss einfach auch gesagt werden. Eure Reaktion wäre ehrlich gesagt anders. Ich denke, es geht auch um die Glaubwürdigkeit, dass wir nicht einfach auf Personen schießen, sondern wirklich die Sache in den Vordergrund stellen. Wir wollen eine ehrliche, transparente, offene und aufrichtige Stadtregierung. Das will ich, egal wer es ist, ob es rot, gelb, blau oder schwarz ist. Es muss transparent, ehrlich und aufrichtig sein. Ich hoffe, dass wir dies mitnehmen können.

Beschluss

Einstimmig wird der GPK-Bericht zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 16/3, 16/6

Prot.-Nr. 80

Dringliches Postulat der GPK betr. „Für eine bessere Führung der Stadtrats-Geschäfte“/Beantwortung

Mit Mail vom 3. März 2010 hat die GPK folgenden Vorstoss bei der Stadtkanzlei eingereicht:

„Die Geschäftsprüfungskommission des Oltners Parlaments hat in ihrer Aufarbeitung zu den Vorgängen um ein Kaufangebot an den Stadtrat für das Areal Olten SüdWest deutliche Mängel in der Organisation und Führung der Stadtrats-Geschäfte festgestellt. Der Stadtrat wird aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten dem Parlament einen Bericht zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, in dem er aufzeigt, mit welchen Anordnungen und Massnahmen er im Lichte des GPK-Berichtes die Organisation und Führung verbessert hat.

Begründung des Postulates und der Dringlichkeit

Die GPK fordert in ihrem Bericht den Stadtrat auf, die Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO-Nr. 111) und die Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO-Nr. 122) im Rahmen der Vorbereitung, Traktandierung, Fällung und Protokollierung von Entscheiden und Beschlüssen einzuhalten. Insbesondere sind (wichtige) Entscheide vorgängig und einzeln zu traktandieren, mit Anträgen und Erläuterungen sowie allfälligen Beilagen zu versehen. Strategische Entscheide sind auf der Traktandenliste als solche speziell zu kennzeichnen. Zudem sind sämtliche Beschlüsse des Stadtrates zu protokollieren, so dass die wesentlichen Erwägungen sowie die eigentliche Entscheidung festgehalten werden und nachvollziehbar sind.

Die Mängel in der Führung der Stadtrats-Geschäfte sind dringend zu beheben. Entsprechend ist das vorliegende Postulat dringlich zu behandeln.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage der Dringlichkeit:

Im Sinne einer gesamtheitlichen Behandlung des Themas befürwortet der Stadtrat eine dringliche Behandlung.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Im „Fall“ Olten SüdWest sind zugegebenermassen Fehler passiert, die man künftig vermeiden muss. Daraus kann aber nicht zwingend auf generelle Probleme geschlossen werden, wie der Stadtrat bereits in seiner ersten Reaktion auf den erwähnten Schlussbericht bzw. die Empfehlungen der GPK betont hat. Tatsache ist, dass im konkreten Fall dem Geschäft „Kauf Olten SüdWest“ nicht der nötige Stellenwert beigemessen wurde, da er in den Augen des damaligen Stadtrates bereits genügend erörtert und entschieden schien. Aus dieser politischen Gewichtung kann nicht abgeleitet werden, dass der Stadtrat die geltenden Reglemente betr. Führung der Stadtratsgeschäfte generell nicht einhält.

Da sämtliche Abläufe immer wieder Verbesserungen erfahren können und daher regelmässig zu überprüfen sind, beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Dr. Rudolf Moor, GPK: Ich verzichte darauf, die drei Postulate noch einmal ausgiebig zu begründen, weil ich denke, dass genug darüber gesagt worden ist. Es ist klar, worum es uns in der GPK geht, und ich glaube, man kann die drei Anliegen als bekannt voraussetzen. Ich werde jetzt noch aus Sicht der GPK zu den Antworten des Stadtrates Stellung nehmen. Die GPK dankt dem Stadtrat dafür, dass er die Dringlichkeit bejaht hat und die Überweisung der Postulate unterstützt. Ich sage zu allen drei gleichzeitig etwas. Die GPK hätte sich vorstellen können, dass die Begeisterung für die Umsetzung der drei Postulate etwas grösser wäre, als man es aus den Antworten liest. Ich möchte insbesondere zu zwei der drei Postulate etwas ergänzen, einerseits zu demjenigen, wo es um die Kommunikation des Stadtrates geht. Die GPK ist der Meinung, dass das Informieren über alle Entscheide und über alles, was im Stadtrat behandelt wird, unter dem Aspekt, dass die Stadtratssitzungen grundsätzlich öffentlich sind, der Normalfall sein sollte und Entscheide und Geschäfte nur dann nicht aktiv kommuniziert werden sollten, wenn es schützenswerte Gründe, vor allem Gründe des Personenschutzes, dagegen sprechen. Diese Haltung sieht die GPK aus den Antworten des Stadtrates etwas wenig, und sie erwartet hier, dass der Stadtrat auch einmal überlegt, wie er mehr zu einer klaren Transparenz beitragen könnte und man im Prinzip die aktive Information über alles, was im Stadtrat läuft, als den Normalfall betrachtet. Zweitens möchte ich auf die Geschäftskontrolle eingehen. Es geht zum Beispiel um die Beantwortung von Briefen, was mehrmals angesprochen wurde. Wenn man genau liest, wie es der Stadtrat schreibt, weiss man nicht, ob der letzte Satz wirklich ganz ernst gemeint ist: „Erste Umsetzungen sind nach Möglichkeit im kommenden Jahr geplant“. Wenn dies 2011 ist, heisst dies, dass man eventuell bis 2011 warten muss, bis man eine Antwort des Stadtrates erhält. Dann finden wir dies nicht unbedingt eine Reaktion auf unser Postulat mit der nötigen Effizienz und dem nötigen Gewicht. Die GPK erwartet vom Stadtrat ein schnelleres und effizienteres Angehen dieses Problems, dass offensichtlich keine vollständige Geschäftskontrolle besteht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich denke, es macht Sinn, dass ich zu allen drei Geschäften spreche, und möchte einige allgemeine Bemerkungen machen. Erstens habe ich gestern in der Erklärung im Zusammenhang, wie ein Weg, eine Ansicht zustande gekommen ist, klar gesagt, dass man etwas nicht richtig gemacht hat, dies bedauert und sich hier auch entschuldigt hat. Das Blatt ist an alle Anwesenden abgegeben worden. Ich habe auch gesagt, dass wir in diesem Zusammenhang sehr froh sind über die Vorstösse der GPK, die wir von Anfang an als konstruktiv bezeichnet haben und zwar wir fünf vom Stadtrat gemeinsam. Ich kann nicht verhehlen, dass es etwas enttäuschend ist zu hören, dass man dies nicht ernst nimmt. Vielleicht nimmt man mich nicht ernst. Aber wir, der Stadtrat, nehmen es ernst, sogar sehr ernst. Zu den einzelnen Vorstössen: Alle Antworten sind relativ kurz. Der aktuelle Stadtrat hat sich unter anderem auch auf die Fahne geschrieben, dass man, wenn ein Postulat oder eine Motion überwiesen wird, nicht schon am Anfang seitenlange Berichte schreibt, nachdem man Fehler begangen hat. Im Text des Postulats steht: „Der Stadtrat wird aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten“. Das werden wir ausführlich machen. Deshalb die kurze Antwort. Es ist auch immer wieder die Geschichte der Schönfärberei zur Sprache gekommen. Ich denke, wir dürfen uns doch das Recht herausnehmen, zum Thema Kommunikation eine Aussage zu machen, die in diesem Parlament vor einigen Wochen gerühmt worden ist, woran wir Freude hatten. Das Olten Journal ist sehr gut. Das Regierungsprogramm ist sehr gut dargestellt und informativ. Man ist dankbar. Das habt Ihr gesagt. Vielleicht nicht ganz alle. Einige schütteln bereits den Kopf. Wir haben keine Komplimente dafür erhalten, dass wir uns in den Medien praktisch nach jeder Stadtratssitzung verlauten lassen. Wir machen dies. Es ist sogar der Vorwurf gekommen – wir sind jedoch etwas stolz darauf – dass immer „sko“, Stadtkanzlei Olten, darunter steht. Wir fünf sind der Redaktion des Oltners Tagblatts dankbar, dass man

dies 1 : 1 über- und aufnimmt. Das erste Postulat betrifft die Führung der Stadtrats-Geschäfte, wo es heisst, dass wir innerhalb von sechs Monaten Bericht erstatten, das zweite eine bessere Kommunikation. „Das Gemeindeparlament ist innert sechs Monaten über die getroffenen Massnahmen zu informieren“. Hier gibt es eine Berichterstattung. Vom Sprecher der GPK ist im Zusammenhang mit der Geschäftskontrolle etwas gesagt worden. Ich möchte bitten, den ersten Satz noch einmal zu lesen. In den einzelnen Direktionen wird aktuell eine detaillierte Geschäftskontrolle geführt. Ich gebe das praktische Beispiel dazu. Eine Direktion, die extrem viele Geschäfte hat, ist die Baudirektion. Sie hat ein umfangreiches Papier, das jede Woche auf den neuesten Stand gebracht wird. Die Finanzdirektion hat ein Papier, das jede Woche auf den neuesten Stand gebracht wird. Das sind einfache Beispiele. Das ist jetzt schon so. Wir befinden uns in einem Technologiealter, wo man das Ganze mit den Records-Managements noch einmal auf einen neuen Stand bringt, wo wir vom Präsidium mit unserem Kommunikationsfachmann, dem Stadtschreiber, mit allen Beteiligten in Zusammenarbeit mit Finanzen und Informatik das Ganze wieder in einen neuen Status bringen möchten, wo der gesamte Lebenszyklus der Unterlagen vom Eingang, der Erstellung bis zum Archiv erfasst und neu geregelt wird. Das ist ein System, das es noch nicht so oft gibt. Wir möchten dies gerne einführen und sind an der Arbeit. Darüber werden wir Euch selbstverständlich Bericht erstatten. Ich bitte Euch, dies zur Kenntnis zu nehmen. Über die Entscheide betreffend Transparenz des Stadtrates sage ich weiter nichts. Es gibt gewisse Regeln, die einzuhalten sind. Der Rechtskonsulent hat selbstverständlich an dieser Formulierung mitgearbeitet. Es gibt gewisse Datenschutzsachen, die wir einhalten müssen. Alle sind eingeladen - es hat nicht Platz für alle 50 – einmal an einer Stadtratssitzung teilzunehmen. Ich muss Euch sagen, dass wir nicht über Hans Meier, der gerade einen Unfall erlitten hat und dies und jenes gemacht werden muss, vor Publikum diskutieren. Das ist der Datenschutz, der auch für die Stadtratssitzungen gilt. Ich denke, das versteht man sicher. Wir haben selber auch noch einige Ideen zum Postulat, was man besser machen kann. In diesem Sinne danken wir fünf Euch für die Postulate, sind selbstverständlich für Überweisung und Nichtabschreibung, damit dies auch gleich klar ist. Wir haben dies nämlich noch nicht vollzogen und werden Bericht erstatten. Im Namen des Stadtrates bitte ich, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass wir die Überweisung der drei Postulate einstimmig unterstützen. Wir danken dem Stadtpräsidenten für die klärenden Worte. Ich denke, es ist etwas besser als das, was wir nur gelesen haben. Wir haben doch den einen oder anderen Hinweis erhalten, dass die Ernsthaftigkeit und auch die Verbindlichkeit vorhanden ist. Ebenfalls unterstützen wir, dass die Beantwortungen von Postulaten nicht ellenlang sein und schon alle Antworten enthalten sein müssen. Ich denke, das ist richtig und dürfte auch in Zukunft so gehandhabt werden. Allerdings sollte es dann schon noch etwas „Fleisch am Knochen“ haben. Man sollte wenigstens sehen, in welche Richtung es angedacht ist. Es gibt ein Postulat zum Thema systematische Registratur oder Records Management. Ich denke, das ist genau so beantwortet. Man weiss, wohin es geht, was man schon hat und ungefähr, wo man landen wird. Das ist auch von uns her sehr positiv zu werten. Bei den anderen beiden Postulaten besteht wieder etwas das Problem des Tons. Vielleicht ist es wirklich auch eine Frage des Tons, wie so etwas geschrieben und herüber gebracht wird. Wenn man es durchliest, bekommt man nach dem zweiten Satz schon wieder irgendwie das Gefühl, es sei abwehrend, ausweichend und weniger begeisternd. Das ist vielleicht das Problem, dass es den Ton nicht ganz trifft, den wir ein Stück weit erwarten, dass man spürt: Doch, es ist uns ernst mit diesen Postulaten. Von daher hoffen wir tatsächlich, dass Deine Worte wirklich auch gehört werden und wir in sechs Monaten ganz konkrete und konstruktive Vorschläge haben werden. Im Übrigen können wir uns hier der GPK anschliessen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Niemand kann gegen die Überweisung der Postulate sein. Sonst bin ich hier auch wieder in einer Nebenrolle in einem falschen Film. Ich denke, wir freuen uns über die Ausführungen, die wir von Ernst Zingg gehört haben. Da die Antworten in Zukunft eher knapp gehalten werden, gibt es für uns auch etwas weniger zu lesen. Das ist sicher eine löbliche Geschichte. Ich habe einfach das Gefühl, in diesem Fall wäre vielleicht etwas mehr besser gewesen. Aber ich denke, es tut nichts zur Sache. Wir wollen es ja überweisen. Dann gibt es etwas daraus, und es kommt etwas daraus. Ich glaube, das ist eigentlich das Ziel der drei Postulate der GPK.

Andreas Schibli, FdP-Fraktion: Ich möchte etwas zum dritten Postulat der GPK „Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung“ sagen. Es ist unbestritten. Ich bin auch für die Überweisung dieses Postulates. Aber ich frage mich, weshalb der Stadtrat nicht die Abschreibung beantragt hat. Warum? Seit dem 29. Juli 2002 hat die Stadt Olten ein Kommunikationskonzept. Ich habe mir dies gestern Abend zu Herzen genommen. Darin stehen ganz gute und intelligente Sachen. Das muss ich ehrlich sagen. Von mir aus gesehen könnte man, wenn sich der Stadtrat noch besser an das Kommunikationskonzept hält, theoretisch eigentlich die Abschreibung beantragen. Vielleicht noch eine Frage dazu. Weshalb kommt das Kommunikationskonzept in der Antwort auf das Postulat nicht zur Geltung? Es ist wirklich gut. Ich möchte es jetzt nicht zitieren. Aber lest es doch einmal durch.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 16/3, 16/6

Prot.-Nr. 81

Dringliches Postulat der GPK betr. „Für mehr Transparenz über Entscheide des Stadtrates“/Beantwortung

Mit Mail vom 3. März 2010 hat die GPK folgenden Vorstoss bei der Stadtkanzlei eingereicht:

„In ihrer Aufarbeitung der Vorgänge um das Kaufangebot an den Stadtrat für Olten SüdWest hat die GPK festgestellt, dass der Stadtrat teilweise unpräzise, nicht umfassend und nicht zeitgerecht über die von ihm im Stadtrat behandelten Geschäfte sowie über seine Entscheide kommuniziert.

Der Stadtrat wird aufgefordert, konkreter, umfassender und zeitgerechter als heute über die von ihm behandelten Geschäfte und über seine Entscheide öffentlich zu berichten. Zu diesem Zweck sind im Internet auf www.olten.ch rechtzeitig die vollständigen Geschäftslisten für alle Sitzungen des Stadtrates zu publizieren. Zudem sind zeitnah nach jeder Sitzung grundsätzlich alle Entscheide des Stadtrates zu veröffentlichen. Von diesem Grundsatz darf nur ausnahmsweise abgewichen werden, wenn schützenswerte Informationen im Sinne der Datenschutzgesetzgebung vorliegen.

Begründung des Postulates und der Dringlichkeit:

Die Geschäftslisten der Stadtratssitzungen, die auf der Homepage der Stadt Olten (www.olten.ch) publiziert werden, sind oft nicht vollständig. Den Einwohnerinnen und Einwohnern fehlt dadurch die Grundlage, um die Tätigkeit des Stadtrates zu verfolgen. Zudem berichtet der Stadtrat nur selektiv über die von ihm behandelten Geschäfte und Entscheide. Die entsprechende Kommunikation wirkt für Aussenstehende zufällig und erfolgt teilweise verspätet. Dieses Verhalten behindert die Umsetzung des Grundsatzes, wonach die Stadtratssitzungen öffentlich sind.

Eine offene und transparente Kommunikation, die gleichzeitig die schützenswerten Interessen gemäss Datenschutzgesetz berücksichtigt, ist notwendig angebracht. In diesem Zusammenhang verweist die GPK auf die Richtlinie betreffend Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz (SRO-Nr. 113) und das Kommunikationskonzept der Stadt Olten (SRO-Nr.113.1).

Die Mängel in der Kommunikation über die Stadtrats-Geschäfte sind rasch zu beheben. Entsprechend ist das vorliegende Postulat dringlich zu behandeln.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage der Dringlichkeit:

Im Sinne einer gesamtheitlichen Behandlung des Themas befürwortet der Stadtrat eine dringliche Behandlung.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Im „Fall“ Olten SüdWest sind zugegebenermassen Fehler passiert, die man künftig vermeiden muss. Daraus kann aber nicht zwingend auf generelle Probleme geschlossen werden, wie der Stadtrat bereits in seiner ersten Reaktion auf den erwähnten Schlussbericht bzw. die Empfehlungen der GPK betont hat. Der Stadtrat wehrt sich denn auch gegen Behauptungen, dass er „teilweise unpräzise, nicht umfassend und nicht zeitgerecht“ über die von ihm behandelten Geschäfte kommuniziere.

Alle Geschäfte, zu denen Berichte und Anträge vorliegen, werden nach Vorliegen der Traktandenliste im Internet und im Ausgang beim Stadthauseingang publiziert, sofern keine schützenswerten Interessen (Datenschutz, laufende Verhandlungen etc.) entgegenstehen. Zu diesen Traktanden werden nach den Sitzungen die entsprechenden Beschlüsse im Internet publiziert, sobald diese bereinigt vorliegen. Die wichtigsten Entscheide werden zudem im Rahmen der bestehenden personellen Kapazitäten in Berichten zu Händen der Medien zusammengefasst.

Der Stadtrat hat seine Kommunikationstätigkeit in seiner neuen Zusammensetzung überprüft und neu ausgerichtet und wird diese in regelmässigen Abständen weiterhin überprüfen.

Der Stadtrat beantragt in diesem Sinne dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Dr. Rudolf Moor, GPK: Ich verzichte darauf, die drei Postulate noch einmal ausgiebig zu begründen, weil ich denke, dass darüber genug gesagt worden ist. Es ist klar, worum es uns in der GPK geht, und ich glaube, man kann die drei Anliegen als bekannt voraussetzen. Ich werde jetzt noch aus Sicht der GPK zu den Antworten des Stadtrates Stellung nehmen. Die GPK dankt dem Stadtrat dafür, dass er die Dringlichkeit bejaht hat und die Überweisung der Postulate unterstützt. Ich sage zu allen drei zusammen etwas. Die GPK hätte sich vorstellen können, dass die Begeisterung für die Umsetzung der drei Postulate etwas grösser wäre, als man es aus den Antworten liest. Ich möchte insbesondere zu zwei der drei Postulate etwas ergänzen, einerseits zu demjenigen, wo es um die Kommunikation des Stadtrates geht. Die GPK ist der Meinung, dass das Informieren über alle Entscheide und über alles, was im Stadtrat behandelt wird, unter dem Aspekt, dass die Stadtratssitzungen grundsätzlich öffentlich sind, der Normalfall sein sollte und Entscheide und Geschäfte nur dann nicht aktiv kommuniziert werden sollten, wenn es schützenswerte Gründe, vor allem Gründe des Personenschutzes, dagegen sprechen. Diese Haltung sieht die GPK aus den Antworten des Stadtrates etwas wenig, und sie erwartet hier, dass der Stadtrat auch einmal überlegt, wie er mehr zu einer klaren Transparenz beitragen könnte und man im Prinzip die aktive Information über alles, was im Stadtrat läuft, als den Normalfall betrachtet. Zweitens möchte ich auf die Geschäftskontrolle eingehen. Es geht zum Beispiel um die Beantwortung von Briefen, was mehrmals angesprochen wurde. Wenn man genau liest, wie es der Stadtrat schreibt, weiss man nicht, ob der letzte Satz wirklich ganz ernst gemeint ist: „Erste Umsetzungen sind nach Möglichkeit im kommenden Jahr geplant“. Wenn dies 2011 ist, heisst dies, dass man eventuell bis 2011 warten muss, bis man eine Antwort des Stadtrates erhält. Dann finden wir dies nicht unbedingt eine Reaktion auf unser Postulat mit der nötigen Effizienz und dem nötigen Gewicht. Die GPK erwartet vom Stadtrat ein schnelleres und effizienteres Angehen dieses Problems, dass offensichtlich keine vollständige Geschäftskontrolle besteht.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass wir die Überweisung der drei Postulate einstimmig unterstützen. Wir danken dem Stadtpräsidenten für die klärenden Worte. Ich denke, es ist etwas besser als was wir nur gelesen haben. Wir haben doch den einen oder anderen Hinweis erhalten, dass die Ernsthaftigkeit und auch die

Verbindlichkeit vorhanden ist. Ebenfalls unterstützen wir, dass die Beantwortungen von Postulaten nicht ellenlang sein und schon alle Antworten enthalten sein müssen. Ich denke, das ist richtig und dürfte auch in Zukunft so gehandhabt werden. Allerdings sollte es dann schon noch etwas „Fleisch am Knochen“ haben. Man sollte wenigstens sehen, in welche Richtung es angedacht ist. Es gibt ein Postulat zum Thema systematische Registratur oder Records Management. Ich denke, das ist genau so beantwortet. Man weiss, wohin es geht, weiss, was man schon hat, und weiss ungefähr, wo man landen wird. Das ist auch von uns her sehr positiv zu werten. Bei den anderen beiden Postulaten besteht wieder etwas das Problem des Tons. Vielleicht ist es wirklich auch eine Frage des Tons, wie so etwas geschrieben wird und hinüber bringt. Wenn man es durchliest, bekommt man nach dem zweiten Satz schon wieder irgendwie das Gefühl, es sei abwehrend, ausweichend und weniger begeisternd. Das ist vielleicht das Problem, dass es den Ton nicht ganz trifft, den wir ein Stück weit erwarten, dass man spürt: Doch, es ist uns ernst mit diesen Postulaten. Von daher hoffen wir tatsächlich, dass Deine Worte wirklich auch gehört werden und wir in sechs Monaten ganz konkrete und konstruktive Vorschläge haben werden. Im Übrigen können wir uns hier der GPK anschliessen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Niemand kann gegen die Überweisung der Postulate sein. Sonst bin ich hier auch wieder in einer Nebenrolle in einem falschen Film. Ich denke, wir freuen uns über die Ausführungen, die wir von Ernst Zingg gehört haben. Da die Antworten in Zukunft eher knapp gehalten werden, gibt es für uns auch etwas weniger zu lesen. Das ist sicher eine löbliche Geschichte. Ich habe einfach das Gefühl, in diesem Fall wäre vielleicht etwas mehr besser gewesen. Aber ich denke, es tut nichts zur Sache. Wir wollen es ja überweisen. Dann gibt es etwas daraus, und es kommt etwas daraus. Ich glaube, das ist eigentlich das Ziel der drei Postulate der GPK.

Andreas Schibli, FdP-Fraktion: Ich möchte etwas zum dritten Postulat der GPK „Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung“ sagen. Es ist unbestritten. Ich bin auch für die Überweisung dieses Postulates. Aber ich frage mich, weshalb der Stadtrat nicht die Abschreibung beantragt hat. Warum? Seit dem 29. Juli 2002 hat die Stadt Olten ein Kommunikationskonzept. Ich habe mir dies gestern Abend zu Herzen genommen. Darin stehen ganz gute und intelligente Sachen. Das muss ich ehrlich sagen. Von mir aus gesehen könnte man, wenn sich der Stadtrat noch besser an das Kommunikationskonzept hält, theoretisch eigentlich die Abschreibung beantragen. Vielleicht noch eine Frage dazu. Weshalb kommt das Kommunikationskonzept in der Antwort auf das Postulat nicht zur Geltung? Es ist wirklich gut. Ich möchte es jetzt nicht zitieren. Aber lest es doch einmal durch.

Beschluss

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 16/3, 16/6

Prot.-Nr. 82

Dringliches Postulat der GPK betr. „Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung“/Beantwortung

Mit Mail vom 3. März 2010 hat die GPK folgenden Vorstoss bei der Stadtkanzlei eingereicht:

„In ihrer Aufarbeitung der Vorgänge um das Kaufangebot an den Stadtrat für SüdWest hat die GPK festgestellt, dass keine direktionsübergreifende und keine einheitliche Regelung besteht, wie externe Korrespondenzen entgegenzunehmen, deren Empfang zu bestätigen, diese zu behandeln, wie und innert welcher Frist diese zu beantworten sowie wie die Antworten zu dokumentieren und zu archivieren sind.

Der Stadtrat wird aufgefordert, für sich selber und für die Verwaltung verbindliche Regeln für die Behandlung von externer Korrespondenz zu definieren und diese Regeln auch konsequent anzuwenden beziehungsweise durchzusetzen.

Das Gemeindeparlament ist innert sechs Monaten nach Überweisung des Postulates über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Begründung des Postulates und der Dringlichkeit:

Innerhalb der Verwaltung der Stadt Olten gibt es eine zentrale Stelle für den Posteingang. Doch diese ist nicht dafür zuständig, zu registrieren, wer von wem wann einen Brief erhalten hat. Diese Posteingangszentrale verteilt lediglich die Korrespondenz an die entsprechenden Direktionen und Stellen.

Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, dafür besorgt zu sein, eine entsprechende Geschäftskontrolle einzuführen. Diese ist für eingehende Anfragen (Briefe und Mails), die eine Bearbeitung auslösen, entweder zentral zu führen oder aber, falls spezifische Besonderheiten zu berücksichtigen sind, direktionsübergreifend nach gleichen Kriterien verbindlich auszugestalten. Als mögliche Kriterien kommen in Frage: Eingangsbestätigung, Anmelden der Pendenz inklusive automatischer Erinnerung und Bestätigung der abschliessenden Erledigung.

Die Mängel in der Behandlung von Korrespondenz sind dringend zu beheben. Entsprechend ist das vorliegende Postulat dringlich zu behandeln.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage der Dringlichkeit:

Im Sinne einer gesamtheitlichen Behandlung des Themas befürwortet der Stadtrat eine dringliche Behandlung.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Es gilt festzustellen, dass in den einzelnen Direktionen wie auch auf der Stadtkanzlei Geschäftskontrollen geführt werden und auch Regelungen über das Handling von eingehender Korrespondenz vorhanden sind. Wie bereits in der ersten Reaktion auf den GPK-Bericht erklärt, ist der Stadtrat jedoch wie die Postulantinnen und Postulanten der Ansicht, dass Abläufe immer vereinheitlicht und optimiert werden können.

Durch die Direktion Stadtpräsidium wurde denn auch bereits gegen Ende des vergangenen Jahres in Zusammenarbeit mit der Direktion Finanzen und Informatik ein Projekt mit dem Titel „Records Management“ eingeleitet, mit dem der gesamte Lebenszyklus von Unterlagen, vom Eingang bzw. von der Erstellung bis zum Langzeitarchiv, erfasst und neu geregelt werden soll. Gegenwärtig läuft die Analyse der Bedürfnisse, anschliessend wird die einzuschlagende Strategie entwickelt, in welche auch die Thematik Geschäftskontrolle einfließen soll. Erste Umsetzungen sind nach Möglichkeit im kommenden Jahr geplant.

Angesichts der laufenden Arbeiten empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Dr. Rudolf Moor, GPK: Ich verzichte darauf, die drei Postulate noch einmal ausgiebig zu begründen, weil ich denke, dass darüber genug gesagt worden ist. Es ist klar, worum es uns in der GPK geht, und ich glaube, man kann die drei Anliegen als bekannt voraussetzen. Ich werde jetzt noch aus Sicht der GPK zu den Antworten des Stadtrates Stellung nehmen. Die GPK dankt dem Stadtrat dafür, dass er die Dringlichkeit bejaht hat und die Überweisung der Postulate unterstützt. Ich sage zu allen drei zusammen etwas. Die GPK hätte sich vorstellen können, dass die Begeisterung für die Umsetzung der drei Postulate etwas grösser wäre, als man es aus den Antworten liest. Ich möchte insbesondere zu zwei der drei Postulate etwas ergänzen, einerseits zu demjenigen, wo es um die Kommunikation des Stadtrates geht. Die GPK ist der Meinung, dass das Informieren über alle Entscheide und über alles, was im Stadtrat behandelt wird, unter dem Aspekt, dass die Stadtratssitzungen grundsätzlich öffentlich sind, der Normalfall sein sollte und Entscheide und Geschäfte nur dann nicht aktiv kommuniziert werden sollten, wenn es schützenswerte Gründe, vor allem Gründe des Personenschutzes, dagegen sprechen. Diese Haltung sieht die GPK aus den Antworten des Stadtrates etwas wenig, und sie erwartet hier, dass der Stadtrat auch einmal überlegt, wie er mehr zu einer klaren Transparenz beitragen könnte und man im Prinzip die aktive Information über alles, was im Stadtrat läuft, als den Normalfall betrachtet. Zweitens möchte ich auf die Geschäftskontrolle eingehen. Es geht zum Beispiel um die Beantwortung von Briefen, was mehrmals angesprochen wurde. Wenn man genau liest, wie es der Stadtrat schreibt, weiss man nicht, ob der letzte Satz wirklich ganz ernst gemeint ist: „Erste Umsetzungen sind nach Möglichkeit im kommenden Jahr geplant“. Wenn dies 2011 ist, heisst dies, dass man eventuell bis 2011 warten muss, bis man eine Antwort des Stadtrates erhält. Dann finden wir dies nicht unbedingt eine Reaktion auf unser Postulat mit der nötigen Effizienz und dem nötigen Gewicht. Die GPK erwartet vom Stadtrat ein schnelleres und effizienteres Angehen dieses Problems, dass offensichtlich keine vollständige Geschäftskontrolle besteht.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Grundsätzlich möchte ich vorausschicken, dass wir die Überweisung der drei Postulate einstimmig unterstützen. Wir danken dem Stadtpräsidenten für die klärenden Worte. Ich denke, es ist etwas besser als was wir nur gelesen haben. Wir haben doch den einen oder anderen Hinweis erhalten, dass die Ernsthaftigkeit und auch die Verbindlichkeit vorhanden ist. Ebenfalls unterstützen wir, dass die Beantwortungen von Postulaten nicht ellenlang sein und schon alle Antworten enthalten sein müssen. Ich denke, das ist richtig und dürfte auch in Zukunft so gehandhabt werden. Allerdings sollte es dann schon noch etwas „Fleisch am Knochen“ haben. Man sollte wenigstens sehen, in welche Richtung es angedacht ist. Es gibt ein Postulat zum Thema systematische Registratur oder

Records Management. Ich denke, das ist genau so beantwortet. Man weiss, wohin es geht, weiss, was man schon hat, und weiss ungefähr, wo man landen wird. Das ist auch von uns her sehr positiv zu werten. Bei den anderen beiden Postulaten besteht wieder etwas das Problem des Tons. Vielleicht ist es wirklich auch eine Frage des Tons, wie so etwas geschrieben wird und hinüber bringt. Wenn man es durchliest, bekommt man nach dem zweiten Satz schon wieder irgendwie das Gefühl, es sei abwehrend, ausweichend und weniger begeisternd. Das ist vielleicht das Problem, dass es den Ton nicht ganz trifft, den wir ein Stück weit erwarten, dass man spürt: Doch, es ist uns ernst mit diesen Postulaten. Von daher hoffen wir tatsächlich, dass Deine Worte wirklich auch gehört werden und wir in sechs Monaten ganz konkrete und konstruktive Vorschläge haben werden. Im Übrigen können wir uns hier der GPK anschliessen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Niemand kann gegen die Überweisung der Postulate sein. Sonst bin ich hier auch wieder in einer Nebenrolle in einem falschen Film. Ich denke, wir freuen uns über die Ausführungen, die wir von Ernst Zingg gehört haben. Da die Antworten in Zukunft eher knapp gehalten werden, gibt es für uns auch etwas weniger zu lesen. Das ist sicher eine löbliche Geschichte. Ich habe einfach das Gefühl, in diesem Fall wäre vielleicht etwas mehr besser gewesen. Aber ich denke, es tut nichts zur Sache. Wir wollen es ja überweisen. Dann gibt es etwas daraus, und es kommt etwas daraus. Ich glaube, das ist eigentlich das Ziel der drei Postulate der GPK.

Andreas Schibli, FdP-Fraktion: Ich möchte etwas zum dritten Postulat der GPK „Für bessere Kommunikation des Stadtrates und der Verwaltung“ sagen. Es ist unbestritten. Ich bin auch für die Überweisung dieses Postulates. Aber ich frage mich, weshalb der Stadtrat nicht die Abschreibung beantragt hat. Warum? Seit dem 29. Juli 2002 hat die Stadt Olten ein Kommunikationskonzept. Ich habe mir dies gestern Abend zu Herzen genommen. Darin stehen ganz gute und intelligente Sachen. Das muss ich ehrlich sagen. Von mir aus gesehen könnte man, wenn sich der Stadtrat noch besser an das Kommunikationskonzept hält, theoretisch eigentlich die Abschreibung beantragen. Vielleicht noch eine Frage dazu. Weshalb kommt das Kommunikationskonzept in der Antwort auf das Postulat nicht zur Geltung? Es ist wirklich gut. Ich möchte es jetzt nicht zitieren. Aber lest es doch einmal durch.

Beschluss

Grossmehrheitlich (1 Enthaltung) wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13, 16/3

Prot.-Nr. 83

Dringliches Postulat Luzia Stocker (SP) betr. Einsicht in Protokoll der Retraite/Entbindung des damaligen Rechtskonsulenten vom Amtsgeheimnis/Beantwortung

Der Stadtrat wird gebeten, im Interesse einer weiteren Klärung und Wiederherstellung des Vertrauens, die weissen Flecken, die der GPK-Bericht mangels Auskunft hinterlassen hat, aufzufüllen.

- **Der Stadtrat soll das Protokoll aus der Retraite vom Juli 2009 zur Einsicht dem GPK-Präsidium vorlegen; es geht nicht an, dass der Stadtrat der GPK vorschreibt, was für Ihre Arbeit relevant ist und was nicht;**
- **Der damalige Rechtskonsulent Christian Winiger, der unter Hinweis aufs Amtsgeheimnis als einziger der GPK keine Auskunft erteilen konnte, soll vom Amtsgeheimnis entbunden und von der GPK befragt werden.**
- **Der Stadtrat soll darlegen, zu welchem Zeitpunkt genau und auf welche Weise der sogenannte strategische Entscheid zum Nicht-Kauf von Olten Südwest gefällt wurde.**

Begründung:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats hat mit grossem Aufwand sowie einem Maximum an Sorgfalt und Korrektheit die Vorgänge um den Nicht-Kauf von Olten Südwest durch den Stadtrat ermittelt, soweit es ihre beschränkten Kompetenzen zulassen, Zweck der aufwändigen Arbeit war es, das erschütterte Vertrauen in die Stadtregierung wiederherzustellen.

Leider haben Stadtrat und Stadtpräsidium es verpasst, ihrerseits einen Beitrag zur Wiederherstellung dieses Vertrauens zu leisten. Die offiziellen Reaktionen auf den GPK-Bericht hinterliessen in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass die Stadtregierung aus den Vorgängen nicht wirklich Lehren gezogen hat, sondern im Sinne kurzfristiger Schadensbegrenzung immer nur gerade so viel zugibt, wie unbedingt nötig ist.

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass es zum Wohle der Stadt Olten unabdingbar ist, dass die Bevölkerung wieder Vertrauen in die Behörden fasst. Es stehen in diesem und im nächsten Jahr wegweisende Volksabstimmungen an, die mit einer angeschlagenen Stadtregierung nur schwer zu gewinnen sein werden.

Vertrauen aber ist in dieser Situation nur mit grösstmöglicher Offenheit zurückzugewinnen. Die SP ist sich im Klaren darüber, dass sie in dieser Situation in einer besonderen Verantwortung steht, da sie zur fraglichen Zeit (2007) die Mehrheit in der Regierung hatte. Sie begrüsst es deshalb, dass die damalige Baudirektorin Silvia Forster (SP) der GPK umfassend Auskunft gegeben hat, und empfiehlt den amtierenden Stadträten, die damals schon im Amt waren, sich ebenfalls persönlich zu erklären. Das Kollegialitätsprinzip in der Regierung ist zu bedeutsam, als dass es dafür missbraucht werden dürfte, unbeteiligte Kollegen politisch kollektiv mit in Haftung zu nehmen.

Im Übrigen hält die SP-Fraktion daran fest, dass Stadtpräsident Ernst Zingg als politisch Hauptverantwortlicher gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung nach wie vor eine Entschuldigung schuldet. Solange er diese nicht leistet, kann von einer Wiederherstellung des Vertrauens keine Rede sein.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt mündlich.

- - - - -

Dr. Markus Ammann verzichtet auf eine zusätzliche Begründung des Vorstosses.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Auch dies ist halt eine Formalität. Wir haben uns das Recht herausgenommen, das Postulat mündlich zu beantworten. Dafür gibt es eine sehr einfache Erklärung, auch mit derjenigen von gestern, weil es aus dem Zusammenhang heraus beantwortet werden kann. Ich bitte, nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Der Stadtrat verweist im Zusammenhang mit diesem Postulat auf die Erklärung von gestern. Wir haben dort zu den wichtigsten Hauptfragen Stellung genommen, die im Raum stehen und auch ausserhalb des Parlaments in den Raum gestellt worden sind. Der GPK-Bericht über die Klärung der Abläufe beinhaltet die gesamte Problematik des Themas, und die Abklärungen der GPK – das ist völlig zu Recht gesagt worden – sind umfassend und basieren auf den Aussagen von direkt Beteiligten. Stadtratskollegin Iris Schelbert hat gestern im Rahmen der stadträtlichen Erklärung zur sogenannten Retraite des Stadtrates im Juni 2009 klar Stellung bezogen. In der gestrigen Erklärung haben wir auch Aussagen gemacht. Ich selber über die Entscheidungsfindung und zum Entscheid oder Nichtentscheid für einen Erwerb des Areals. Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung des damaligen Rechtskonsulenten war seine Entscheidung. Wir verweisen hier auf Seite 17 des GPK-Berichtes. Christian Winiger hat die Einladung abgelehnt und sein Verhalten damit begründet, dass er die Untersuchungskompetenzen der GPK als nicht vorhanden bzw. nur ungenügend geregelt erachte. Zudem unterliege er keiner Zeugenpflicht, womit die GPK ihn auch nicht unter Androhung von Straffolgen vorladen könne“. Wir haben heute noch einen Nachsatz gehört, dass er auch, wenn man ihn vom Amtsgeheimnis entbunden hätte, trotzdem nicht gekommen wäre. Der Stadtrat ist nie mit einem Entscheid für die Entbindung aus dem Amtsgeheimnis angegangen worden. Das haben wir überhaupt nicht gewusst. Der Entscheid von Christian Winiger ist völlig unbeeinflusst vom damaligen wie auch heutigen Stadtrat erfolgt. Die GPK hat diesen Entscheid nicht gerade freudig akzeptiert. Aber man hat ihn akzeptiert. Das steht auch im Protokoll. Jetzt zu diesem Postulat: Das Parlament entscheidet über den weiteren Verlauf dieses Postulats.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Es ist ein Postulat. Man könnte sagen, es ist fast eine Petition. Drei Punkte sind enthalten. Der zweite Punkt ist das Thema Christian Winiger. Ich glaube, das haben wir gehört. Er will nicht und kann auch vom Stadtrat nicht gezwungen werden, selbst wenn der Stadtrat dies möchte. Der dritte Punkt betrifft den Entscheid zum Nichtkauf. Punkt 1. Ich habe dies am Anfang im Referat zum GPK-Bericht bereits erwähnt: Die berühmte Retraite. Dort ist der Stadtrat nach meiner Meinung einfach nicht ganz konsistent. Wenn es ein Teambildungsprozess nach Lehrbuch war, gibt es dazu kein Protokoll. Wenn es ein Protokoll gibt, muss ja noch etwas anderes als ein Teambildungsprozess gewesen sein. Die Unklarheit ist halt einfach noch da. Das ist der Petitionscharakter dieses Vorstosses. Ich glaube, es würde niemandem eine Zacke aus der Krone fallen, wenn man irgendeinen Weg fände. Man muss ja nicht das ganze Protokoll aushändigen, sondern lässt eine Vertrauensperson Einblick nehmen, die sagt: Ja, ich merke. Es gibt wirklich nichts Neues, das völlig anders als im GPK-Bericht ist. Wenn der Stadtrat sagen könnte „Soweit gehen wir, ohne dass wir das ganze Protokoll aushändigen und den Teamprozess stören“, wäre meiner Meinung nach allen gedient und auch das Protokoll erfüllt.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich denke, das Postulat, das wir vor uns hatten, hat auch eine gewisse Geschichte. Es ist ein Weg, der eingeschlagen worden war, und man kann vielleicht keinen Rückwärtssalto mehr daraus machen. Man hat dies auch schon aus den vorgängigen Wortmeldungen gehört. Zum Protokoll der Retraite: Urs hat es eigentlich schön angesprochen. Ich habe das Gefühl, dass die Mehrheit unserer Fraktion vertraut eigentlich den Worten von Iris Schelbert vertraut. Wer schon einmal eine Umstrukturierung erlebt hat, in einem neu zusammengestellten Team zu arbeiten hat beginnen müssen, weiss eigentlich, dass die Software im Vordergrund stehen muss. Wie funktioniert das Team? Welche Aufgaben machen wir wie? Welche Veränderungswünsche haben die neuen Mitglieder zu den bestehenden Abläufen? Das steht im Vordergrund beim sogenannten Change Management. Das tönt noch etwas besser. Ich denke, die Retraite sollten wir doch einfach so stehen lassen. Ich glaube nicht, dass hier etwas bewusst versteckt wird. Meiner Meinung nach müssten wir doch hier auch so weit kommen und sagen: Den fünf Personen vertrauen wir doch jetzt einmal, dass dort wirklich nichts drin gestanden ist, das die Geschichte wesentlich verändern würde. Zu Christian Winiger: Ich habe die Auffassung, dass es eigentlich ja schon im OT gestanden hat. Jetzt bin ich nicht ganz sicher. Ich habe es so interpretiert. Es gibt sicher auch andere Interpretationen. Es gab keine Fragen, die rechtsdienstlich hätten geklärt werden müssen. Ich weiss nicht, was man mit der Strapazierung der Ressourcen der GPK noch erreichen will. Zum Zeitpunkt 2. April 2007, 17. April 2007, 22. Mai 2007: Was tut dies noch zur Sache? Eine Frage an Euch alle: Wisst Ihr noch, wann wir entschieden haben, dass wir 200 Stellenprozente für Schulsozialarbeit genehmigen? Nein? 22. März 2007. Warum ist dies wichtig? Das sehen wir nicht ein. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat aus den dargelegten Gründen mehrheitlich nicht überweisen.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Deine Worte waren sehr schön. Du kannst sie andernorts bringen. Wir sehen es etwas anders. Das Vertrauen ist zwar nach wie vor vorhanden. Aber man weiss nicht genau wo. Wir unterstützen das Postulat der SP und zwar in allen drei Punkten, weil wir es als konsequent erachten, dass man versucht, noch sauber den Rest aufzuräumen und halt auch Christian Winiger noch einmal auffordert, zu diesem wichtigen Geschäft, das wirklich nicht nur viel Geld gekostet hat, sondern bei dem auch viele Erkenntnisse herausgekommen sind, endlich eine Aussage zu machen.

Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion: Ich möchte mich nicht wieder zu sehr über das Votum der CVP ärgern. Es ist eben etwas dieser Ton, das Abwiegeln, Wegschicken, es ist ja alles gut. Ich finde, das darf man dann schon einmal machen. Hier bin ich einverstanden. Aber man soll auch einmal über die Sache reden und sie ausdiskutieren. Dann können wir schon zum nächsten Schritt gehen. So mit der Parole: Packen wir es, und dann haben wir Vertrauen. Das reicht mir nicht. Von daher finde ich, dass man diesen kleinen Schritt noch machen sollte. Es ist ja nicht eine riesige Ressourcenfrage. Man hat uns vorher vorgeworfen, wir als SP seien auch mitgegangen, unter anderem Christian Winiger. Das wäre jetzt ein Weg, um dies noch sauber abzuschliessen. Vielleicht ist auch die Meinung von Christian Winiger in der Zwischenzeit schon etwas anders, dass er hier offener ist. Er ist Jurist, und von daher kann ich auch die formal-juristischen Hindernisse durchaus nachvollziehen. Ich sehe hier kein Problem. Urs Knapp hat es vorher gesagt: Wir hacken jetzt ein Stück weit auf diesem Retraite-Protokoll herum. Das ist mir schon klar gesagt worden. Aber ich kann es halt einfach nicht verstehen. Es geht mir nicht hinein. Wenn es tatsächlich nichts ist, verstehe ich nicht, weshalb man zum Beispiel nicht dem juristischen Sekretär gesagt hat: Schau dies kurz an. Er steht unter Amtsgeheimnis. Hier wäre nichts herausgekommen. Sonst hätte man wenigstens gewusst, woher es kommt. Ich verstehe dies nicht. Dann wäre die Sache vom Tisch gewesen, und wir hätten nichts zu diskutieren gehabt. Aber es ist wie bei den kleinen Kindern. Genau so macht man sich verdächtig. Das möchte ich eigentlich vom Tisch haben. Dann können wir wieder anfangen, Vertrauen aufzubauen, genau danach. In diesem Sinne bitte ich Euch um Überweisung.

Felix Wettstein: Ich spreche weder als GPK-Mitglied noch als Fraktionssprecher, sondern als Einzelsprecher. Es gibt eine Erklärung, weshalb wir an der Retraite zum Thema Olten SüdWest interessiert sind und zur Positionierung oder der Art und Weise, wie der heutige Stadtrat im Sinn hat, mit diesem Thema umzugehen, wie dies angefangen hat. Es war die Sitzung vom 25. Juni 2009, die gleiche Sitzung, an der die GPK beauftragt wurde, die ganze Sache genauer zu

prüfen. An dieser Sitzung hat Mario Clematide dem Stadtrat noch nicht angehört, war aber bereits gewählt. Wir sind damals rund zehn Tage vor der besagten Retraite gestanden. Mario Clematide hat gesagt: „Dann werden wir erstmals in der neuen Zusammensetzung der künftigen, ab 1. August Verantwortlichen zusammensitzen und es wird Tacheles geredet“. Diese Aussage ist in diesem Saal so gefallen. Mario, wir gehen davon aus, dass Du dafür gesorgt hast, dass Tacheles geredet wird. So kennen wir Dich. Das hat ein Ergebnis gegeben. Ob protokolliert oder nicht ist eigentlich sekundär. Aber es gibt etwas dazu zu kommunizieren. Jetzt rede ich wieder als jemand, der in der GPK dabei war. Das war natürlich der Auslöser, dass wir gesagt haben: Das ist eine Informationsquelle, die dazu beiträgt aufzuarbeiten, was war.

Dr. Arnold Uebelhart: Es ist wie im Märchen. Die Türe, wo man nicht eintreten darf, ist einfach interessant. Ich glaube, darum geht es. Was mit dem Apfel geschehen ist, wissen wir auch. Es ist nicht sehr gut herausgekommen. Bezüglich Tacheles denke ich, dass es wahrscheinlich schon so ist, dass Sachen diskutiert worden sind, die wirklich nicht für uns bestimmt sind. Zum Kommunikationskonzept: Protokolle, über die man keine Entschlüsse fasst, sind halt wirklich nicht öffentlich. Das müssen wir irgendwo akzeptieren. Ich frage mich aber trotzdem, was ich machen würde, wenn ich Ernst Zingg wäre. Ich muss mir dies ja überlegen. Ich würde ihn, die Offenheit in Person, und vielleicht den juristischer Sekretär einmal an eine Stadtratssitzung einladen. Ihr schaut dies in diesem Zusammenhang zusammen an. Mir ist aber nicht klar, was Ihr dann daraus macht. Kannst Du nachher noch schlafen oder nicht? Im Märchen sieht man es dann. Es ist wirklich dort spannend, wo man nicht eintreten darf? Wäre dies etwas? Wenn ich Dich wäre, würde ich sagen: Komm, wir schauen dies gemeinsam an. Du bist wirklich die Korrektheit in Person. Aber was machst Du dann damit? Das müssten wir noch wissen. Wir geben ja den Auftrag an die GPK oder einen Vertreter. Kann man hier etwas sagen?

Nico Zila: Die verschiedenen Einschätzungen von Arnold Uebelhart ehren mich. Ich kann Dir schon sagen, was wir damit machen, kann Dir aber nicht sagen, ob ich noch ruhig schlafen könnte, weil man schauen müsste, was drin steht. Aber ich glaube, dass wir in der GPK grundsätzlich nicht eine ganz neue Welt aus diesem Protokoll erwarten. Ich denke, das ist realistisch. Wir würden den Auftrag umsetzen, wenn er so zustande käme und der Stadtrat dazu bereit wäre. Aber wir würden genau gleich damit umgehen, wie wir in unserer ersten grossen Erarbeitung mit vielen anderen Dokumenten, mit Informationen aus Gesprächen umgegangen sind. Wir machen es. Ich bin überzeugt, dass es uns nicht aus „den Socken hauen“ würde. Wir wären froh, wenn man den Prozess vielleicht so abschliessen könnte.

Stephan Hodonou: Das habe ich mit meinem vorhergehenden Votum gemeint: Den Tatbeweis. Die Worte sind das Eine und die Taten das Andere. Wir haben ein Superkommunikationskonzept. Aber es muss gelebt werden. Ich glaube einfach – wir haben viel von der Stimmung her gehört – dass ein aufrichtiger, guter Berater dem Stadtrat sagen würde: Springt doch proaktiv über den Schatten und werdet nicht genötigt. Obwohl Ihr vielleicht nicht müsset und Eure Gründe habt: Legt es doch einfach vor. Dann ist es gut. So baut Ihr Vertrauen auf. Das würde ich Euch raten. Tut dies doch einfach. Einfach über den Schatten springen. Es geht ganz leicht. Wenn man es einmal gemacht hat... Noch ein Bonmot. Ich will nicht sagen, dass es dem Stadtrat so geht. Aber: „Ist der Ruf erst runiert, lebt es sich ganz ungeniert“.

Beschluss

Mit 32 : 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 84

Dringliche Motion Fraktion Grüne betr. "Verhandlungen für Teilkauf von Olten SüdWest"/Beantwortung

Die Fraktion Grüne hat am 22. März folgenden dringlichen Vorstoss bei der Stadtkanzlei eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, mit der Eigentümerschaft des Areals Olten SüdWest in Verhandlungen über den teilweisen Kauf des Geländes und in eine langfristige Partnerschaft zur gemeinsamen Entwicklung des Areals zu treten. Die Kaufbereitschaft der Stadt gilt solange, bis die Bebauungen in Olten SüdWest abgeschlossen sind.

Begründung der Dringlichkeit

Der Vorstoss ist als Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Kauf von Olten SüdWest" gedacht. Diese ist für den 25. März 2010 zur Behandlung im Parlament traktandiert. Laut Auskunft des Rechtsdienstes ist es unwahrscheinlich, zumindest fraglich, ob einer Initiative, welche die Form einer allgemeinen Anregung hat, ein (ausformulierter) Gegenvorschlag entgegen-gesetzt werden könne. Adäquates Mittel sei daher eine Motion. Damit der Wille des Parlamentes trotzdem und ohne zeitlichen Verzug zum Ausdruck gebracht werden kann, muss diese Motion dringlich sein, damit das Parlament am 25. März nicht nur zur Initiative, sondern auch zur Motion Stellung nehmen kann.

Materielle Begründung

Die Bedeutung des Areals Olten SüdWest ist hinlänglich bekannt. Die bisherige Eigentümerin hat 2009 einen Käufer gefunden, welcher bereit ist, das Areal zum Wert von über 20 Mio. Franken zu erwerben. Dem für rasches und „effizientes“ Bauen bekannten künftigen Eigentümer Leopold Bachmann geht es in erster Linie darum, Wohnungen zu erstellen. Er zeigt sich offenbar daran interessiert, weitere Investoren zu finden, welche die anderen vorgesehenen Komponenten des Areals ("Arbeiten" und "Leben") mitentwickeln.

Die Stadt selber wird in absehbarer Zukunft Bedarf nach zusätzlichem Land resp. entsprechenden Landreserven haben, um öffentliche Anlagen wie Schulhäuser, Sport- und Freizeitanlagen zu bauen. Insbesondere das hintere Drittel des Areals Olten SüdWest eignet sich für Freizeitnutzungen und naturnahe Erholungsräume gut, es ist aber für Wohnnutzungen nicht sehr attraktiv, da es in einer Senke liegt. Die Stadt hat auch ein Interesse daran, Land an Gewerbetreibende zu vermitteln, die in Olten investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen.

Eine Vorlage über den teilweisen Kauf von Olten SüdWest muss dem Volk unterbreitet werden, sobald die entsprechenden Bedingungen ausgehandelt sind.

Wenn der Stadtrat diese Verhandlungen in Immobilienfragen nicht selber führen will, kann er via eine öffentlichrechtliche Körperschaft (z.B. die sbo) gegenüber dem künftigen Eigentümer das Interesse der Stadt an einer langfristigen Partnerschaft und einem teilweisen Erwerb des Areals einbringen. Die Position der Stadt ist insofern vorteilhaft, als der Eigentümer von Olten SüdWest auf Investitionen der öffentlichen Hand im Umfang von weit über 15 Mio. Franken zur Erschliessung der Parzelle angewiesen ist. Daher wird er mit Sicherheit auf Verhandlungen eintreten wollen und müssen.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage der Dringlichkeit:

Angesichts der Behandlung der Volksinitiative „Kauf von Olten SüdWest“ an der Parlamentssitzung vom 24./25. März befürwortet der Stadtrat eine dringliche Behandlung der Motion.

Zum Inhalt:

Es gehört zum Auftrag des Stadtrates, zur Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Hand den Bedarf der Stadt Olten an Liegenschaften, Grundstücken und Infrastrukturanlagen auf dem ganzen Stadtgebiet abzudecken. Die entsprechenden strategischen Grundsätze sind in einer Richtlinie (SRO 513) betr. Kauf und Verkauf geregelt. Als jüngstes Beispiel hat die Einwohnergemeinde im Gegenzug zur Altlastenbereinigung eine sich im Besitze der Bürgergemeinde befindliche Parzelle im Kleinholz in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen mit einer Fläche von 15'271 Quadratmetern erhalten, an der sie für die Errichtung öffentlicher Bauten (Schulanlagen, Turnhalle etc.) interessiert ist.

Im Falle von Olten SüdWest hat die Stadt Olten von Beginn weg im Rahmen der kooperativen Planung mit Eigentümerin und Kanton, welche die Basis bildet für die bereits bestehende Partnerschaft zur gemeinsamen Entwicklung des Areals, ihre Interessen wahrgenommen, beispielsweise was die Nutzungen und die ökologischen Ausgleichsflächen betrifft. Zudem wurde der Bedarf an Sicherstellung von genügend Flächen für allfällige öffentliche Einrichtungen angemeldet. Diese Nutzung ist denn auch im Gestaltungsplan aufgeführt; zudem sind Freiflächen für Quartierplätze und Quartierparks vorgesehen.

Tritt nun der Bedarf ein nach zusätzlichem Land resp. entsprechenden Landreserven, um öffentliche Anlagen wie Schulhäuser, Sport- und Freizeitanlagen zu bauen, wird der Stadtrat selbstredend unter Einbezug der Stadtentwicklungskommission als beratendem Gremium Verhandlungen mit der Eigentümerschaft aufnehmen.

Im Sinne der vorstehenden Erläuterungen empfiehlt der Stadtrat daher die Motion zur Überweisung.

- - - - -

Felix Wettstein: Wir freuen uns, dass der Stadtrat die Überweisung dieser Motion empfiehlt. Zuerst haben wir gedacht, in Form eines Zusatzantrag zu den Beschlussesanträgen zur Initiative „Kauf Olten SüdWest den richtigen Weg zu beschreiten, haben dann gehört, dass es juristisch zumindest sehr fraglich sein könnte, ob man einer Initiative, die den Charakter einer allgemeinen Anregung hat, einen ausformulierten Gegenvorschlag entgegen stellen kann, ob dies überhaupt rechtens wäre. Es wäre ziemlich kompliziert geworden. Das hat uns

dazu geführt, jetzt diesen Weg zu beschreiten. Wir möchten auch noch einmal dem ganzen Parlament danken, dass die Dringlichkeit befürwortet worden ist, weil das Entscheidende ist, dass die Meinungsbildung zum Thema künftige Besitzverhältnisse in Olten SüdWest wirklich heute Abend stattfinden kann. Wir hatten Reaktionen, seit wir den Vorstoss eingereicht haben. Sie zeigen mir, dass die Idee, die Stadt könnte sich für einen Teilkauf des Areals Olten SüdWest zu engagieren beginnen, eindeutig dazu taugt, dass man hier den gordischen Knoten durchschlagen könnte. Den gordischen Knoten haben wir erlebt. Die Initiative ist zustande gekommen. Sie war rechtsgültig. Es war allen klar - die Initiantinnen und Initianten haben es nicht verschwiegen – dass es schwierig sein wird, sie telquel umzusetzen. Einige meinten, es sei vielleicht sogar nötig, sie ungültig zu erklären. Persönlich glaube ich nicht, dass es durchgekommen wäre, weil es ja nur geheissen hat: „...wird aufgefordert, Verhandlungen aufzunehmen“. Das ist sicher nicht etwas, das ungültig sein könnte. So oder so: Das Ergebnis, dass die Stadt dann wirklich das ganze Areal übernehmen könnte, war ein relativ unwahrscheinliches Szenario. Trotzdem gilt es, den Volkswillen zu akzeptieren. Man will eine Initiative entsprechend würdigen und vor das Volk bringen, es sei denn, man finde eben noch einen Weg, der auch dem Initiativkomitee die Möglichkeit gibt zu sagen: Wenn wir es so angehen, entspricht es dem Willen derjenigen, die hier gemeinsam eingestanden sind, und dann können wir die Initiative auch zurückziehen zu Gunsten dessen, was faktisch als Gegenvorschlag vorliegt. Darum handelt es sich auch jetzt, obschon im Titel Motion steht. Das Initiativkomitee hat vorgestern verlauten lassen, dass es, wenn die Motion angenommen wird, wahrscheinlich bereit ist, die Initiative zurück zu ziehen. Was sie wirklich machen werden, wissen wir noch nicht. Aber ich denke, die Signale sind eindeutig. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen, dass die ganze Fraktion der Grünen die Motion eingereicht hat. Aber das haben nicht irgendwie wir ausgebrütet, sondern es war in engem Austausch mit den wichtigsten Personen des Initiativkomitees. Dort sind bekanntlich Leute aus vier verschiedenen Fraktionen vertreten. Teilkauf heisst: Nicht das ganze Areal, das jetzt von der Firma Hunziker & Cie. an den Bauunternehmer Leopold Bachmann übergeht, wird auf ewig in einer Hand bleiben. Die Möglichkeit des Teilkaufs ist eine, die gilt. Nicht gerade jetzt. Das muss nicht in den nächsten Wochen und Monaten eingeschlagen oder beschlossen werden, sondern diese Möglichkeit gilt langfristig. Wir gehen fest davon aus, und auch das haben eigentlich alle bestätigt, dass es realistisch ist, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis das ganze Areal bebaut sein wird. Während dieser Zeit werden sich die Bedürfnisse noch genauer manifestieren, und es wird insbesondere nicht nur wahrscheinlich, sondern gar nötig sein, dass andere Leute als nur Leopold Bachmann dort bauen, nicht nur wegen seines Alters, sondern wirklich auch wegen der konkreten Vorstellungen, was mit dem Areal passieren ist. Herr Bachmann hat keinen Hehl daraus gemacht, dass ihn nur Wohnbauten interessieren. Wir wissen, dass es inzwischen doch möglich war, mit der Zusatzvereinbarung zum Gestaltungsplan und den Sondernutzungsvorschriften, sicher zu stellen, dass andere als nur Wohnnutzungen realisiert werden müssen. Es gibt einen Bedarf. Man kann ihn vielleicht jetzt noch nicht genau beziffern. Aber es ist absehbar, dass die Stadt Bedarf hat, Flächen für öffentliche Nutzung zur Verfügung zu haben oder zu erhalten. Das sind alles Gründe, die darauf hinweisen, dass eben auch künftige Handänderungen auf diesem grossen Areal wahrscheinlich sein werden, Handänderungen eines Teils. Unserer Meinung nach ist es auch wahrscheinlich, dass nicht das ganze Areal bis zuhinterst mit vier oder fünfstöckigen Hochbauten bestellt sein wird. Wir glauben nicht daran, dass der Bedarf, insbesondere an Wohnbauten, so rasch so gross sein wird. Wir schauen insbesondere darauf, dass die Lage des Areals im hinteren Teil auch nicht besonders attraktiv für Wohnnutzungen ist. Es ist aber durchaus attraktiv für andere Nutzungen. Das sehen wir heute schon. Die naturnahen Gestaltungen, die Brachflächen, faszinierende Naherholungsmöglichkeiten. Wir möchten die Möglichkeit offen halten, dass ein Teil davon so bleibt. Wir haben gesehen, was während Silo 8 möglich war. Ich denke, Silo 8 war absolut am richtigen Ort. Vielleicht könnte man sich ja aktiv dafür einsetzen, dass ab und zu in dieser Art ein Event im hinteren Teil stattfinden könnte, und – ich sage es an dieser Stelle gerne noch einmal – es ist tatsächlich ein idealer Ort für einen Teil der Sportanlagen, zum Beispiel für Eishockeyspieler, weil es dort hinten in der Senke tatsächlich noch etwas kühler als oben im Kleinholz ist. Man kann dies ausprobieren und messen. Auch im Gheid ist es jeweils etwas kühler als in der Stadt. Das

würde zum Beispiel dafür sprechen, dass das Eis etwas weniger herunter gekühlt werden müsste. Es geht mir nicht darum, dass ich jetzt eine ganz bestimmte Nutzung schon festnageln und einen Streit vom Zaun reissen will, ob es vielleicht ökonomisch gehen würde, sondern es geht darum, sich jetzt diese Optionen offen zu halten und die Vorstellung zu haben, dass das Areal in 30 oder 40 Jahren, vielleicht ein Teil, wahrscheinlich ein grösserer Teil, privat bebaut, aber ein anderer Teil in den Händen der Stadt sein wird. Der Weg zu diesem Ziel fängt heute an, und die Stadt muss sich laufend aktiv zeigen, laufend interessiert sein, was der Private im Sinn hat und macht, innerhalb dessen, was ihm mit dem Gestaltungsplan vorgegeben ist. Sie muss von heute an am Ball bleiben. Jetzt komme ich zur Antwort des Stadtrates. Ich muss sagen, dass die Antwort doch sehr zurückhaltend und trocken daher kommt. Sie ist auch relativ kurz. Wir haben heute Abend gehört, wie dies begründet ist. Das ist auch in Ordnung. Aber kein Wort zum Stichwort Initiative Kauf von Olten SüdWest, die ja hinter dem Ganzen steht. Kein Gedanke, dass es sich bei diesem Olten SüdWest halt nicht um eine der Flächen handelt, wo noch ein gewisses Bau- und Entwicklungspotenzial besteht, sondern das Oltner Tagblatt hat es in der Silvesterausgabe gesagt, es ist in Olten das Wort des Jahres gewesen. Es ist eben nicht nur die symbolische, sondern wirklich die strategische Bedeutung des grossen Stückes, die für die Stadt ganz entscheidend ist. Deshalb reicht es nicht zu signalisieren: Ja, wenn wir dann vielleicht in zehn Jahren Bedarf für ein Schulhaus haben, gehen wir beim Besitzer anklopfen und fragen, ob wir einen Teil haben dürfen. Wir müssen jetzt ganz anders Kräfte und Ressourcen investieren, um wirklich daran zu bleiben. Wenn es halt vielleicht doch klüger ist, dass nicht die Stadtverwaltung diesen Prozess führt, könnte es tatsächlich der richtige Weg sein, dass die Stadt jemanden beauftragt, der im Verhandlungsmandat steht, natürlich im Auftrag und in diesem Sinne auch mit dem Willen der Stadt rück-koppelt, insbesondere zum Stadtrat, zur Stadtentwicklung, zu den Verantwortlichen der Stadtentwicklung. Aber dass man das Geschäft wirklich in professionelle Hände gibt, um auch die Stadt hier zu vertreten. In diese Richtung hätten wir uns eine offensivere, entschlossenerere Art gewünscht, wie der Stadtrat heute auf die Möglichkeit eines Teilkaufs und eines längerfristigen miteinander Planens eingeht als mit dem Hinweis darauf: Es ist ja sowieso klar, dass wir immer wieder schauen, ob irgendwo etwas nötig ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Heute morgen ist in den Medien, zumindest im wichtigsten Blatt des Platzes, zu lesen, dass Tauwetter eingetreten ist. Ich möchte vorweg nehmen, dass es, was dieses Thema betrifft, selbstverständlich auch beim Stadtrat angekommen ist und wir ebenfalls dazu beitragen wollen, dass es hier Tauwetter gibt und wir den gordischen Knoten lösen können. Wir sind froh, dass die Motion grundsätzlich offen formuliert ist. Du hast selber gesagt, dass Du mit dieser Motion noch nicht quadratmetermässig genau sagen willst, was, wieviel und zu welchem Zweck gekauft werden muss. Aber der Grundgedanke ist formuliert. Auch wenn es etwas trocken und vielleicht nicht so offensiv formuliert ist, hat der Stadtrat klar die Meinung, dass wir diesen Ball aufnehmen und die Diskussionen im Sinn und Geist der Motion auch führen wollen. Uns vom Stadtrat ist auch klar, dass ein Zusammenhang mit der Initiative besteht. Ich denke, hier gilt es auch, in diesem Saal und in der Diskussion mit dem Initiativkomitee auszuhandeln, was dies jetzt heisst. Für den Stadtrat ist klar, dass das Initiativkomitee, wie ich annehme, die Initiative zurückziehen kann, wenn auch ein Pfand und Vorgaben oder Erklärungen des Stadtrates vorhanden sind, damit sie schliesslich auch den Rückzug begründen und einlegen können. In der ganzen Situation dieses Areals ist der Stadtrat auch davon ausgegangen, dass die Verhandlungen und das Kooperative sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Eigentümer – heute ist es vermutlich jemand anders als übermorgen – stattfinden muss und die entsprechenden Instrumente geschaffen worden sind, zwar nicht so, wie es sich das Parlament gewünscht hat, konkreter, griffiger. Aber Ihr seid alle im Bild, auch von der letzten Parlamentssitzung her, welche Instrumente man dort hat. Für mich ist auch klar, dass die Zusammenarbeit mit dem Eigentümer nicht einfach passiv erfolgen kann, sondern die Initiative auch von uns aus ergriffen werden muss. Das gehört dazu, neben den Baufeldern, die wir reserviert haben, neben den schon gemäss Gestaltungsplan bestehenden Ansprüchen, dass wir auch die Augen oder das Handeln entsprechend darauf richten werden, weitere Grundstücke kaufen zu wollen. Natürlich ist für uns das Instrument des Reglementes, das sich der Stadtrat über die strategische

Käuferschaft von allgemeinen Grundstücken in der Stadt gegeben hat, zentral. Es kommt jetzt hier etwas trocken und als allgemein verbindlicher Auftrag daher. Wenn die Motion überwiesen wird, heisst das aber für uns ganz konkret auch, dass wir in Bezug auf Olten SüdWest mit dem verpflichtenden Auftrag des Parlamentes aktiv noch zusätzlich die dargelegten Überlegungen und die Befürchtungen des Initiativkomitees nicht nur verfolgen, sondern auch dort die Gespräche führen werden. Für den Stadtrat ist wichtig – das mag vielleicht etwas seltsam tönen, aber das hat auch mit Vertrauen zu tun, und wir sind dabei, dies gegenseitig wieder aufzubauen – dass wir als zuständige Behörde das Geschäft führen wollen und hier auch Verantwortung übernehmen. Auch klar ist für uns, was wir auch dargelegt haben und was auch während der ganzen Aufarbeitung von Olten SüdWest zum Ausdruck gekommen ist, dass wir auch von der Grösse und den Anforderungen zum Teil auch überfordert waren. Dazu stehen wir auch. Es ist auch klar, dass wir, wenn wir in die Verhandlungen eintreten, Experten oder zusätzliche Fachkräfte beiziehen werden, um uns in diesem Bereich zu unterstützen. Zentral ist für uns, dass neben dem Stadtrat, dem Parlament, der GPK insbesondere auch die Stadtentwicklungskommission verbindlich eingebunden werden muss. Zusammengefasst: Es kommt trocken daher, wir wissen aber, dass hier ein ganz entscheidendes Moment vom Schlüssel drehen zum Tauwetter ist. Wir sind uns auch unserer Verantwortung bewusst und wissen, dass wir hier die entsprechenden Handlungen und Verpflichtungen eingehen, wenn die Motion überwiesen wird. Aber wir sind auch der Meinung, dass wir das Geschäft grundsätzlich bei uns behalten wollen, sind uns aber bewusst, dass wir entsprechende Hilfe beiziehen müssen. Es ist uns ebenfalls klar, dass wir, wenn die Motion überwiesen wird, das Parlament und die GPK im Sinne von vertrauensbildenden Massnahmen regelmässig orientieren müssen darüber, was wir verhandelt haben, wann wir in Verhandlungen getreten sind und welches die Resultate waren. Von daher sind wir selbstverständlich für Überweisung der Motion und bitten Euch, in diesem Sinne unseren Handlungen und unseren entsprechenden Zielsetzungen Glauben zu schenken. Zu den Initianten möchte ich gerichtet haben, dass sie uns in diesem Sinne mit ihrer Aktion, mit ihrem Rückzug, aber auch mit ihrer Erwartungshaltung entsprechend in die Pflicht nehmen – das sind wir uns bewusst – dass sie aber unserer Handlungsweise die Handlungsfreiheit lassen, uns aber Glauben schenken, dass wir diese Handlungsfreiheit nach all dem, was passiert ist, mit allen Vorkommnissen, sicher nicht allein und im stillen Kämmerlein erledigen werden.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Im Zeitalter der neuen Offenheit möchte ich Euch zuerst etwas verraten. Die FdP-Fraktion hat grossmehrheitlich weder die Initiative unterschrieben noch gehört sie dem Initiativkomitee an. Trotzdem haben wir vor einer Woche in der Fraktionssitzung mehrheitlich beschlossen, der Initiative heute Abend zuzustimmen mit der Überlegung: Wir müssen den gordischen Knoten durchschneiden und einen besseren Weg finden. Mit der Motion kann man es noch sauberer machen. Von daher wird auch die FdP-Mehrheit – ich nehme an sogar grossmehrheitlich – zustimmen. Das Ziel ist, die Chance zu nutzen. Von daher ist das, was der Motionär erläutert und auch was Martin Wey gesagt hat, fast etwas zu langsam, Es geht jetzt nicht um Verhandlungen und dass man jetzt schon diskutiert: Jetzt kaufen wir oder wir kaufen nicht, und wieviel kaufen wir? Zuerst müssen wir jetzt einen Prozess einleiten. Vielleicht können wir jetzt denjenigen, den wir 2007 nicht gemacht haben, neu einleiten mit etwas anderen Rahmenbedingungen. Das Umfeld ist anders. Aber wir müssen in dieser Stadt zuerst diskutieren, was wir brauchen. Es ist klar. Wir haben dort ein gewaltig grosses Grundstück, und die Stadt hat dort Interesse und muss Interesse haben. Es kann das Schulhaus sein. Es kann der Naturweiher sein, der Badensee, der auch schon gefordert worden ist. Es kann Kulturraum sein. Ich habe schon Go-Kart-Bahn und Sportanlagen gehört. Es gibt noch viele andere Interessen. Ich glaube, das Ziel muss jetzt sein, rasch in diesen Prozess einzusteigen, nicht lange zu warten, sondern rasch in Form einer Diskussion, eines Mitwirkungsverfahrens zu schauen, ob in dieser Stadt ein gemeinsamer Nenner gefunden wird, wo es unglaublich viele verschiedene Ideen gibt, was gemacht werden kann. Das müsste man jetzt rasch machen. Wir müssen nicht warten, sondern rasch überlegen, was wir dort als Stadt machen und welche Interessen wir haben. Möglicherweise finden wir den grössten gemeinsamen Nenner. Vielleicht ist es am Schluss halt ein kleinerer gemeinsamer Nenner. Aber wir müssen uns einmal klar werden. Das wäre

der erste Schritt. Dafür sollte der Stadtrat auch den Anstoss geben. Mit Spezialkommission. Wie man dies rechtlich macht, ist dann etwas anderes. Aber man sollte zusammen kommen, einmal verschiedene Interessen an einen Tisch bringen und ausdiskutieren. Dort bin ich auch der Meinung, dass der Stadtrat eine ganz klare Führungsaufgabe hat. Aber vielleicht braucht es wirklich noch einen Motivator, einen Mentor, jemand, der etwas mitdenkt, aber auch nicht einem bestimmten Interesse zuzuordnen ist, der weder dem Initiativkomitee angehört, noch einer bestimmten Fraktion, die dafür oder dagegen ist. Man sollte diesen Prozess einmal durchführen und sagen, man wolle ihn rasch machen und bis Ende Jahr oder bis Mitte des nächsten Jahres wissen, was dann ist. Der nächste Schritt ist, dass man zum Besitzer des Landes zu diesem Zeitpunkt geht und sagt: Wir als Stadt haben Interesse an x Quadratmetern. Was heisst das? Dann wird verhandelt. Hier kann der Stadtrat verhandeln. Er kann von mir aus Berater beiziehen. Aber das ist dann die Aufgabe des Stadtrates. Dann kommt man zu einem Resultat. Herr XY sagt vielleicht: Ich verkaufe Euch dies zum Preis X. Es gibt eine Vorlage und eine Volksabstimmung. Vielleicht kommen wir durch, vielleicht nicht. Der Prozess kann dann immer noch weitergehen. Wenn wir dort scheitern würden, ginge es weiter. Wir sind klar der Meinung, dass wir nicht einfach nur warten dürfen, sondern man auch das Gute sehen soll, das die ganze Sache Olten SüdWest ausgelöst hat. Viel war nämlich auch nicht so gut. Man versucht, die Ideen so zu bündeln, dass wir einen Schritt weitergehen können. Das ist aber ein offener Prozess, und es ist auch wieder die Erwartung, welche die FdP mehrheitlich an die Kollegen des Initiativkomitees hat, dass man diese Offenheit auch hat. Wir reden jetzt nicht über den Teilkauf, sondern was wir dort brauchen. Wenn am Schluss herauskommt, dass wir das ganze Gelände brauchen, verhandeln wir so. Wenn am Schluss herauskommt, dass wir fast nichts brauchen, verhandeln wir so. Auch diese Offenheit und dieses Vertrauen müssen wir haben. Es ist auch hier wieder das berühmte Wort Vertrauen. Wir haben die Erwartung und eigentlich auch das Vertrauen in beide Seiten. Die Erwartung in den Stadtrat ist, dass er den Prozess mit einem offenem Ende einleitet. Die Erwartung an das Initiativkomitee ist, dass es das Vertrauen hat, dass der Prozess so eingeleitet wird und die Initiative auch zurückgezogen wird. Das ist jetzt versprochen worden. Ich bin dort von einem Mitglied des Initiativkomitees als „Nörzi“ bezeichnet worden, weil ich darum gebeten habe, man solle doch klar schriftlich festlegen, dass es der Rückzug ist. Aber ich glaube, das gehört auch zum Vertrauen. Ich denke, dann haben wir einen guten Prozess und einen guten Weg, und ich lade alle ein, am Prozess mitzumachen und ihre Ideen einzubringen. Wir sind einmal gespannt, was herauskommt.

André Kappeler, SVP-Fraktion: Da die Entwicklung von Olten SüdWest inhaltlich und zeitlich noch nicht absehbar ist, macht die Motion für uns in dieser Form noch keinen Sinn. Auch wenn die Motion abgelehnt wird, hat die Stadt immer noch die Möglichkeit, Land zu kaufen, falls sich in Zukunft eine günstige Gelegenheit oder aufgrund anstehender Projekte eine Notwendigkeit ergibt. Wenn die Stadt sich in dieser Hinsicht bereits jetzt binden würde, dürfte dies auch am Kaufpreis eventuell noch etwas ändern, was sicher nicht zu unserem Vorteil wäre. Es kann gut sein, dass ein allenfalls notwendiges Schulhaus im Stadtgebiet von Olten SüdWest sinnvoller ist als im Gelände des Areals. Wir sind der Auffassung, dass durch diese Motion eher ein Tunnelblick für künftige Bauten seitens der Stadt entsteht, da man sich zu stark nur auf einen Standort konzentriert, vor allem, weil die Konzentration auch gemäss dem jetzigen Text nur auf dem unattraktiveren hinteren Drittel liegt. Ebenfalls würde eine grössere Landreserve, wenn sie sich im städtischen Besitz befindet, Begehrlichkeiten auslösen, die uns hier im Parlament wieder für Jahre blockieren würden. Wir sind gegen eine generelle Verpflichtung, Land zu kaufen, ohne dass auch die viel zitierten Visionäre bereits wissen, was sie damit machen wollen. Wir werden daher die Motion so nicht unterstützen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Besten Dank für die Gutheissung der Dringlichkeit, so dass wir eigentlich darüber wie auch über die Volksinitiative reden können. Ich spreche gleich zu beiden und gehe davon, dass dies alle schon gemacht haben, weil dies ja verquickt ist. Dies auch im Unwissen über die Reaktion des Initiativkomitees, was heute Abend vermutlich noch bekannt gegeben wird. Die Volksmotion hat in unserer Fraktion ja einiges zu diskutieren gegeben. Wir haben sie damals abgelehnt. Auch wenn es jetzt äusserst verlockend wäre,

noch über den vermeintlichen 12-Millionen-Deal und Fantasien daraus zu reden, möchte ich es auch ein Stück weit sein lassen. Schliesslich haben wir uns heute Abend schon sehr viel Asche auf das Haupt geschüttet. Bleiben wir beim Geschäft. Wir haben allen Respekt gegenüber den Unterzeichnenden und dem dadurch manifestierten Wunsch, dass die Stadt aktiver in die städtebaulichen Geschehnisse eingreift und nicht immer – ich glaube, man darf dies in der bald 30-jährigen Geschichte der Oltnen Stadtplanung sagen – auf die notabene in der Regel willkommenen Initiativen von Dritten reagiert, ein Stück weit voraus denken. Wir sind uns auch einig, dass die Volksmotion, Volksinitiative wie auch der Gegenvorschlag der Grünen letztlich auch etwas einen vorläufigen illusionistischen Charakter haben. Oder ganz einfach: Derzeit gilt halt immer noch: Wo kein Verkäufer ist, ist kein Käufer. Hier nützen auch Theorien zu friendly take over nichts. Ich denke, es ist überhaupt erstaunlich, dass man solche Forderungen stellen muss. Ich habe gemeint, es sei in einer Stadtentwicklung selbstverständlich, dass man Ausschau hält, was man brauchen kann, was man braucht im Sinne, wie es die SVP auch gesagt hat. Den Bedarf muss man kennen. Auch was Urs dazu gesagt hat: Etwas heraus spüren, in welche Richtung es geht. Vielleicht müsste man dies halt gleichwohl noch etwas im Lichte der vorhergehenden Diskussionen zum Vertrauen ins Können des Stadtrates anschauen. Sonst braucht es nämlich das Ganze hier nicht. Nach wie vor ist ein ausgereifter Gestaltungsplan immer noch das absolut richtige Steuerungselement. Es spielt nämlich keine Rolle, ob die öffentliche Hand oder ein Privater das Land hat, sondern im Planungsprozess, in der Antwort schön als kooperative Planung bezeichnet, würde man dann festlegen können, welche Zonen für öffentliche Bauten definiert werden müssten oder wo eine Abtretungspflicht fixiert werden müsste. Dann müsste man gar keine Vorstösse mehr machen, sondern es wäre von Anfang an klipp und klar. Ob es dann schliesslich oder in 20 Jahren eine öffentliche Zone gibt – wir reden ja jetzt hier von sehr grossen Dimensionen – ist dahin gestellt. Das ist etwas Dynamisches. Eigentlich hätte man dies alles im Gestaltungsplan regeln können. Inzwischen hat die Oltner Website meiner Meinung nach etwas Untiefen erhalten. Ich habe den Gestaltungsplan gesucht, ihn dann endlich gefunden und keine solchen Zonen gefunden. Es nützt nichts, wenn man hier schreibt, man habe dies angemeldet. Ein wenig anmelden ist etwas Nettes. Aber das ist nicht fixiert. Wir wollen rechtliche Grundlagen, die definieren, was die Stadt dort machen kann. Aber dieser Zug ist schon abgefahren, und die von Felix Wettstein zitierte Zusatzvereinbarung habe ich nicht gefunden. Aber vielleicht gibt sie mir heute Abend jemand. Aus Respekt vor dem Wunsch der Unterzeichnenden unterstützen wir eigentlich beides: Die Initiative oder auch den Gegenvorschlag der Grünen, je nachdem, wie sich dies heute Abend noch entwickelt. Im zweiten Fall können wir uns mindestens das Geld für die Volksabstimmung sparen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Es ist heute auch schon viel gesagt worden. Ich sehe es gleich, wie es Urs Knapp bereits gesagt hat. Es ist eigentlich ein aktiver Prozess, den wir jetzt angehen müssen. Man kann es auch mit dem Projektmanagement vergleichen. Eigentlich brauchen wir jetzt den Projektauftrag, was wir jetzt dort genau machen wollen. Es müssen ein Ziel, Rahmenbedingungen, Restriktionen und ein Zeitplan, wann wir die Geschichte wollen, hinein. Das sehe ich jetzt im Inhalt der knappen Antwort noch nicht. Ich meine, es ist auch eine Denkhaltung, die wir entwickeln müssen. Was machen wir mit dem Land dort unten, wenn wir es dann plötzlich haben? Ich glaube, das müssen wir uns schon auch überlegen. Es gibt verschiedenste Sachen, und ich verstehe auch die Argumente der SVP. Dort gilt etwas: „Jeder kann mal. Wer will noch nicht? Wer hat nochmal“? Wer hat noch eine gute Idee, was wir dort unten machen kann? Wir haben vorher schon einige Ideen gehört. Gestern haben wir noch vom Hallenbad gehört. Das wäre vielleicht auch noch etwas, das man einwerfen könnte. Ich denke, dieser Diskussion müssen wir uns doch stellen. Deshalb sind wir auch einstimmig für Überweisung, damit es endlich kommt und der Knoten gelöst wird. Jetzt haben wir eine Chance dazu.

Dr. Arnold Uebelhart: Zu André Kappeler: Ich habe ja auch überlegt wegen des strategischen Entscheids. Jetzt ist mir nämlich ein Licht aufgegangen. Wenn Ihr jetzt so argumentiert, gibt es einfach die Stimmung: Olten will ja dieses Land gar nicht und ist gar nicht interessiert. Das sind nicht strategische Entscheide, die geschrieben sind, aber

untergründige Stimmungen. Ich erinnere mich noch an etwas anderes. 2001 haben wir uns die Vauban-Sache in Freiburg im Breisgau angeschaut. Es handelt sich um Festungsanlagen, die frei wurden, ein riesiges Gebiet wie Olten SüdWest. Ich möchte nicht zuviel sagen. Die Baudirektorin ist nicht mitgekommen. Aber ein Grund war, dass sie gesagt hat, das sei eigentlich nicht interessant für die Stadt. Sie habe nicht diese Aufgaben, obwohl eigentlich in unserem Parteiprogramm etwas anderes steht. Das war ein Fakt. Es war eine Stimmung. Ich denke, das ist der strategische Entscheid. Unser strategischer Entscheid ist jetzt hier, dass die Stadt grundsätzlich Interesse hat. Aber wenn Ihr jetzt wieder sagt: Wir wollen dies eher nicht... Vielleicht sagt Herr Zingg: 20 Millionen. Es ist vielleicht Land im Industriegebiet, wo die Campingplätze oder was auch immer sind. Dann sagt er: Die Stimmung ist nicht so. Das brauchen wir nicht. Ich glaube, so kommt dies zustande. Das ist doch die Idee, die wir jetzt verfolgen müssen, dass wir dies eben ausdrücken. Es muss nicht konkret sein mit Plänen. Immer diese Pläne sind furchtbar. Die Zeitachse ist so, dass wir es wahrscheinlich gar nicht mehr erleben werden. Aber die Stadt ist daran. Das ist das Signal.

Stefan Nünlist: Ich möchte gerne im Namen der Initianten oder zumindest in meinem Namen als Teilmitglied der Initianten sprechen, und die anderen Kolleginnen und Kollegen könnten mich noch ergänzen, wenn sie divergierende Meinungen haben. Ich möchte gleich bei Arnold Uebelhart anschliessen. Es ist genau so. Ich denke, den Initianten ist es von Anfang an darum gegangen, Chancen zu nutzen. Das Eine sind die planerischen Möglichkeiten. Daniel Schneider hat gesagt, er glaube an Planung. Ein sehr guter freisinniger Politiker hat einmal gesagt: Wenn Planung funktionieren würde, gäbe es die Sowjetunion noch. Jetzt wissen wir aber, dass es sie leider nicht mehr gibt. Ich glaube, Eigentum und Planung sind einfach zwei unterschiedliche Dinge. Wir sehen zwei Gründe, weshalb die Stadt, wenn es möglich ist, in Olten SüdWest Land kaufen sollte: Erstens weil es von einer grossen strategischen Bedeutung ist, einfach von der Grösse, der Dimensionierung des Landes her, und zweitens gibt es zwei Untergründe, A und B, das Eine für die öffentlichen Bedürfnisse. Das können Sportanlagen, Schulhäuser, Parkanlagen und was auch immer sein. Dazu eine kleine Anekdote: Es hat einmal eine Sitzung gegeben, an der Martin Wey und zwei Vertreter aus dem Initiativkomitee mit Herrn Bachmann dabei waren. Dort kam die Rede auch darauf, was wir machen, wenn wir einmal ein Schulhaus bauen. Herr Bachmann hat gesagt: Ich baue Euch dann schon ein Schulhaus. Das ist der Mindset von Herrn Bachmann, und wenn die Stadt ein Schulhaus will, soll sie es bauen, aber auf eigenem Land, und sie soll es selber bauen und nicht durch jemanden bauen lassen, dem das Land noch gehört. Das ist nicht sauber. Es geht einmal darum, Land für eigene Bedürfnisse zu haben, das die öffentliche Hand hat. Zweitens finde ich, dass es ein Standortvorteil ist, wenn Land in dieser Stadt einfach auch liquid ist. Wir haben das Problem, dass wir heute sehr wenig liquides Land haben. Ich erinnere an die Landi. Das Beispiel habe ich letzte Woche auch bei uns in der Fraktion gebracht. Sie hat Land gesucht, weil sie einen neuen Standort gebraucht hat. Die Stadt hat ihr kein Land anbieten können, mit dem Ergebnis, dass ich wenn ich einen Spaten oder Schlauch will, nach Wangen fahren muss, weil man auf der linken Stadtseite kein Gartengerät und keine Neonröhre kaufen kann. Es ist nicht so, wie wir uns eine Stadt vorstellen. Es ist übrigens auch im Gestaltungsplan. Es ist zum Wohnen. Herr Bachmann wird einen grossen Teil des Wohnens abdecken können. Das hat er immer gesagt. Aber es ist auch leben und arbeiten. Dafür braucht er andere Investoren. Wenn die Stadt hier einspringen und ihre Chancen wahren kann, finden wir dies einen Mehrwert für alle Oltnerinnen und Oltner, der die Standortattraktivität unserer Stadt stärken wird. Wir haben via Medien erklärt, und ich habe es heute noch an alle Fraktionschefinnen und -chefs kommuniziert, dass wir bereit sind, unsere Volksinitiative zurück zu ziehen. Wie es geht, sage ich noch. Das ist nämlich gar nicht so einfach. Dies unter zwei Bedingungen. Die erste ist, dass die Motion der Grünen angenommen wird. Wir möchten den Grünen herzlich danken, denn es ist wirklich eine Chance, den gordischen Knoten, zu überwinden. Zweitens: Der Stadtrat muss glaubhaft darlegen können, dass er zu einer Meinungsänderung bereit ist. Bis anhin hat er ja die Meinung vertreten, dass ein strategischer Entscheid gefällt wurde. Ob er explizit oder stillschweigend zustande gekommen ist, spielt gar keine Rolle. Aber wir haben die Position: Wir kaufen nicht. Die Frage ist: Ist für die Initianten glaubhaft, dass der Stadtrat bereit ist, auf diese Position zurück zu kommen. Als ich die Antwort vorher gelesen

habe, fand ich: Nein, ich sehe keine Bereitschaft. Als ich Martin Wey gehört habe, fand ich: Doch, die Bereitschaft ist da. Er hat gesagt, was ich begreifen kann. Der Stadtrat möchte gerne die Federführung und Verantwortung. Das ist auch Euer Job. Das finde ich richtig. Zweitens hat er gesagt, und das ist eigentlich ein Gegensatz - das müsstest Du vielleicht noch einmal wiederholen – verbindlich mit der Stadtentwicklungskommission zusammen. Nicht einfach konsultativ, wie es in der Antwort auf die Motion steht, sondern verbindlich. Man gibt eine verbindliche Zusammenarbeit. Hier erhält die Stadtentwicklungskommission eine etwas andere Aufgabe, nämlich nicht mehr einfach ein reaktives Gremium, das behandelt, was ihm der Stadtrat auf den Tisch legt, sondern ein Gremium, das steuert, gestaltet und eine ganz klare, halt trotzdem eine visionäre, vorausschauende Funktion hat. Hier sind wir als Parteien auch in der Pflicht. Ich habe manchmal das Gefühl, dass es der Stadtentwicklungskommission an Profil und vielleicht auch an der richtigen personellen Besetzung fehlt. Hier müssen wir uns überlegen, ob wir die Stadtentwicklungskommission personell nicht aufwerten müssten, inklusive Präsidium, jemand, der wirklich vorausschauend ist, dies an die Hand nimmt und das Geschäft auch führt. Ich spüre jetzt diesen Willen. Jetzt müssten mich meine Mit-Initiativkomitee-Mitglieder korrigieren. Wir wären unter diesen Voraussetzungen, das heisst, wenn die Motion überwiesen wird, bereit, die Initiative zurück zu ziehen. Wie geht der Rückzug der Initiative? Wir müssten die Initiative nachher ablehnen. Danach müssten wir sie schriftlich zurück ziehen. Das hat mir der Rechtskonsulent gesagt. Wenn Ihr die Initiative annehmen würdet, können wir sie als Initiativkomitee nicht mehr zurück ziehen, weil es ja dann eigentlich der Antrag des Gemeindeparlamentes wäre. Dann ist sie rechtskräftig. Das heisst, Ihr müsst sie nachher ablehnen, und wir ziehen sie dann schriftlich zurück. Es ist relativ komplex.

Anna Engeler: Als Mitglied des Komitees habe ich keine direkten Einwände. Aber mir ist der Satz, der in der Motion steht, wichtig, dass man eine langfristige Partnerschaft eingehen will, die Stadt wirklich die ganze Überbauung, den ganzen Prozess, der auf diesem Gelände beginnt, ständig und eng begleitet und wirklich auch immer informiert ist, was dort passiert und nicht irgendwie wieder ein Rückzug und „Wir gehen, wenn etwas zu tun ist“, sondern dass man eng und ständig als Partner dabei ist. Das ist mir wichtig, und ich denke, der Stadtrat sollte dies auch aus der Motion heraus nehmen.

Stephan Hodonou: Ich habe keine Korrektur oder Ergänzung, sondern mehr eine Frage. Ist es so, dass der Stadtrat auf den Entscheid des Nichtkaufs zurück kommen würde und bereit wäre, sich hier zu öffnen, um dies quasi im Sinne der Motion zu prüfen?

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich gehe davon aus, dass er, wenn die Motion überwiesen wird, dies auf jeden Fall tun muss.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es gehört sicher dazu, dass solche Aussagen protokolliert werden. Das ist klar. Ich bin froh, Stephan, dass das Initiativkomitee und Ihr alle uns die Federführung überträgt. Das ist eine Verpflichtung und auch ein Auftrag, den wir wahrnehmen werden. Zur Verbindlichkeit der Einbindung der Stadtentwicklungskommission: Ich denke, hier sind wir in der Pflicht. Sie muss bei solchen Sachen nicht nur einbezogen werden, wenn irgendwelche Allgemeinplätze vorhanden sind, sondern gerade in Bezug auf Olten SüdWest werden wir dieses Thema in der Stadtentwicklungskommission dann auch sehr priorisiert zur Diskussion stellen. Die Einbindung ist selbstverständlich. Es wäre fahrlässig, wenn dies nicht gemacht würde, denn die von Anna Engeler längerfristige Partnerschaft ist im Moment nicht nur papiermässig vorhanden. Sie muss sich noch beweisen. Das ist uns bewusst. Wir werden diese Partnerschaft, und das ergibt sich eigentlich schon aus der Natur der Sache, sowieso haben, indem die ersten Gespräche, wenn dort etwas überhaupt realisiert werden soll, entstehen. Diese Partnerschaft streben wir an, und es ist auch unser Ziel, dass wir dort in einer engen Zusammenarbeit die Entwicklung von Olten SüdWest, das wirklich ein Potenzial ist, und wo wir in diesem Sinne auch die Interessen der Stadt Olten wahrnehmen müssen, definieren. Diese drei Punkte, wie sie gefordert wurden, können wir als Stadtrat hier nicht nur entgegen nehmen, sondern fühlen uns verpflichtet, dem auch nachzuleben.

Nico Zila: In diesem Geschäft vertrete ich traditionell eine Minderheitsposition innerhalb meiner Fraktion und möchte dies auch heute gerne tun. Ich muss ehrlich sagen, dass ich über die Kehrtwende, die in diesem Saal geschehen ist, staune. Vor zwei Monaten haben wir die Volksmotion mit ungefähr 30 : 10 Stimmen abgelehnt. Heute sind wir von links bis rechts inklusive Stadtrat und Initiativkomitee extrem schnell aufeinander zugekommen, und hier scheint man sich in einer sehr einhelligen Position gefunden zu haben. Als ich die Beantwortung des Stadtrates gelesen habe – man fängt ja bei den Antworten auf Vorstösse jeweils unten an – habe ich zuerst einmal gestaunt, weil ich es mir vielleicht auch anders erhofft hätte, lese ich dann die anderen Abschnitte, kann dies zu 100 % teilen und bin eigentlich überrascht, wie der Stadtrat in einem Salto mortale zu diesem Überweisungsanspruch kommt. Meine Meinung ist, dass wir klar selber ein Schulhaus bauen sollten, wenn der Bedarf einmal bestehen wird. Aber was wir mit dieser Motion, wenn wir sie überweisen, zustimmen, ist eine generelle Kaufbereitschaft für Land in Olten SüdWest auf immer und ewig, für Projekte, die uns heute völlig unbekannt sind. Ich hoffe, die grosse absehbare Mehrheit hier kaufe mit dieser Motion heute Abend nicht den „Wolf im SüdWest-Pelz. Meine Meinung ist klar: Wir sollten uns dann für Land interessieren, wenn ein konkreter Bedarf vorhanden ist.

Daniel Dähler: Auf der anderen Seite muss ich dem sicher entgegen. Ich denke, es geht nicht darum, grundsätzlich Land zu kaufen, in diesem Sinne einfach auf nicht deklarierten Vorrat, sondern einfach aus Lust. Das glaube ich nicht. Auch innerhalb des Komitees ist es nie darum gegangen, aus Lust heraus irgendwelche Grundstücke zu kaufen. Ich denke effektiv, es muss jetzt wirklich ein Ruck in Sachen Planung durch die Stadt gehen, indem sie eine aktive Rolle in ihrer Projektplanung einnimmt, um die Stadtentwicklung voranzutreiben. Ich glaube, dort braucht es Pläne, die heute nicht übergeordnet vorhanden sind. Man sieht auch nicht, dass eine übergeordnete strategische Planung über die Stadt Olten besteht. Wir sehen dies beim Projekt Chance Olten Ost usw. Meiner Meinung nach sollte man sich nun wirklich an den Tisch setzen und aufzeigen, welche Prioritäten man setzen, was man erreichen möchte und wirklich einen aktiven Beitrag an die Entwicklung der Stadt leistet und zwar halt einfach mit Instrument der baulichen Möglichkeiten.

Daniel Schneider: Jetzt erheitert mich der Abend doch etwas. Das finde ich schön. Interessant ist, dass der Stadtrat mir mit seiner Antwort bestätigt hat, dass der Gestaltungsplan von damals unzulänglich ist. Heute findet eindeutig die Nachbesserung statt. Dort fehlen Sachen, über die wir heute gar nicht hätten diskutieren müssen, wären diese Zonen schon ausgeschieden worden. Ich weiss, dass Stefan kein Planungsfreund ist. Du entscheidest gerne aus dem Bauch heraus. Ich denke, planen bedeutet nicht Sozialismus. Den Vergleich finde ich grauenhaft. Übrigens habt Ihr sehr sozialistisch den Staat bemüht, als Ihr bei Olten SüdWest nicht mehr weiter wusstet. Aber lassen wir dies. Jetzt habt Ihr den grünen Reiter ja gefunden, damit Ihr aus Eurem Schlamassel heraus kommt, nämlich der Bevölkerung nicht erklären zu müssen, dass einfach nicht funktioniert, was Ihr vorhabt. Ich finde den Weg mit der Motion gut. Jetzt muss ich dummerweise wieder gegen die Initiative sein. Ich werde heute Abend noch zum Wendehals. Es ist grauenhaft. Aber ich denke, eines zeigt es mir ganz deutlich: Es reicht definitiv nicht. Hier bin ich der Meinung von Daniel Dähler. Es reicht nicht, wenn wir nur noch einen Stadtplaner ausschreiben und die Ämter wieder besetzt haben, sondern die ganze Stadtplanung, von mir aus sogar Baudirektion inklusive die angegliederten Kommissionen, müssen dringend geprüft werden. Hier bitte ich Martin Wey, den anfänglichen Effort, wie es auch im Leitbild des Stadtrates zum Erscheinen kommt, jetzt weiter zu tragen und nicht nur in der Not, weil Ihr so viel zu tun habt, die Stelle neu auszuschreiben.

Dr. Arnold Uebelhart: Beim Vauban war wichtig und dies muss in der Motion wirklich auch stehen, wie es dann genau geht, dass es unter Umständen halt auch personelle Ressourcen braucht. Das haben sie gesagt. Die Zusammenarbeit besteht ja schon. Hammerallee. Ich finde sehr wichtig, dass dies auch ausgewiesen ist. Wir haben nämlich kürzlich Herrn Jung mit dem Hochhaus an einer Parteiversammlung gehabt. Er hat gesagt, er habe Schwierigkeiten, Ansprechpartner zu haben. Das ist mir etwas eingefahren. Ich habe

gedacht: Das sind wirklich personelle Ressourcen. Weist dies auch irgendwo durch aus. Wir wollen immer mehr machen. Aber es sind immer die gleichen Leute oder weniger. Dies einfach als Anregung.

Beschluss

Mit 35 : 10 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Finanzverwaltung
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 85

Volksinitiative „Kauf von Olten SüdWest“/Antrag auf Ablehnungsempfehlung zu Handen der Volksabstimmung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Am 11. Juni 2009 wurde der Stadtkanzlei die Initiative „Kauf von Olten SüdWest“ gemäss § 79 Gemeindegesetz zur Vorprüfung unterbreitet und damit vor der Unterschriftensammlung schriftlich angemeldet. In der Folge hat die Stadtkanzlei das Initiativbegehren am 18. Juni 2009 veröffentlicht. Dieses lautet wie folgt:

„Die unterzeichnenden Stimmberechtigten verlangen im Sinne einer Anregung gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 28. September 2000, dass der Stadtrat von Olten mit den Eigentümern des Areals Olten SüdWest Kaufverhandlungen aufnimmt und dem Volk eine Vorlage zum Kauf des Areals Olten SüdWest zum Entscheid vorlegt.

Begründung:

Das Areal Olten SüdWest ist für Olten von historischer Bedeutung. Seit der Erschliessung der rechten Stadtseite Mitte des 19. Jahrhunderts hat Olten nun wieder die Möglichkeit, einen zusammenhängenden Stadtteil zu gestalten. Geschieht dies mit Sachverstand und der notwendigen Langzeitperspektive, kann Olten als urbaner Lebensraum nachhaltig gestärkt werden. Voraussetzung für die Realisierung dieser historischen Chance ist, dass die Stadt über die Zonenplanung hinausgehende Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügt. Dies ist nur gegeben, wenn die Stadt das Areal käuflich erwirbt und entlang einer zeitgemässen Stadt- und Siedlungsplanung entwickelt. Dabei ist ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten Rechnung zu tragen und ein massvolles quantitatives und qualitatives Wachstum anzustreben. Davon profitieren alle Oltnerninnen und Oltnern sowie das lokale Gewerbe.

Der Stadtrat soll mit der Eigentümerschaft von Olten SüdWest eine Vereinbarung über den Kauf des Areals treffen und dem Oltnern Stimmvolk zur Abstimmung vorlegen.“

Die 60-tägige Sammelfrist endete am 17. August 2009. Fristgerecht wurden der Stadtkanzlei am 14. August 196 Unterschriftenbogen mit Unterschriften eingereicht.

In sinngemässer Anwendung von § 137 Gesetz über die politischen Rechte hat die Stadtkanzlei die Unterschriftenlisten formell zu überprüfen und die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften zu ermitteln. Die Überprüfung hat ergeben, dass 720 Unterschriften gültig sind

und demnach die Initiative zustande gekommen ist. Nach Art. 11 der Gemeindeordnung sind für eine Initiative 500 Unterschriften notwendig.

An der Sitzung vom 27. August 2009 wurde das Gemeindeparlament davon in Kenntnis gesetzt. Die Frist für die Durchführung der Urnenabstimmung ergibt sich aus Art. 11 Gemeindeordnung und beträgt 9 Monate. Der Stadtrat als zuständige Behörde hat das Zustandekommen der Initiative am 15. Februar 2010 formell festgestellt und die Gemeindeabstimmung über die Initiative auf den 16. Mai 2010 festgesetzt.

2. Stellungnahme des Stadtrates

2.1 Formelles

Mit Schreiben vom 4. September 2009 gab der künftige Investor Leopold Bachmann bekannt, dass er „mit einem Vorvertrag, welcher am 28.04.2009 notariell beurkundet wurde, das Bauland von der Verkäuferin Aktiengesellschaft Hunziker + Cie gekauft hat. Der Kaufpreis, 20 Mio. Schweizer Franken, ist bezahlt durch ein unwiderrufliches und unbedingtes Zahlungsverprechen der Credit Suisse vom 27.04.2009. Im Weiteren wurde eine Konventionalstrafe von 10 Mio. Schweizer Franken vereinbart für den Fall, dass eine Partei den Vertrag bricht.“ Leopold Bachmann schreibt weiter: „Aus den oben angeführten Bindungen aus dem notariellen Vorvertrag ersehen Sie, dass mein Kauf des Baulandes Olten SüdWest definitiv und unwiderruflich ist. Ein Verkauf des Areals Olten SüdWest an die Stadt Olten ist nicht möglich.“ Das Schreiben des Investors wird bestätigt durch ein Schreiben der aktuellen Besitzerin AG Hunziker & Cie vom 16. September 2009: „Im Mai 2009 konnte die AG Hunziker & Cie mit dem Interessenten L. Bachmann, Rüschlikon, einen Vorvertrag über den Verkauf des betreffenden Geländes abschliessen. Die AG Hunziker & Cie hält sich an den Grundsatz ‚pacta sunt servanda‘ und wird sich gegenüber Herrn Bachmann vertragskonform verhalten. Aus diesem Grund steht im heutigen Zeitpunkt ein Verkauf des Geländes Olten SüdWest an die Stadt Olten oder an einen Dritten nicht zur Diskussion.“

Mit Schreiben vom 20. Januar 2010 hat Investor Leopold Bachmann die Ausgangslage noch deutlicher gemacht: „Ich habe Ihnen schon wiederholt mitgeteilt, dass ich das Areal Olten SüdWest gemäss verbindlichem Vorvertrag mit der heutigen Eigentümerschaft innerhalb der nächsten Monate kaufen werde. Auf keinen Fall beabsichtige ich, das Areal anschliessend weiterzuverkaufen. Schon nur Verhandlungen der Stadt mit mir über einen solchen Weiterverkauf, wie sie von der hängigen Volksinitiative verlangt werden, wären deshalb sinnlos, und ich könnte auf solche Verhandlungen nicht einmal eintreten. Dies gilt auch für die heutige Eigentümerschaft, welche gemäss erwähntem Vorvertrag – unter Androhung einer Konventionalstrafe in achtstelliger Höhe – zum Verkauf an mich verpflichtet ist. Die allfällige Annahme der Volksinitiative in der Urnenabstimmung würde somit völlig ins Leere zielen.“

Somit erscheint die Volksinitiative derzeit als zwar theoretisch möglich; es ist aber fraglich, ob sie in der Praxis umsetzbar ist, weshalb eine Ungültigkeitserklärung durchaus möglich scheint, kann doch nach § 81 Abs. 2 Gemeindegesetz das Gemeindeparlament eine Initiative für ungültig erklären, wenn sie den Formvorschriften widerspricht, offensichtlich rechtswidrig oder undurchführbar ist. Der Stadtrat beantragt dem Gemeindeparlament dennoch die Volksinitiative, für die nach einer allfälligen Annahme innert Jahresfrist eine Vorlage zu Handen der Volksabstimmung ausgearbeitet werden müsste, nach dem Grundsatz „im Zweifel für das Volk“ dem Souverän zum Entscheid vorzulegen.

2.2 Materielles

Ein praktisch identischer Vorstoss wurde bei der Stadtkanzlei am 22. Mai 2009 in Form einer Volksmotion mit 470 gültigen Unterschriften eingereicht. Der darin formulierte Antrag an den

Stadtrat, dem Gemeindeparlament einen Beschlussesantrag über den Erwerb des Areals Olten SüdWest vorzulegen, wurde indessen vom Gemeindeparlament an dessen Sitzung vom 17. Dezember 2009 mit 32:11 Stimmen deutlich abgelehnt. Argumentiert wurde von der obsiegenden Mehrheit vor allem damit, dass die beiden Volksbegehren zwar eine breite Diskussion und Verbesserungen im Gestaltungsplan bewirkt hätten, dass der Zug aber mittlerweile abgefahren sei und man sich nun auf die Qualitätssicherung bei der künftigen Überbauung konzentrieren solle. Insofern brauche es den Mitentwickler Stadt, aber nicht den Besitzer Stadt. In diesem Sinne sei es nicht Aufgabe einer Stadt, ein so grosses Grundstück zu kaufen und selber zu entwickeln.

Der Kauf des Gesamtareals durch die Stadt Olten stellt in der Tat nach Ansicht des Stadtrates für die Qualitätssicherung keine Notwendigkeit dar: Er ist überzeugt, dass mit dem gemeinsam mit der Eigentümerin und dem Kanton erarbeiteten Gestaltungsplan ein sehr geeignetes Instrument zur Qualitätssicherung vorliege. Zumal diese noch durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten und der Firma AG Hunziker & Cie und Leopold Bachmann betreffend Gestaltungsplanung Olten SüdWest ergänzt wird, die im Grundbuch angemerkt wird und drei zusätzliche Verpflichtungen der Eigentümerschaft enthält. In der Zwischenzeit wurde die Vereinbarung vom Stadtrat am 12. Januar 2010 unterzeichnet und der Gestaltungsplan am 18. Januar 2010 zu Händen des Regierungsrates genehmigt.

Die in der Volksinitiative angestrebten Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Olten sind somit auch ohne Erwerb des Areals gesichert. Aus Gesprächen des Investors Leopold Bachmann mit dem Stadtrat, aber auch mit Dritten (u.a. Wirtschaftsförderung) geht zudem hervor, dass sich der Investor durchaus der Aufgabe, einen Stadtteil zu entwickeln, und der damit verbundenen Erwartungen bewusst ist.

Der Kauf ist deshalb nach wie vor kein Thema für den Stadtrat. Dies auch aus andern Gründen, von denen hier nur die wichtigsten nochmals aufgeführt seien:

- *Finanzplanung:* In der mittelfristigen Planung werden in den nächsten Jahren sehr grosse Volumen in die Erneuerung und Attraktivierung der städtischen Infrastruktur investiert. Insgesamt sind Investitionsvorhaben mit Kostenfolgen von über 250 Mio. Franken in Planung und Bearbeitung. Der Finanz- und Investitionsplan zeigt auf, dass sich das in der Planungsperiode 2010 bis 2016 bei einer massvollen Verschuldung verkraftbare Volumen auf rund CHF 150 Mio. beläuft. Die Ausgaben für die Grossprojekte, gepaart mit den erwarteten Steuereinsparungen, insbesondere im Bereich der juristischen Personen, werden die gute Finanzlage der Stadt Olten bereits innerhalb des Planungshorizonts beeinträchtigen. Auf Grund der notwendigen Prioritätensetzung in der Finanz- und Investitionsplanung haben der Kauf des Areals Olten SüdWest und dessen Folgekosten nicht ohne Steuererhöhung Platz – oder es müssten dann einige der bereits bestehenden Vorhaben gestrichen werden.

- *Divergierende Interessen:* Bei einem Kauf hätte auf Grund vielfältigster, teilweise sich widersprechender Interessen eine grosse, teils an den Realitäten und getroffenen Vorentscheiden vorbeigehende Diskussion über die künftige Nutzung und die städtebaulichen Qualitäten möglicher Bauvorhaben begonnen, die zu einer Blockade und auch zu einer Unsicherheit bei potenziellen Investoren hätte führen können.

- *Fehlen von Ressourcen und Knowhow:* Für das Handling, insbesondere auch für die Vermarktung des Areals wären bei der Stadtverwaltung keine Ressourcen in genügendem Umfang vorhanden gewesen; zudem fehlt das spezifische Knowhow ebenso wie das brancheninterne Wissen. Ein Einkauf solcher Ressourcen wäre einerseits kostspielig gewesen und hätte andererseits für eine gewisse Abhängigkeit von einem Dienstleister gesorgt, die meist ihrerseits nicht vollständig unabhängig sind.

Die erwähnten Gründe haben neben der Tatsache, dass das Areal gar nicht zum Verkauf steht, dazu geführt, dass ein Erwerb denn auch nicht in die vom Parlament an der Sitzung

vom 18. November 2009 mit 40:0 Stimmen zur Kenntnis genommene Finanz- und Investitionsplanung des Stadtrates aufgenommen wurde.

Aufgrund der obgenannten Gründe beantragt der Stadtrat, die Volksinitiative den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung zu empfehlen.

Beschlussantrag:

1. Die Initiative „Kauf von Olten SüdWest“ wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentbüros zugestellt.

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Es sind juristische Abklärungen gemacht worden. Rechtskonsulent Stefan Hagmann hat mich vorher über die recht komplizierte Sache informiert. Aber so wie es jetzt aussieht, ist es nur möglich, dass die Initianten das Geschäft zurück ziehen, wenn das Parlament das Geschäft auch ablehnt. Sonst würde es natürlich zur Weiterbearbeitung an den Stadtrat gehen.

Daniel Dähler: Ich halte mich kurz: Ablehnen, und wir sind auch aufgrund der vorherigen Annahme bereit, unsere Initiative fristgerecht zurück zu ziehen.

Beschlüsse

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Ziffer I./1. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer I./2. wird einstimmig zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss.

1. Die Initiative „Kauf von Olten SüdWest“ wird den Stimmberechtigten der Stadt Olten zur Ablehnung empfohlen.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 86

Interpellation Stefan Nünlist (FdP) und Mitunterzeichnende betr. PlusEnergiehaus-Siedlung in Olten SüdWest/Beantwortung

Am 16. September 2009 haben Stefan Nünlist (FDP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Die Energiestadt Olten besitzt eine vom Stadtrat verabschiedete Gebäudestrategie, die vorsieht, dass bei Sanierungen oder Neubauten von stadteigenen Gebäuden die energetischen Anforderungen auf die Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft ausgerichtet werden. Der Oltner Prof. Dr. Gregor Burkhard hat für das Areal Olten SüdWest die Vision einer PlusEnergiehaus Siedlung entworfen (s. Beilage) und dem Stadtrat im Sommer 2007 unterbreitet. Mit einer ökologischen Überbauung von rund 10 Hektaren auf dem Gelände von Olten SüdWest mit Minergie-P-Häusern könnte Olten eine Pionier Rolle im ökologischen Hausbau übernehmen und einen nationalen Beitrag zum Erreichen der Ziele der 2000 Watt-Gesellschaft leisten.

1. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass die Ziele einer 2000-Watt-Gesellschaft erstrebenswert sind, die Emission von CO₂ und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden müssen?
2. Sieht der Stadtrat im Konzept einer PlusEnergiehaussiedlung einen innovativen Ansatz, um das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen?
3. Erachtet der Stadtrat wie Prof. Burkhard das Gelände Olten SüdWest auf Grund seiner zentrumsnahen Lage und seiner Anbindung an den ÖV als besonders geeignet, um darauf ökologisch fortschrittlich zu bauen?
4. Erachtet der Stadtrat das Konzept von Prof. Burkhard mit Ein- und Mehrfamilienhäusern im Minergie-P-Standard gemäss beiliegendem Projekt nicht erheblich innovativer und attraktiver für Familien, Einzelpersonen, Gewerbe, Forschung und die Stadt selbst als die Erstellung von 2000 4,5 Zimmer-Wohnungen, wie sie bereits in Zürich, Winterthur und Biel zu tausenden gebaut worden sind?
5. Warum hat der Stadtrat die Vision von Prof. Burkhard nicht aufgenommen und auf die zwingende Einhaltung eines Minergie-P-Standards hingearbeitet?
6. Ist der Stadtrat heute bereit, sich für die Erschliessung des Geländes im Sinne der Vision von Prof. Burkhard einzusetzen?»

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Dass der Stadtrat die Ziele einer 2000-Watt-Gesellschaft begrüsst, lässt sich unter anderem der im Rahmen des Energiestadt-Reaudits 2008 erarbeiteten Gebäudestrategie für die städtischen Gebäude entnehmen, in deren Einleitung zu lesen steht: „Die Stadt Olten möchte im

Sinne einer nachhaltigen Entwicklung im Gebäudebereich Schritte in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft einleiten und damit einen Beitrag zur Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstosses leisten. Die Gebäude spielen eine bedeutende Rolle: Mehr als die Hälfte des Primärenergieverbrauchs der Schweiz wird für die Erstellung, den Betrieb, die Instandhaltung und die Sanierung von Gebäuden benötigt. Zur Umsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich dient der SIA Effizienzpfad Energie. Er enthält Zielwerte und Massnahmen, die es ermöglichen, heute schon Neu- und Umbauten zu realisieren, die den Anforderungen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Die Stadt Olten strebt für Neu- und Umbauten die Einhaltung der Zielwerte des SIA Effizienzpfades Energie an. Diese Zielwerte verlangen nach einer Gebäudehülle, die nahezu dem Standard Minergie-P entspricht.“ Entsprechende Umsetzungen sind beispielsweise in der anstehenden Fassadensanierung des Sälischulhauses geplant.

Eine PlusEnergiehaussiedlung, wie sie Prof. Burkhard erwähnt, dürfte unseres Wissens in diese Richtung stossen; wie viele andere Standorte könnte sich auch das Areal Olten Süd-West für die Errichtung einer solchen Siedlung eignen. Es ist jedoch nicht die öffentliche Hand, welche über die Art der Überbauung eines Privatareals entscheidet, sofern sich diese im Rahmen der festgelegten Vorgaben bewegt. Diese Vorgaben, sprich der Gestaltungsplan, wurden im Falle von Olten SüdWest von der Eigentümerin mit dem Kanton Solothurn und der Stadt Olten ausgehandelt und lagen im Zeitpunkt der Eingabe von Prof. Burkhard bereits weitgehend vor.

An dieser Stelle gilt es erneut festzuhalten, dass dieser ausgehandelte Gestaltungsplan mit Sonderbauvorschriften und Leitbild, der vom Stadtrat am 18. Januar 2010 genehmigt wurde, nach Ansicht des Stadtrates zusammen mit der ergänzenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ein sehr geeignetes Instrument zur Qualitätssicherung bei der Bebauung des Areals Olten SüdWest darstellt. Es wird nun am künftigen Investor und an den baubewilligenden Behörden sowie an der einzusetzenden Gestaltungskommission sein, die geltenden und vereinbarten Vorschriften umzusetzen und allenfalls darüber hinausgehende Anliegen auszuhandeln.

- - - - -

Stefan Nünlist: Ich habe die Antworten zur Interpellation gelesen und gar nicht richtig verstanden. Zuerst habe ich gedacht, es sei die Einleitung, und habe dann gemerkt, dass es schon die Antworten auf die sechs Fragen sind. Bei den Fragen 1 bis 3 kann man mit viel Fantasie eine Antwort heraus finden. Die Fragen 4,5 und 6 sind eigentlich nicht beantwortet, was schade ist, weil es gute, intelligente Fragen gewesen wären. Aber ich glaube, die Antwort ist halt noch in der Eiszeit verfasst worden und heute haben wir einen anderen Geist und eine andere Geisteshaltung gespürt. Das ist in Ordnung. Damit habe ich kein Problem. Was ich aber etwas schade finde, und das ist jetzt sehr ernsthaft, ist Folgendes: Professor Burkhard hat ja eine Vision, eine Idee eingebracht. Wir rühmen uns sehr oft der Beziehungen zur Fachhochschule, wie gescheit diese Leute sind. Wir haben Freude an der Fachhochschule. Ich glaube, er hat auf diesen Vorschlag nicht einmal eine Antwort erhalten. Das finde ich dann eben schade. Meiner Meinung nach sind die Fachhochschule und die Menschen dort eine Chance für die Stadt. Sie können uns helfen, Sachen etwas anders zu betrachten, neue Ideen zu gehen. Hier wünsche ich mir vom Stadtrat oder vielleicht auch von Kommissionen, dass man mit einer gewissen Offenheit auf diese Vorschläge eingeht, weil die Leute dort relativ gescheit sind und andere Ansichten hinein bringen, und es sind immer verpasste Chancen, abgesehen davon, dass es vielleicht etwas unhöflich ist, jemandem, der einen Brief schreibt, keine Antwort zu geben. Rückblickend bin ich nicht befriedigt von der Antwort, nach vorne blickend im Vertrauensvorschuss ist es aber in Ordnung.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Stadtschreiber
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 87

Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. „wieviel kostet uns Olten SüdWest?“/Beantwortung

Am 16. September 2009 haben Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Gemäss Entwurf Gestaltungsplan Olten SüdWest sollen in diesem neuen Stadtteil 2'000 Wohnungen für über 6'000 neue Mitbewohner gebaut werde. Für die Stadt Olten ist diese Bereicherung mit Kosten und Planungen bzgl. Infrastruktur und öffentlichen Bauten verbunden. Aus diesen Gründen wird der Stadtrat aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Stadtrat, die mit der entsprechenden Bevölkerungszunahme verbundene Neubauten von Schulhäusern und Kindergärten anzugehen?
2. Welche weiteren Infrastrukturbauten und -massnahmen (Kinderkrippen, Altersheime, Ausbauten, ÖV, Wasser und Abwasserkapazitäten, etc.) sind neben Schulhäusern und Kindergärten infolge der angestrebten grossen Bevölkerungszunahme nötig?
3. Wie wirkt sich in die Bevölkerungszunahme um rund einen Viertel auf den Bestand der städtischen Verwaltung aus?
4. Geht der Stadtrat gestützt auf die Erfahrungen mit dem Bieler SABAG-Areal von einer Zunahme der Sozialkosten im Zusammenhang mit Olten SüdWest aus?
5. Mit welchen zusätzlichen Investitionen und wiederkehrenden Kosten rechnet der Stadtrat in den kommenden 10 Jahren im Zusammenhang mit der Überbauung Olten SüdWest?

Begründung:

Begründung im Interpellationstext enthalten“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass es für die neuen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten in den Entwicklungsschwerpunkten unserer Stadt zusätzliche Infrastrukturbauten braucht. Dies gilt im Übrigen nicht nur für das Areal Olten SüdWest, sondern auch für andere Entwicklungsgebiete wie Bornfeld, Fustlig und Kleinholz. Diesen Entwicklungen zugrunde liegt eine Wachstumsstrategie, die im Leitbild der Stadt Olten aus dem Jahr 2008

ausdrücklich festgehalten und vom Gemeindeparlament zur Kenntnis genommen wurde: „Die Stadt Olten strebt ein massvolles Ansteigen der Wohnbevölkerung und ein gesundes wirtschaftliches Wachstum an. Dadurch werden auch die Steuererträge trotz niedriger Steuerbelastung gesteigert und dem lokalen Gewerbe positive Impulse verliehen.“

Während für grundlegende Erschliessungsbauten Beiträge der Eigentümerschaft fliessen, sind weitere Infrastrukturanlagen aus Steuergeldern zu bezahlen, zu denen die neuen Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten ihren Teil im wahrsten Sinne des Wortes beisteuern werden. Voraussichtlich geht es unter anderem im Rahmen der Schulraumplanung um den Bau einer neuen Schulanlage im südwestlichen Teil der Stadt Olten sowie um einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, an den auch der Kanton einen massgeblichen Beitrag liefern wird. Altersheime und Kinderkrippen sind in Olten auf privater Basis organisiert; letztere werden von der Einwohnergemeinde subventioniert. Wie sich die Bevölkerungszunahme auf den Bestand der städtischen Verwaltung auswirken wird, hängt vom effektiven Umfang der Zunahme ab; überlagert wird deren Effekt durch die Tatsache, dass die Ansprüche an die öffentliche Hand in der Regel eher zu- als abnehmen.

Was das SABAG-Areal in Biel betrifft, so scheint der Interpellant Opfer einer Falschinformation zu sein: Nach Auskunft der Sozialamtsleiterin von Biel hat das Sozialamt Biel keine Wohnungen auf dem Sabag-Areal gemietet.

Die künftigen Investitionen und wiederkehrenden Kosten im Zusammenhang mit der Überbauung Olten SüdWest sind nicht bezifferbar, da einerseits die Entwicklung inhaltlich und zeitlich noch nicht absehbar ist und zweitens von Investitionen wie etwa einem Schulhausneubau nicht nur Olten SüdWest profitieren wird, sondern auch weitere – bestehende und künftige – Quartiere der Stadt Olten. Die wesentlichen Vorhaben – wie zum Beispiel die Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee–Olten SüdWest (11 Mio. Franken im Investitions- und Finanzplan 2010-2016) wie auch die von der Stadt zu übernehmenden Erschliessungskosten (2,74 Mio. Franken im Investitions- und Finanzplan 2010-2016) – fliessen jedoch in das bewährte System der Finanz- und Investitionsplanung ein, die jährlich rollend angepasst wird, und werden gemäss geltenden Finanzkompetenzen jeweils den zuständigen Entscheidungsorganen vorgelegt.

- - - - -

Andreas Schibli: Ich möchte dem Stadtrat für die Antwort auf meine Interpellation danken und gleich auf die einzelnen Antworten auf meine Fragen eingehen. Die Antwort auf Frage 1 ist für mich eigentlich zufriedenstellend. Es wäre zwar interessant zu wissen, wie die genauen Zahlen bzw. die genaue Bezifferung aussehen würden, wieviel es bezüglich Schulhäuser und Kindergärten braucht. Ich habe dies zwar in meiner Frage nicht angeführt, und der Stadtrat hat es vielleicht deshalb nicht beantwortet. Zu Frage 2: Hier muss ich sagen, dass es bezüglich Kinderkrippen und Altersheime interessant zu wissen wäre – der Stadtrat schreibt, ja, dass diese auf privater Basis gebaut werden - andererseits würde man die Frage stellen, was hier wirklich nötig ist und was es überhaupt braucht. In der Antwort des Stadtrates steht auch betreffend Wasser- und Abwasserkapazitäten nichts. Zu Frage 4: Hier gibt der Stadtrat eine konkrete Antwort. Ich habe hier auch eine Antwort eines Bieler Gemeinderates, der eigentlich genau das Gegenteil sagt. Aber hier steht Aussage gegen Aussage. Ich möchte dies nicht mehr weiter kommentieren. In der Antwort zu Frage 5 schreibt der Stadtrat, er könne nicht ganz genau beziffern., wie es sich mit den zusätzlichen Investitionen verhalte. Das ist für mich nachvollziehbar. Auf der anderen Seite hätte man schon erwarten können, dass irgendeine Grössenordnung angegeben wird.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich kommentiere jetzt nicht, was der Interpellant gesagt hat. Damit es aber nicht wieder im Raum stehen bleibt, wer bei der berühmten Geschichte in Biel Recht hat, Folgendes: Unser zuständiger Sozialdirektor hat mit seinem Kollegen und dem

zuständigen Amt den direkten Kontakt aufgenommen. Ich meine, irgendwo hört es dann auf damit, wer die Wahrheit sagt. Der Gesamtstadtrat hat das Areal besichtigt. Es ist so, wie es hier steht. Das ist die politische Würdigung des zuständigen vollamtlichen Bieler Sozialdirektors. Ich bitte, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Bezüglich Geld ist es einfach das, was uns zur Verfügung steht. Man kann es nicht im Detail beziffern. Wesentlich ist einfach noch Folgendes: Aufgrund des Gestaltungsplanes, Erschliessungsplanung, Vereinbarung über den ökologischen Ausgleich usw. ist zum Beispiel die ganze Geschichte Fussgänger-, Veloverbindung Hammerallee-Olten SüdWest ein Thema und dementsprechend wird auch der zukünftige Grundeigentümer seinen Beitrag dazu leisten.

Andreas Schibli: Ich bedanke mich beim Stadtpräsidenten für die weiteren mündlichen Aussagen und bin von den Antworten teilweise befriedigt.

Mitteilung an:
Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 88

Interpellation Anna Engeler (GO) und Mitunterzeichnende betr. Zwischennutzungen in Olten SüdWest/Beantwortung

Am 16. September 2009 haben Anna Engeler (GO) und Mitunterzeichner folgenden Vorstoss eingereicht:

«Im 24 Hektar grossen Areal Olten Südwest soll in den nächsten zwanzig Jahren etappenweise ein neuer Stadtteil entstehen. Geplant ist der Bau von jährlich circa 100 Wohnungen bis zum Schlussausbau von 2000 Wohnungen. Das bedeutet, dass bis etwa 2030 grosse, in unmittelbarer Nähe zum Stadtzentrum gelegene Gebiete für eine vorübergehende Nutzung zur Verfügung stehen.

1. Ist der Stadtrat gewillt, mit der aktuellen oder künftigen Eigentümerschaft über eine vorübergehende Nutzung zu verhandeln?
2. Sieht es der Stadtrat als sinnvoll an, in Olten Südwest für die nächsten zwanzig Jahre Schrebergärten als Ersatz für die aufgehobenen im Gheid anzubieten?
3. Das Freiluft Theaterspektakel „Silo 8“ von Karl's Kühne Gassenschau hat letztes Jahr über 180'000 Besucher nach Olten gebracht und dieses Jahr wohl noch einmal 100'000, was dem hiesigen Gewerbe erhebliche Umsatzsteigerungen erlaubte. Hat der Stadtrat ins Auge gefasst, im Sinn einer Übergangsnutzung weitere solche Grossanlässe nach Olten Südwest zu bringen?
4. Ist der Stadtrat bereit, in Zusammenarbeit mit der Eigentümerschaft auf dem Areal vorübergehend ein Event-Gelände einzurichten, das ohne grosse bauliche Massnahmen auskommt und nach jedem Event wieder in den ursprünglichen Zustand zurückkehrt?
5. Würde es der Stadtrat begrüssen, wenn auf diesem Event-Gelände Garten- und Viehschauen, Gewerbeausstellungen, Zirkusvorstellungen, Konzerte, Mountainbike- Konzerte und ähnliches stattfinden könnten?
6. Weshalb hat der Stadtrat bisher kein Konzept für vorübergehende Nutzungen in Olten Südwest erstellt?»

- - - - -

Stadtrat Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Bekanntlich ist das Areal Olten SüdWest nicht im Besitz der Einwohnergemeinde Olten. Die bisherige Besitzerin hat sich in der Vergangenheit sehr zurückhaltend gezeigt, was die Bewilligung von Zwischennutzungen angeht. Gründe waren unter anderem die in den letzten Jahren in einem Grossteil des Areals vollzogenen umfassenden Geländebewegungen, der nach wie vor stattfindende Kiesabbau, die Nutzung des Geländes im Rahmen des ERO-Baus, aber auch Sicherheitsbedenken der Eigentümerschaft angesichts des von seiner Grösse her schwer überblickbaren Areals.

So ist denn auch die Zwischennutzung durch "Vorabdrucke", das heisst temporäre, einfach gestaltete Parkoberflächen, welche die künftige Bebauungsstruktur vorzeichnen, noch nicht zustande gekommen. Und auch für das äusserst gelungene Gastspiel von Karl's Kühne Gassenschau war viel Überzeugungsarbeit von Seiten der Stadtbehörden bei der Eigentümerschaft notwendig. Von einem Konzept für vorübergehende Nutzungen konnte angesichts dieser Ausgangslage gar nicht die Rede sein. Hinzu kommt, dass auch allfällige Nutzer wie Kilbi oder Circus Knie bei Befragungen wenig Interesse am doch etwas vom Stadtzentrum entfernten und für solche Anlässe weniger Cachet aufweisenden Areal zeigten. Hingegen wurden Flächen im östlichen Bereich des Areals von der Eigentümerschaft entgegenkommenderweise als Parkflächen bei Grossereignissen zur Verfügung gestellt.

Selbstverständlich wurde im Rahmen der Planung Olten SüdWest an die Frage der Zwischennutzungsmöglichkeiten gedacht. Die entsprechenden Möglichkeiten für Zwischennutzungen, welche die Entwicklung des Gebietes Olten SüdWest nicht beeinträchtigen, sind mit den Sonderbauvorschriften und dem zugehörigen Leitbild denn auch geschaffen worden. Der Stadtrat ist durchaus bereit, mit der neuen Eigentümerschaft Gespräche aufzunehmen über allfällige vorübergehende Nutzungen. Ob diese aus Grossanlässen, einem Event-Gelände oder in Schrebergärten bestehen, wird weitgehend von den Absichten des neuen Eigentümers abhängen. Ferner müssen auch allfällige (Lärm-)Immissionen auf die Bevölkerung beachtet werden.

- - - - -

Anna Engeler: Ich danke dem Stadtrat für die Antworten, die ich mir etwas ausführlicher und teilweise etwas mehr auf meine Fragen zugeschnitten gewünscht hätte. Aber ich glaube, dass grundsätzlich die meisten Punkte angesprochen worden. Ich denke mehr, dass die Gründe, weshalb die Hunziker AG als momentane Besitzerin anscheinend zurückhaltend war, die Geländebewegungen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, sind. Von mir aus gesehen sind diese weitestgehend abgeschlossen. Das heisst, man könnte eigentlich davon ausgehen, dass in Zukunft eine grössere Bereitschaft vorhanden wäre, um Zwischenutzungen einzugehen. Ich denke, hier ist es auch im Sinne des vorher angesprochenen Prozesses, der Begleitung der neuen und in diesem Moment noch alten Eigentümerin, dass man dort das Gespräch sucht und auch Zwischennutzungen ins Auge fasst. Grundsätzlich finde ich auch, nachdem man gesehen hat, dass zum Beispiel Karl's kühne Gassenschau einen so grossen Erfolg hatte, wahrscheinlich die Bereitschaft, auf dem Gelände wieder etwas Ähnliches zuzulassen, von der Eigentümerin her jetzt grösser wäre und man diese Chance nutzen sollte. Ich bin mit der Antwort zufrieden. Vielen Dank.

Mitteilung an:
Stadtschreiber
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 29/30

Prot.-Nr. 89

Motion Brigitte Kissling (SP), Andreas Schibli (FdP), Armand Weissen (CVP/EVP) und Felix Wettstein (GO/JA) betr. Schulraumplanung/Beantwortung

Am 26. März 2009 haben Brigitte Kissling (SP), Andreas Schibli (FdP), Armand Weissen (CVP) und Felix Wettstein (GO/JA) folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, den Grundlagenbericht über die Schulraumplanung vom 23.10.08 zu ergänzen und zu präzisieren. Er soll sich dabei im nächsten Schritt auf die Bestandesaufnahme der aktuellen Raumsituation einerseits, die Einschätzung des Bedarfs andererseits beschränken und keine Entscheidungen über Standorte bereits favorisieren oder vorwegnehmen.

Für die Sekundarstufe I soll der gemeinsam eruierte Bedarf zusammen mit den an einer Fusion interessierten Gemeinden ausgewiesen werden.

Die Ergänzung und Präzisierung des Grundlagenberichts betrifft namentlich die Fragen der Qualität der Schulräume, die Fragen der Quantität und Qualität (Ausstattung) der Arbeitsplätze für Lehrpersonen, Schulleitungen und schulischen Diensten sowie die Fragen der Quantität und Qualität (Ausstattung, Nutzungsdifferenzierung) der Räume für Tagesstrukturen.

Begründung

Der vorliegende Grundlagenbericht über die Schulraumplanung gibt Auskunft über die vorhandenen städtischen Schulräume. Bei der Bestandesaufnahme der Schulräume fehlen zu einen eine allgemeine durchgängige Vorgehensweise (z.B. durchgehend Flächenangaben), zum anderen eine detaillierte Aufnahme der Nebenräume, dazu gehören auch Lehrerzimmer. Über die Qualität der Schulräume sind keine Aussagen zu finden. Allgemein müsste die Überlegung gemacht werden, ob im Zusammenhang der laufenden Fusionsgespräche mit den umliegenden Gemeinden Trimbach, Wisen, Hauenstein, Winznau und Dulliken die Schulraumanalyse sowie der Bedarf der Sek-1 Stufe um diese Gemeinden erweitert werden müsste.

Im vorliegenden Grundbericht werden Analyse (Ausgangssituation) und Bedarf bereits verknüpft. Dadurch wird ein freies Denken verhindert und beim Bedarf bereits eine erste Zäsur vorgenommen.

Beim Bedarf fehlen grundlegende Überlegungen zur zukünftigen Arbeitsplatzgestaltung einer Lehrperson und der Schulleitung. Die geleiteten Schulen stellen an die Schulleitung und die Lehrpersonen neue Anforderungen. In diesem Zusammenhang müsste überprüft werden, ob die Lehrerzimmer den heutigen und zukünftigen Ansprüchen überhaupt noch genügen und welche Anpassungen allenfalls in den nächsten Jahren in diesem Bereich zu wünschen wären, auch in Bezug auf Arbeitsplätze für Lehrpersonen, Schulleitungen und jenen schulischen Diensten, die sinnvollerweise in den Schulanlagen angesiedelt sind.

Ebenfalls zu wenig differenziert ist der aufgeführte Raumbedarf bzgl. Tagesstrukturen. Im Rahmen der Tagesbetreuung sollen Kinder ihre Mahlzeiten einnehmen können, ihre Freizeit verbringen sowie ihre Schularbeiten erledigen. Diese drei unterschiedlichen Tätigkeiten stellen unterschiedliche Ansprüche an die Räumlichkeiten. Ein Raum für alle drei Bereiche

erscheint doch zu knapp bemessen und bietet absolut keine Rückzugsmöglichkeiten für die Schüler und Schülerinnen.“

Stadtrat Mario Clematide beantwortet im Namen des Stadtrates die Motion wie folgt:

Die Arbeitsgruppe Schulraumplanung aus Mitgliedern der Schulleitungen, der Schulkommission, der Baudirektion und der federführenden Direktion Bildung und Sport setzt sich intensiv mit Schulbaufragen auseinander. Fachlich wird die Gruppe durch das Planungsbüro kontextplan (ehemals smt) unterstützt.

Folgende Anträge der Arbeitsgruppe Schulraumplanung hat der Stadtrat am 17.8.2009 genehmigt:

1. Bevölkerungs- bzw. Schüler/-innenzahlprognose (zeitliche und räumliche Verteilung) gemäss Szenario Trend (S. 33 ff des Grundlagenberichtes).
2. Kennzahlen des künftigen Infrastrukturbedarfs pro Schulklasse und Schulstufe (S. 21 ff des Grundlagenberichtes).
3. Mitberücksichtigung der Basisstufe.
4. Konzentration der Musikschule am zentralen Standort Leberngasse. Die dezentralen Übungsräume sollen aufgehoben werden.

Diese Anträge entsprechen den Anträgen des Grundlagenberichtes.

Aufgrund aktueller Entwicklungen und der hängigen Motion Schulraumplanung vom 26.3.09 ergeben sich die folgenden zusätzlichen oder erweiterten Anträge:

5. Mitberücksichtigung der Integrativen Schulung. In Abänderung des ursprünglichen Antrages und auf Grund der aktuellen Situation an den Oltnen Schulen (Pilotprojekt Integrative Schulung im Schulhaus Bifang im Schuljahr 2009/2010), auf Grund der Vorgehensplanung des Kantons (Aufhebung der Einführungsklassen auf das Schuljahr 2011/2012) und auf Grund der erkennbaren Dynamik auf diesem Gebiet soll die Integrative Schulung mit einbezogen werden.
6. Mitberücksichtigung des Raumbedarfs für Tagesstrukturen. Hier sollen insbesondere Räume für Mittagstische und weitere Module der Tagesstrukturen mitgedacht werden. Auf der Basis der „Situationsanalyse für eine familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Olten“ (Januar 2007) soll sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Tagesstrukturen befassen.
7. Sekundarstufe 1: Der Schulkreis Olten ist definiert. Alle Partnergemeinden werden in die Planung mit einbezogen. Fragestellungen der Sek I bearbeitet die Arbeitsgruppe Sek I-Reform.
8. Der zukünftige Raumbedarf (qualitativ und quantitativ) für Lehrpersonen soll erhoben und in der Planung mitberücksichtigt werden.

Im Zuge der Weiterarbeiten hat die Arbeitsgruppe folgende Priorisierung vorgenommen:

1. Umsetzung Sek I-Reform (ab 2011)
2. Situation Primarschule (Aufhebung Hübels, Neubau?)
3. Musikschule

Inzwischen sind die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Sek I-Reform weit vorangekommen. Die Gemeinden Olten, Trimbach, Hauenstein-Ifenthal, Wisen, Boningen, Starrkirch-Wil, Dulliken mit den Sek I-Standorten Olten (Frohheim), Trimbach und Dulliken arbeiten eng zusammen. Die politischen Behörden aller Gemeinden stehen hinter dieser Zusammenarbeit. In Anbetracht des engen Zeitplanes (Umsetzung der Sek I-Reform auf Schuljahr 2011/2012) haben sich die Planungsarbeiten in wesentlichen Bereichen konkretisiert:

Der Sek I-Standort Olten wird im Frohheim-Schulhaus konzentriert. Dadurch kann der Forderung nach „alles unter einem Dach“ (Sek E und B) nachgekommen werden, und die damit verbundenen pädagogischen Vorteile können Wirkung entfalten. Die Arbeitsgruppe hat einen Vorschlag eines Raumprogrammes für das Frohheimschulhaus erarbeitet. Es braucht zusätzliche Gruppenräume und modernen Ansprüchen genügende Lehrerarbeitsplätze sowie Räume für Schulleitung und schulische Dienste. Der Sollzustand ist definiert und die sich daraus ergebenden Eingriffe sind bezeichnet. Die Baudirektion befasst sich mit der Einschätzung der termingerechten Realisierbarkeit und entsprechenden Kostenschätzungen. Die beiden Partnerschulen Trimbach und Dulliken stehen in ihren Planungen am selben Ort, die Planungsgrundlagen an allen 3 Standorten basieren auf demselben Standard.

Durch die oben dargestellten Erweiterungen hat es im Frohheim-Schulhaus keinen Raum für einen Vollausbau von Tagesstrukturen. Das Modul Hausaufgabenhilfe kann untergebracht werden, für weitere Module wie zum Beispiel Mittagstisch müssen erst Lösungen erarbeitet werden. Aus Kapazitätsgründen ist die umfassende Darstellung der Erfordernisse für Tagesstrukturen (und finanzielle, räumliche und personelle Konsequenzen) im Moment noch nicht möglich. Die Wichtigkeit dieser Thematik ist aber erkannt.

Im Sinne der Erwägungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Motion zu überweisen.

- - - - -

Felix Wettstein: Wir danken dem Stadtrat, dass er bereit ist, die Motion entgegen zu nehmen, aber auch der Arbeitsgruppe Schulraumplanung, dass sie unsere Motion bereits zum Anlass genommen hat, ergänzende Anträge zur Klärung des Raumbedarfs an den Stadtrat zu richten. Die erweiterten Anträge 5 bis 8 sind in unserem Sinne ausgefallen. Ich möchte eine Ergänzung zum Thema 8 anbringen. Es geht nicht nur um den künftigen Raumbedarf für die Arbeitsplätze der Lehrpersonen, wie dort namentlich genannt ist, sondern auch um diejenigen von Schulleiterinnen und Schulleitern sowie schulischen Diensten, soweit sie dezentral in den Schulhäusern arbeiten sollen. Ein Wort noch zum Thema Standort der Sekundarstufe I, zur geplanten Zusammenführung im Frohheimschulhaus. Mit anderen Worten: Was wir heute noch im Säli II haben, würde dann eben auch ins Frohheim kommen. Wenn wir innerhalb der heutigen Oltnen Grenzen denken und die Jugendlichen aus Starrkirch und Boningen mitrechnen, die heute schon auf der Oberstufe die Schule in Olten besuchen, reicht das Frohheimschulhaus sehr knapp. Man muss aber auch berücksichtigen, dass Dulliken mittelfristig vielleicht doch eine zu geringe Schülerinnen- und Schülerzahl hat und keine eigene Oberstufe mehr führen werden kann oder will. Solche Überlegungen haben uns vier, welche die Motion gemeinsam ausgearbeitet haben, zum Schluss gebracht, dass man auch Schulhäuser in die Überlegungen miteinbeziehen müsste, die heute nicht städtische Schulhäuser sind, zum Beispiel, in denen heute die kantonalen Schulen untergebracht sind, sagen wir einmal die Berufsschule. Für uns ist denkbar, dass die beste Möglichkeit in einer Rochade liegt. Aber noch einmal: Besten Dank für die Bereitschaft des Stadtrates, diese Thematik vertieft anzugehen.

Stadtrat Mario Clematide: Ich denke, es ist schon nützlich, dass ich noch das Eine oder Andere zu dieser Motion sage. In unseren Augen gibt es eine engere und eine weitere Schulraumplanung. Bei der engeren geht es im Wesentlichen um die bauliche Realisierung der Sek-I-Reform, bei der weiteren auch um den Neubau eines Primarschulhauses auf der linken Aareseite als Ersatz für das Hübelischulhaus. Wenn ich die Motion von Brigitte Kissling und den Mitunterzeichnern lese, denke ich, dass sie sich im Wesentlichen auf die Schulraumplanung im engeren Sinne und allfällige Tagesstrukturen bezieht. Jetzt eine erste Antwort zu Felix Wettstein: Es ist entschieden worden. Um für die Sek-I-Reform 2011 infrastrukturelmässig bereit zu sein, bauen wir in Olten kein neues Schulhaus und sehen auch nicht vor, andere Nutzungen in Betracht zu ziehen. Was das Berufsschulhaus anbelangt,

kann ich aus eigener Erfahrung sagen, dass die Leute dort dabei sind, jetzt noch anwesende Mieter hinaus zu komplementieren, weil sie selber Bedarf an Räumen haben. Wir haben entschieden, dass wir mit den Schulstandorten Dulliken und Trimbach zusammen arbeiten. Wir arbeiten von daher bedarfsbezogen. Das sieht man auch an den Berichten. Mittlerweile habe ich den dritten Bericht, den ursprünglichen, die ergänzte Version und jetzt die neueste Version per Februar 2010, und es findet immer eine Optimierung statt. In der Arbeitsgruppe Schulplanung haben wir von Anfang an, seitdem ich auch dabei bin, Schulleiter einbezogen, Mitglieder der Schulkommission waren dabei, nach dem Motto: Wir machen Betroffene zu Beteiligten. Nicht, dass man irgend eine Lösung macht und dann sagt: So, jetzt habt Ihr die Lösung. Arbeitet damit. Dies ist ganz im Sinne des Konzeptes der geleiteten Schulen. Die Rückmeldungen, die ich habe, heissen: Es „verhebt“ im Frohheim sowie in Dulliken und Trimbach. Wir wissen, dass die Realisierung im Froheimschulhaus schon angefangen hat. Es wird leicht und flexibel gebaut, damit man sich den veränderten Bedürfnissen anpassen kann. Ich möchte noch etwas zu den Tagesstrukturen sagen. Hier realisieren wir pragmatisch. Auf der rechten Aareseite haben wir jetzt – ich hoffe, er bleibt stabil – im Bifang-schulhaus selber einen Mittagstisch für rund 15 bis 20 Schülerinnen und Schüler geschaffen. Dies vor allem dank der Schulsozialarbeiterin Regula Fischbacher, die sich hier sehr stark engagiert hat. Das kann der Anfang für stabile Tagesstrukturen sein, die auch Aufgabenhilfen und betreutes Lernen umfassen. Weiter gehört in meinen Augen auch der Tageshort des Gemeinnützigen Frauenvereins dazu, der an der Reiserstrasse eröffnet worden ist und die Tatsache – das hat der Stadtrat am letzten Montag beschlossen – dass wir eine Umnutzung des Geburtshauses LaVie zu einem Kinderhort auf der linken Aareseite prüfen, der nachher in die Leistungsaufträge aufgenommen würde, welche die Stadt Olten mit diesen Drittleistern hat. Engpässe – dies sei nicht verschwiegen – haben wir noch beim Werken. Der Pavillon, den wir im Froheimschulhaus haben, hat vielleicht noch nostalgischen Wert. Ob er seine Funktion in der Sek-I-Reform noch erfüllt, da machen wir ein Fragezeichen dazu. Dann müssen wir ganz klar sagen, dass die Ausquartierung des 10. Schuljahres in das Sälischulhaus suboptimal ist. Aber gewisse Kröten muss man schlucken. Dazu kommt, dass die Zukunft des 10. Schuljahres auch noch nicht klar ist. Insgesamt kann ich sagen, dass wir recht gut unterwegs sind. Ich möchte als Anfänger in dieser Funktion auch sagen, dass ich die Zusammenarbeit zwischen Bau und Bildung und Sport als sehr ziel- und aufgabenorientiert erfahre. Viertens: Ich will erst abschreiben, wenn die Sache in der Realisierungsphase der Sek-I-Reform ist. Von daher bin ich Euch dankbar, wenn Ihr überweist, aber nicht abschreibt.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich spreche für Armand Weissen, der krankheitshalber abwesend ist. Namens unserer Fraktion kann ich bekannt geben, dass wir die Motion überweisen werden. Mario Clematide möchte ich für seine Ausführungen danken, die sehr interessant sind, und erlaube mir, noch eine Frage zu stellen. Ich habe etwas von einem nostalgischen Pavillon gehört. Dort habe ich während vier Jahren Englisch gelernt, frage aber nicht deshalb, sondern ich habe gehört, dass man dort irgend etwas machen will. Es werde flexibel gebaut. Ist hier schon etwas Konkretes im Visier? Ich habe von Lehrerseite schon etwas gehört. Mich interessiert nun, wie es aussieht.

Stadtrat Mario Clematide: Tatsache ist, dass der Pavillon so, wie er dort steht, den Ansprüchen einer Sek-I-Reform im Bereich Werken nicht mehr genügt. In meinen Augen muss gehandelt werden.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Ich habe mich nicht mit Brigitte Kissling abgesprochen, ob sie mit der Beantwortung des Stadtrates zufrieden ist. Aber ich nehme an, Ihr habt dies gemacht. Ich muss sagen, dass mir der eingeschlagene Weg als gangbar erscheint, auch wenn man sich ursprünglich vielleicht etwas anderes gewünscht hätte oder eine weitere Öffnung, was möglich wäre oder nicht. Aber ich meine, diese Konzentration ist wahrscheinlich in einem ersten Schritt einmal gut so. Ich denke, man muss gut beachten, dass neben den Lehrpersonen, den Schulleitungen auch die Schulsozialarbeit Räume braucht. Etwas Weiteres habe ich schon ein wenig mit Erstaunen festgestellt. Als ich jetzt aber Mario Clematide gehört habe, bin ich etwas beruhigt. Bei den Tagesstrukturen, die ja

schon lange ein Anliegen von uns sind und wo auch ein bereits etwas älterer Vorstoss immer noch nicht erfüllt ist, bin ich beruhigt, dass es nun wenigstens eine Arbeitsgruppe gibt. Es beruhigt mich auch, dass hier erste Ansätze vorhanden sind. Wirkliche Tagesstrukturen würden aber dann noch viel mehr bedeuten. Die Kinderhorte und der Mittagstisch sind ein guter Ansatz. Aber es würde ja viel weiter gehen. In der Beantwortung der Motion steht ja auch, dass im Frohheim kein Platz für weitere Tagesstrukturen ist. Hier bin ich wirklich froh und es ist mir ein grosses Anliegen, dass es hier endlich vorwärts geht. Meine Kinder werden nämlich bald aus der Schule kommen. Sie werden nicht mehr in diesen Genuss kommen, obwohl sie, als es diskutiert wurde, noch nicht zur Schule gegangen waren. Ich hoffe nicht, dass erst meine Grosskinder erleben werden, dass es ein vollumfängliches Angebot im Bereich ergänzende Strukturen der Schulen gibt. Wir werden der Motion zustimmen.

Marc Winistörfer: Die SVP-Fraktion wird mehrheitlich für Überweisung stimmen. Eine Minderheit wird allerdings dem stadträtlichen Antrag nicht folgen. Ich spreche jetzt für die Mehrheit, der ich angehöre. Uns haben vor allem folgende Punkte dazu bewogen, für Überweisung zu sein. Erstens erkennen wir, dass der bestehende Schulraum effektiv knapp ist. Im Weiteren ist für uns auch klar, dass man eruieren muss, wie und wo sich der Bedarf erweisen und wie er sich entwickeln wird. Deshalb erachten wir als richtig, dass weitere Abklärungen vorgenommen werden. Drittens ist es im Hinblick auf eine allfällige Fusion ebenfalls richtig, dass man Gemeinden, die potenziellen Fusionspartner, mitberücksichtigt. Das erachten wir auch als wichtig. Die Tagesstrukturen sind jetzt nicht unbedingt unser Kind, wie hier bekannt ist. Trotzdem finden wir es richtig, dass auch dies einbezogen wird, um mögliche Entwicklungen antizipieren und auch dafür den Raumbedarf weiterhin abklären zu können. Wir hoffen, dass die Abklärungen fair und objektiv sein werden, entsprechend dem, was wir heute schon den ganzen Abend diskutieren: Transparenz, dass auch die negativen Punkte aufgezeigt werden, wenn sie auch nur für eine Minderheit hier, für unsere Fraktion, negativ sein werden, dass man trotzdem eine umfassende Abklärung macht und offen auf den Tisch legt. In diesem Sinne stimmt mindestens die Mehrheit der Fraktion für Überweisung.

Andreas Schibli: Die FdP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die wohlwollende Entgegennahme der Motion. Sie wird dem Antrag des Stadtrates auf Überweisung einstimmig zustimmen. Gemäss Antwort des Stadtrates wird der Sek-I-Standort im Frohheimschulhaus konzentriert. Laut mündlichen Aussagen hat dann das 10. Schuljahr, das heisst 4. Bez. und WBK, nicht mehr Platz. Felix Wettstein hat „knapp Platz“ gesagt. Nach meinen Informationen ist es so, dass es nicht mehr Platz hat. Es darf nicht sein, dass die 4. Bez. aufgrund von Platzmangel weggegeben wird. Die 4. Bez. an den Oltner Stadtschulen ist ein klares Bedürfnis und hat eine mehr als hundertjährige Tradition. Gemäss Aussage des Kantons sind die Gemeinden frei, ein 10. Schuljahr zu führen. Die 4. Bez. soll auch mit der Reform der Sekundarstufe I unter der Leitung der Schulen der Stadt Olten stehen, das heisst unter der Direktion Bildung und Sport. Stadtrat Mario Clematide hat es gesagt: Man muss schauen, wie es mit dem 10. Schuljahr weiter geht. Ich muss sagen: Mir fehlt hier etwas Strategie. Im letzten Schulblatt waren gezwungenermassen wieder Stellen ausgeschrieben, damit man das 10. Schuljahr WBK bzw. 4. Bez. weiterführen kann. Meine Frage ist: Wie sieht dies auf der Zeitachse aus? Fünf Jahre, zehn Jahre usw. Ich wäre froh, wenn ich hier Auskunft haben könnte.

Stadtrat Mario Clematide: Die Aussage zu den Räumlichkeiten, auch für externe Dienste, und zur Raumsituation ganz allgemein: Ich war gestern und heute im Rahmen der offenen Schule im Säli- und Bannfeldschulhaus. Das Bifangschulhaus kenne ich aus nächster Nähe. Dort hatte ich das Gefühl, dass man erstens die Campus-Idee sehr schätzt und zweitens davon ausgeht, dass man räumlich nicht an die Kapazitätsgrenze stösst. Dass es zum Beispiel im Zusammenhang mit dem integrativen Unterricht gut wäre, wenn man den einen oder anderen Raum mehr hätte, wo man unterrichten könnte, liegt auf der Hand, und ich denke, das ist in der Planung. In diesem Bereich ist dies einbezogen. Für mich ist die Idee, dass die Schulhäuser im Sinne der geleiteten Schulen je eigene Campus sind, die eine eigene Identität, eine eigene Kultur im Rahmen einer Gesamtkultur, welche die Stadtschulen

Olten hat, haben. Das spüre ich, wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen spreche und auch aufgrund der Feedbacks, die Ueli Kleiner aufgrund seiner Unterrichts- und Schulbesuche mitbringen kann. Die Kultur und das Klima – es gibt immer wieder Klimaschwankungen – sind grundsätzlich gut. Zur 4. Bez., zum 10. Schuljahr ganz allgemein: Was auf der Zeitachse in den Zeiten der Reform möglich ist und was nicht, kann ich hier nicht sagen. Ich weiss, dass der Kanton, wer immer das auch ist, einmal gesagt hat: Durch die Sek-I-Reform werden die 10. Schuljahre obsolet. Das war eine erste Aussage. Eine zweite ist diejenige, die Du gemacht hast. Es ist den Gemeinden überlassen, ob sie ein 10. Schuljahr führen wollen oder nicht. Wenn ich noch BBZ-Direktor wäre, würde ich eine Aussage machen. Aber diese kann ich jetzt als Verantwortlicher der Schule Olten nicht machen. Ich denke, man muss zwei Fragen auseinander halten, die Frage: Braucht es noch ein 10. Schuljahr? Das wird die Entwicklung der Sek-I-Reform zeigen. Das sollte man relativ früh merken. Die Frage, die beantwortet werden muss, ist: Wenn es eines braucht, wo wird das künftig angesiedelt? Bei der Einführung wird es so sein, dass die 4. Bez. ins Sälischulhaus verlegt wird, wobei ich gerade heute Vormittag bei einem Besuch festgestellt habe, dass gewisse vorhandene Befürchtungen auf dem Campus wegen der Durchmischung Oberschule und Primarschule kleiner sind, wenn man weiss, dass es um das 10. Schuljahr geht, weil der Distanzschutz zwischen den ganz Kleinen und den Älteren eben ein gewisses Risiko mindert, was immer dieses Risiko auch ist.

Andreas Schibli: Noch eine Bemerkung bezüglich Kanton und 10. Schuljahr: In einem anderen Parlament gab es eine Interpellation von Anna Rüfli, SP: Wie geht es weiter mit dem 10. Schuljahr? Dort steht glasklar: Das ist Sache der Gemeinden. Wenn sie es führen wollen, können sie dies.

Felix Wettstein: Ich möchte auch noch zum 10. Schuljahr das Wort ergreifen. Es geht ja nicht nur um die 4. Bez. Es gibt künftig keine Bez. mehr. Also gibt es keine 4. Bez. Aber ein 10. Schuljahr als letztes Schuljahr einer gegliederten Sekundarstufe ist nicht nur rechtlich möglich, im Sinne, dass es die Gemeinden führen dürfen. Ich glaube, es deutet alles darauf hin, dass es diesen Bedarf auch in Zukunft klar geben wird. Man kann zum Beispiel feststellen, dass in den letzten Jahren die andere Ausprägung des 10. Schuljahres, die aus Real- und Sekundarschulen rinnen und –schülern aus der grösseren Umgebung gespeist ist, gefragt war, dass wir häufig Maximalkapazitäten dieser Klassen hatten, in Olten dreifach geführt und dass es zum Teil auch ein relativ enges Aussieben hat geben müssen, wenn man es etwas böse ausdrücken will, dass man nicht alle nehmen konnte und relativ enge Aufnahmekriterien definieren musste. Ein Bedarf hängt sicher recht stark davon ab, wie die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich Lehrstellenmarkt ist. Es gibt sicher auch künftig Jugendliche, die halt am Schluss der obligatorischen Schulzeit schulisch nicht genügend gut sind, um eine Anschlusschule zu besuchen, aber gleichzeitig auch nicht schon eine passende Lehrstelle gefunden haben, sei es, weil sie den Berufsfindungsprozess für sich einfach noch nicht gut abschliessen konnten oder zwar für den Beruf entschlossen sind, aber schlicht das Angebot nicht vorfinden. Wenn ich das Feld richtig beobachte und zum Beispiel auch schaue, wie es in anderen Kantonen aussieht, wo es heute schon so viele Typen der Oberstufe gibt, wie der Kanton Solothurn künftig haben wird, und diese auch überall 10. Schuljahre führen, in aller Regel regional, das heisst im Gemeindeverbundssinn, dass das Angebot in einer Zentrumsgemeinde stattfindet, dann ist für mich die Wahrscheinlichkeit äusserst gross, dass wir in Olten auch künftig der richtige Standort sind und es insbesondere in der Region den Bedarf geben wird.

Stadtrat Mario Clematide: Ich möchte hier keine Diskussion 10. Schuljahr ja oder nein vom Zaun brechen. Übrigens habe ich auch nicht gesagt, es gebe keinen Bedarf. Ich habe mich nie dazu geäussert. Aber bei Felix Wettstein finde ich im Gegensatz zu seinem ersten Votum gut, dass regional gedacht wird. Ich bin der Meinung, wir hätten dies auch gemacht, indem wir Trimbach, Dulliken und Olten in der Sek-I-Reform zusammen fassen. Zweitens gebe ich Dir recht, dass die wirtschaftliche Situation, die Lehrstellensituation den Bedarf aufzeigen wird. Die Qualität der Umsetzung der Sek I, E- und B-Profil, wird zeigen, ob es uns gelingt, die jungen Leute dahin zu bringen und zu befähigen, dass sie den Übertritt in die Berufswelt

schaffen. Drittens: Wo? Der Erziehungsdirektor des Kantons St. Gallen hat vor ungefähr 20 Jahren entschieden: „Es gibt die Notwendigkeit von 10. Schuljahren. Damit die Chancen gross sind, gliedern wir diese an die Berufsbildungszentren an“. Er hat die Verfügung unterschrieben. Das ist eine Feststellung.

Beschluss

Mit 42 : 3 Stimmen wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Finanzverwaltung
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 46/15

Prot.-Nr. 90

Interpellation Andreas Schibli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Integration auf der Oberstufe/Beantwortung

Am 28. Mai 2009 haben Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Inhalt eingereicht:

„Je länger je mehr wird die Integration von Werkklassenschülern auf der SEK-I-Stufe zum wichtigen Thema. Gleichzeitig häufen sich die Gerüchte, dass diese Integration auf der Oberstufe schon ab 2011 eingeführt werden soll. Tatsächlich sieht die Reform-Planung vor, dass die SEK K, also die jetzige Werkklasse, bis 2016 weiterhin geführt wird. Laut Vorgaben des Kantons hätte die Umsetzung der Integration auf der Oberstufe unmittelbar an die kontinuierliche Auflösung der Einführungsklassen bis zur 6. Kleinklasse, für die sechs Jahre eingeplant waren (2010 bis 2016), anschliessen sollen. Der Kanton hat bis zum jetzigen Zeitpunkt kein Konzept zur Umsetzung der Integration vorgelegt. Trotzdem ist bei einigen Schulen im Kanton vorgesehen, dass ab 2011 keine SEK K eingeführt wird, sondern dass diese SchülerInnen bereits dann in die SEK B integriert werden. Es drängt sich nun auf, wann die Schulen der Stadt Olten die Integration auf der Oberstufe einführen wollen. Darum bitte ich den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Unterstützt der Stadtrat die Absicht des Kantons, die Werkklassen aufzulösen?
2. Ist der Stadtrat der Ansicht, dass die Integration der Werkklassen in die Sek-I-Stufe sowohl für die leistungsschwachen wie auch für die leistungsstarken Kinder Nachteile haben kann? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
3. Besteht ein klares Konzept für die Integration der Sek K in die Sek B? Wie sieht die kurz-, mittel- und langfristige Planung aus?
4. Wie sehen die zur Verfügung stehenden Ressourcen in diesem Konzept aus? Wie viel Unterstützung durch eine Heilpädagogiklehrperson können die Klassenlehrpersonen erwarten? Wer trägt die Verantwortung in welchen Bereichen? Wie gross werden die Klassen ausgestaltet werden?
5. Wie wird die benötigte Aus- und Weiterbildung der Heilpädagogen/-innen und der Klassenlehrpersonen durchgeführt werden?
6. Korrespondiert der Fahrplan zur Aus- und Weiterbildung mit jenem der Umsetzung des integrativen Unterrichts?
7. Werden bei der Einführung der integrierten Schulen genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

Begründung:

Begründung im Vorstosstext enthalten.“

- - - - -

Stadtrat Mario Clematide beantwortet im Namen des Stadtrates die Interpellation wie folgt:

Die Interpellation bezieht sich auf eine sehr wichtige Fragestellung, die in den nächsten Jahren kluge Antworten der Schulen braucht. Diese Antworten basieren alle auf standortspezifischer Schul- und Unterrichtsentwicklung. Die Schule Olten hat diese Notwendigkeit erkannt. Alle Lehrpersonenkollegien nehmen sich im laufenden Schuljahr in Unterrichtsteams wesentlicher Fragestellungen aus dem Unterricht an. Alle Unterrichtsteams erhielten die Vorgabe, den Aspekt Umgang mit Heterogenität in ihre Arbeit zu integrieren.

Laut Vorgabe des Kantons sind im neuen Schulmodell die Kleinklassen und damit auch die Werkklassen an der Oberstufe nicht mehr vorgesehen. Als verbindlicher Ausgangspunkt zur Umsetzung ist das Schuljahr 2011/2012, zusammenfallend mit dem neuen Sek I-Modell, festgelegt. Ab diesem Zeitpunkt gibt es keine neuen Einführungsklassen mehr. 9 Jahre später sollen dann alle Klein- und Werkklassen aufgehoben, die entsprechenden Schüler/-innen in Regelklassen integriert sein.

Dieser Zeitplan mit Erstreckungsmöglichkeit bis zum Jahr 2020 ist aus der Sicht der Personalentwicklung ungünstig: Für Lehrpersonen, die an Klein- und Werkklassen unterrichten, steht fest, dass sie an einem Auslaufmodell unterrichten. Daneben steht das neue Modell schon fest. Eine Latenzzeit von dieser Dauer ist für die Schul-, Unterrichts- und Personalentwicklung ungünstig. Da das neue Modell bereits feststeht, wird sich an der Schule Olten die Frage ergeben, wie und in welchem Zeitraum es umgesetzt werden kann. Diese Umsetzung orientiert sich an der Situation vor Ort an der Schule Olten.

Mit der Sek I-Reform kommt ab Schuljahr 2011/2012 ein neues Schulmodell zur Anwendung. Mit den Wirkungszielen dieser Reform wird ein erheblicher pädagogischer Mehrwert angestrebt: Einheitliches Übertrittsverfahren, Durchlässigkeit, verbesserte Vorbereitung auf die Berufsbildung, Profilbildung im Abschlussjahr, einheitliches Abschlusszertifikat und vertiefte Zusammenarbeit unter Lehrpersonen, da die verschiedenen Abteilungen unter einem Dach geführt werden. Die genannten Wirkungsziele sind mit einer Konzeptentwicklung im pädagogischen Bereich verbunden. Die Schulen vor Ort werden definieren müssen, wie die Sek I-Reform mit der bestmöglichen Wirkung umgesetzt werden kann. Der hier zu leistende Aufwand muss in Rechnung gestellt werden. Aus ökonomischen Gründen macht es keinen Sinn, Energie für einen nicht mehr vorgesehenen Sek K-Typ zu investieren, im Wissen darum, dass es diesen Typ nicht mehr geben wird. Die Analyse der Anforderungen an die Lehrpersonen zur Sek I-Reform im Vergleich zu den Anforderungen der Integrativen Schulung ergibt, dass die Aufgaben in vielen Bereichen deckungsgleich sind. Der gleichzeitige Übergang zur Integrativen Schulung mit der Sek I-Reform ist aus pädagogischen und ökonomischen Gründen nahe liegend.

Mit den Werkklassen hat die Volksschule des Kantons Solothurn einen Schultyp, der nicht als Erfolgsmodell bezeichnet werden kann. Dies hat in keiner Art und Weise mit dem Engagement und der Kompetenz der Lehrpersonen zu tun. Tatsache ist, dass die Separation von Schüler/-innen in Werkklassen einhergeht mit wenig Lernanreizen (da die „guten“ Schüler/-innen fehlen), Stigmatisierung, problematischer Klassenzusammensetzung und eingeschränkten Berufsperspektiven.

Nachteile für leistungsschwache und leistungsstarke Schüler/-innen sind auf Grund der Integration nicht gegeben. Guter integrativer Unterricht fördert sowohl die Leistungsstarken als auch die Leistungsschwachen. Forschungsergebnisse belegen, dass die Leistungen in Klassen mit Integrativer Schulung ebenso gut sind wie in anderen Klassen ohne Integrative Schulung. Der besondere Nutzen der Integrativen Schulung bezieht sich auf den Bereich der sozialen Kompetenzen: Hier lassen sich deutliche Verbesserungen nachweisen. Schlechter integrativer Unterricht erzielt keine positiven Wirkungen, schlechter „traditioneller“ Unterricht übrigens auch nicht.

Eine erfolgreiche Umstellung auf Integrative Schulung ist mit Ressourcenfragen verbunden. Hier sind kantonale Vorgaben zu erwarten, eine hierfür eingesetzte kantonale Arbeitsgruppe

wird bis zum Sommer 2010 einen Bericht vorlegen. Im Bereich der Ressourcenzuteilung ist mit einer Pool-Lösung zu rechnen, die Schule wird einen zugeteilten Ressourcenpool für Schulische Heilpädagogik gemäss den Bedingungen vor Ort selber verwalten. Im Bereich Klassengrössen unterstützt der Stadtrat die Bildung von Klassen im unteren Grenzbereich (Minimalanzahl Sek B-Klassen: 14).

Die Weiterbildung der Lehrpersonen ist ein wichtiger Bereich und ein Gelingensfaktor der Integrativen Schulung. Die Schulleitungen an den Oltnen Schulen haben den Auftrag, ihre Personalplanung danach auszurichten und auch Lehrpersonen für umfassende Weiterbildungen (heilpädagogische Ausbildung) zu gewinnen. So kann der Bedarf an qualifiziertem Personal mit eigenen Mitteln abgedeckt werden. Sich in dieser Frage einzig auf den Markt zu verlassen, wäre etwas gewagt. Der Bedarf an ausgebildeten Lehrpersonen mit heilpädagogischer Ausbildung wird in den kommenden Jahren hoch sein.

Zur Beantwortung der Fragen im Einzelnen:

1. Unterstützt der SR die Absicht des Kantons, die Werkklassen aufzuheben?

Tendenziell ja. Pro Jahr müssen etwa 10 Schüler/innen der Werkklassen in die neue Sek B integriert werden.

2. Ist der SR der Ansicht, dass die Integration der Werkklassen in die Sek-I-Stufe sowohl für die leistungsschwachen wie auch für die leistungsstarken Kinder Nachteile haben?

Es ist nachgewiesen, dass in integrierten Klassen sowohl leistungsschwache als auch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler profitieren. Die letzteren vor allem im sozialen Bereich, z. B. indem sie leistungsschwächere unterstützen. Durch die Individualisierung werden aber auch die Leistungsstarken durch besondere Anreize gefördert werden.

3. Besteht ein klares Konzept für die Integration der Sek K in die Sek B. Wie sieht die kurz-, mittel- und langfristige Planung aus?

Wir sind daran, dieses Gesamtkonzept auszuarbeiten. Dafür hat die Direktion eine Projektgruppe eingesetzt. Gespräche mit Werkklassenlehrpersonen haben stattgefunden. Das Gesamtkonzept wird nach den Frühlingsferien zu Händen des Stadtrates verabschiedet.

4. Wie sehen die zur Verfügung stehenden Ressourcen in diesem Konzept aus? Wie viel Unterstützung durch eine schulische Heilpädagogiklehrperson können die Klassenlehrpersonen erwarten? Wer trägt die Verantwortung in welchen Bereichen?

Die angesprochene Ressourcenfrage ist Teil eines kantonalen Konzeptes, das in Erarbeitung ist. Die Regelklassenlehrperson trägt die Hauptverantwortung, die Lehrperson für schulische Heilpädagogik ist für die Fördermassnahmen (Diagnose, Planung, Auswertung) zuständig.

5. Wie wird die benötigte Aus- und Weiterbildung der Heilpädagoginnen und der Klassenlehrpersonen durchgeführt werden?

Die Ausbildungsinstitute an den Hochschulen bieten berufsbegleitende Ausbildungsgänge für Heilpädagogen/-innen an. Mehrere Lehrpersonen der Schule Olten (inkl. Sek-I-Stufe) haben ihr konkretes Interesse an einer solchen Ausbildung angemeldet.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz bietet einen Ausbildungsgang „Integrativ unterrichten“ für Klassenlehrpersonen an. Auch hier haben mehrere Lehrpersonen ihr Interesse angemeldet. Die Stadt Olten unterstützt diese Weiterbildungsvorhaben.

6. Korrespondiert der Fahrplan zur Aus- und Weiterbildung mit jenem der Umsetzung des Integrativen Unterrichts?

Die Schule Olten hat ihre Lehrpersonen rechtzeitig für die Thematik der Integrativen Schulung sensibilisiert. Resultate davon sind die Anmeldungen für spezifische, umfassende Weiterbildungen (siehe oben). Zudem hat die Schule Olten den Anspruch, dass sich Lehrpersonen mit den aktuellen und bevorstehenden Entwicklungen im Schulbereich auseinandersetzen und dabei auch selbstverantwortlich die persönliche Weiterbildungsplanung vorantreiben. Dies kann ab sofort geschehen.

7. Werden bei der Einführung der integrierten Schulen genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

Als Grundsatz gilt: Lehrerüberfluss besteht nicht! Der Übergang zur Integrativen Schulung wird einlaufend konzipiert (rollender Prozess), es müssen nicht auf einen Schlag alle Klassen entsprechend ausgebildete Lehrpersonen haben.

Wir werden IS so aufgleisen, dass die Schule Olten früher oder später für Lehrpersonen attraktiv wird. Die Direktion BISPO wird sich dafür einsetzen, dass dies der Fall sein wird, zumal durch die Zusammenarbeit mit dem hpsz ein umfassendes Know-how bereits vorhanden ist.

- - - - -

Andreas Schibli: Grundsätzlich sind die allgemeinen Aussagen in Ordnung. Es gibt gute Absichtserklärungen. Dort, wo es konkret werden sollte, ist es eher etwas schwammig. Gute Absichtserklärungen sind, dass eine erfolgreiche integrative Schulung mit Ressourcenfragen verbunden ist und der Stadtrat die Klassengrössen in der künftigen Sek B im unteren Grenzbereich ansiedeln will und der Aspekt bezüglich Heterogenität und Individualisierung gerecht werden kann. Betreffend Klassengrössen hat ja ein anderes Parlament einen weisen Entscheid gefällt. Die zwei Aspekte Umgang mit Heterogenität und Individualisierung haben aber sicher auch einen direkten Zusammenhang mit den Klassengrössen auf der gesamten künftigen Sekundarstufe I. Die lange Umsetzungszeit kann in Bezug auf die Personalentwicklung wirklich problematisch sein. Wenn die Orientierung an der Situation vor Ort bedeutet, dass zum Beispiel eine vier Jahre vor der Pensionierung stehende Klassenlehrkraft seine Kleinklasse noch weiter führen kann, ist dies positiv. Die Werkklasse als Nichterfolgsmodell zu bezeichnen, ist eher gewagt. Natürlich gibt es dort etliche Probleme. Es ist aber noch völlig offen, ob es besser wird, wenn die Schüler integriert sein werden. Eine andere Etikette löst diese Probleme auch nicht.

Corinne Bader: Ich möchte grundsätzlich ein paar Sachen zur Integration sagen. Diejenigen, die mich etwas besser kennen, wissen, dass ich etwas Integrationsfachfrau bin. Ich arbeite zwar in der Integration mit geistig behinderten Kindern. Aber in diesem Schulhaus hat es auch Kleinklässler, die integriert sind. Es ist zwar eine Primarklasse. Aber ich denke, das unterscheidet sich im Grundsatz nicht wirklich von der Oberstufe. Ich möchte kurz sagen, was Integration überhaupt ist, dass Kinder mit Lernschwierigkeiten, Lernbehinderungen oder eben geistigen Behinderungen in der Regelklasse integriert werden. In diesen Klassen steht eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge für einzelne Lektionen bzw. 100 % zur Verfügung. Sie oder er ist dann auch für die Förderplanung und die Umsetzung verantwortlich. In erste Linie geht es um eine soziale Integration. Hier möchte ich noch etwas zu einer Antwort sagen, die Mario Clematide gegeben hat, dass besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler gerade im sozialen Bereich profitieren können, indem sie leistungsschwächere unterstützen. Dem stimme ich schon zu. Aber es geht nicht um die starken, sondern um die schwachen Schüler, dass sie profitieren können. Dort besteht das Problem, dass sie in der Kleinklasse auch Verhaltensauffälligkeiten zeigen, das heisst, dort brauchen wir zusätzliche Leute, welche die Klassenlehrpersonen unterstützen können. Es braucht wirklich Fachleute und nicht einfach eine andere Person. Ich sehe es, weil es bei uns so läuft. Es gibt zu wenig Heilpädagogen. Dann werden halt Leute angestellt, die frisch vom Seminar kommen, weil man sonst einfach niemanden hat, und das ist ein Riesenproblem. Es funktioniert dann einfach nicht. Aus der Antwort von Mario Clematide habe ich gesehen,

dass es etwas ein rollender Prozess ist, auch mit den Leuten. Das erachte ich als sehr problematisch, weil ich denke, dass nicht alle Fans dieser Integration sind. Sobald dort wieder irgendwo etwas schief läuft, wird dies aufgebauscht und gleich Wasser auf die Mühle derjenigen gegossen, die sonst schon dagegen sind. Das muss wirklich ernst genommen werden. Es ist eine enge Zusammenarbeit der Lehrpersonen mit den Fachpersonen sprich Heilpädagogen, die sehr intensiv ist. Das heisst, es muss auch zeitlich und persönlich zwischen diesen Personen stimmen. Das ist nicht immer einfach. Ich verstehe auch, dass viele Lehrpersonen dort Angst und Unsicherheiten haben. Plötzlich ist noch eine zusätzliche Person im Schulzimmer. Sie sind sich gewöhnt: Mein Schulzimmer ist mein Reich. Hier redet mir niemand drein. Plötzlich könnte es dann anders sein. Ich bin der Meinung, diese Bedenken sollten auch in Betracht gezogen und ernst genommen werden, und es sollte nicht unterschätzt werden, dass wirklich gut ausgebildete Leute gebraucht werden. Ich finde es sehr toll, dass in Olten scheinbar verschiedenste Leute Bereitschaft zeigen, eine weitere Ausbildung in diesem Bereich zu machen. Ich möchte Mario Clematide gerne einladen, nach Liestal zu kommen, um in unserem Schulhaus hinein zu schnuppern, einen Einblick zu erhalten und mit den Leuten zu reden.

Stephan Hodonou: Integrierte Schulung mag tatsächlich eine Stärke haben. Aber es ist bei weitem kein Zaubermittel. Ich möchte dies noch für die ganze Umsetzung in Olten mitgeben. Meiner Meinung nach hat es ein paar grosse Haken in diesem Konzept, die noch nicht gelöst sind, gerade auch bei der Umsetzung der Sek-I-Reform. Der eine Haken ist angesprochen worden. 50 % der Leute für diese Aufgabe im Kanton Solothurn haben keine oder eine fehlende Qualifikation. Es gibt zu wenig Leute. Das ist ein grosser Makel. Das ganze Konzept ist gefährdet, wenn die Leute nicht qualifiziert sind. Ich sage es einmal so: Auf 100 Stellen haben wir 30 Leute. Das ist eine Riesenzeitbombe. Der zweite Punkt ist, dass leistungsstärkere Schüler mit leistungsschwächeren profitieren. Dort würde ich sagen, wir bewegen uns im Glaubensbereich. Es gibt keinen einzigen Nachweis, der dies zeigen würde. Es kann durchaus so sein. Aber es ist nicht erwiesen. Von daher würde ich dies einfach auch mit einbeziehen. Es ist der momentane Trend. Aber es ist nicht erwiesen. Von daher müsste man dies fairerweise mindestens festhalten.

Stadtrat Mario Clematide: Zuerst möchte ich Andreas Schibli als Interpellant für den politischen Vorstoss danken. Ich glaube, es ist das erste Mal, dass in diesem Haus von integrativer Schulung gesprochen und darüber debattiert wird. Deshalb ist unsere Antwort speziell und vielleicht eben auch ein eigentliches pädagogisches Credo, die Richtung vorzeigend, die wir an den Schulen in Olten gehen wollen, was integrativen Unterricht anbelangt. Das bezieht sich nicht nur auf die Sek-Stufe I, sondern auch auf die Primarschule. Ich habe heute einen Schulbesuch im Säli gemacht und einem Unterricht beigewohnt. Am Schluss hat mir die Lehrerin gesagt, dass ein Schüler mit Förderbedarf dabei war. Ich habe ihn nicht ausmachen können. Ich bin auch Sek-II- und nicht Sek-I-Lehrer. Aber ich denke, wir hier in Olten, weil wir eben die Nähe zur HPS haben, weil wir im Bifang- und Sälschulhaus schon mit der integrativen Schulung angefangen haben, fangen nicht bei null an. Was integrative Schulung ist, wurde schon gesagt. Deshalb kann ich gewisse Sachen auslassen. Ich bin auch dankbar, dass wir im Stadtrat mit Iris Schelbert eine Fachfrau haben, die mich zwischendurch zurück bindet, wenn ich in diesem Bereich etwas zu idealistisch bin. Für mich ist ganz klar, dass eine gelingende integrative Schulung voraussetzt, dass die Klassen nicht zu gross sind. Ich sage dies ganz bewusst. Wenn man meint, man könne integrative Schulung zu einer Sparübung verkommen lassen, bin ich der Falsche, der dies umsetzt. Dies muss auch ganz klar gesagt werden. Auch klar ist, dass wir genügend befähigte Lehrpersonen haben müssen. Das ist unbestritten. Aber nach meinem Wissen ist der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen Olten, die nicht stufengerechte Berufsbefähigung haben, ganz klar kleiner als der kantonale Durchschnitt. Hier sind wir im guten Bereich. Wir achten hier auch auf Qualität. Dass der Markt ausgetrocknet ist, stimmt ebenfalls. Das hat bei uns dann wieder die Konsequenz, dass wir sagen: Wer die Absicht hat und befähigt ist, eine Zusatzausbildung zu machen, wird unterstützt. Ob das reicht, was der Kanton gibt, ist eine andere Frage. Es kann dann immer noch gefragt werden, ob die Stadt bereit ist, allenfalls etwas mehr zu geben. Wichtig ist auch – das ist ein Paradigmenwechsel – dass die

Zusammenarbeit im Lehrerzimmer klappt. Die Schulzimmertüre muss offen sein. Ich denke, das ist eine notwendige Voraussetzung. Von daher bin ich auch dankbar für die Unterstützung durch den Kantonsrat und dass beim B-Profil die Mindestgrösse auf zehn und die Durchschnittsgrösse auf vierzehn herunter gesetzt wird. Man muss sich bewusst sein, dass dies mit Kosten verbunden ist. Aber wenn man gehört hat, welchen Überschuss der Kanton Solothurn im letzten Jahr gemacht hat, muss man sagen, dass für die Bildung, die bekanntlich in der Schweiz der wesentliche Rohstoff ist, schon etwas abfallen sollte. Aber ganz entscheidend ist, was auch Corinne Bader gesagt hat, dass eine integrative Schulung voraussetzt, dass der Paradigmenweg in unseren Köpfen und auch in den Köpfen der Lehrerinnen und Lehrer, stattfindet. Hier bin ich halt relativ strikt. Auch ein Kollege, der fünf Jahre vor der Pensionierung steht, hat sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es gibt ja auch die flexible Pensionierung. Wenn er sagt, für ihn komme das nicht mehr in Frage, muss er die Konsequenzen ziehen. Aber wenn er sagt, er bleibe dabei, ohne jetzt auf ein konkretes Beispiel einzugehen, er ziehe mit, muss er sich auch ändern, wenn Bedarf vorhanden ist. Von daher eben Paradigmenwechsel im Kopf. Es heisst nicht mehr: Wie muss der Schüler sein, damit er in die Schule passt?, sondern: Wie muss die Schule sein, damit sie die unterschiedlichen Schülerinnen und Schüler aufnehmen kann? Deshalb ist es vor allem die Aufgabe von uns in der Verwaltungsführung, den Schulleitungen, im Lehrerteam, dass wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Vorgaben der integrativen Schulung umsetzen. Für mich heisst das, pragmatisch vorzugehen, step by step, uns regelmässig zu fragen, ob wir bezüglich integrativer Schulung auf dem richtigen Weg sind, und zwar für die Kinder und die Lehrer. Ich öffne eine Klammer. Betreffend integrative Schulung auf der Sek-I-Stufe haben wir einmal einen Vorentscheid gefällt. Die Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen war nicht optimal. Dann hat man mit ihnen gesprochen und eine optimale Lösung, mit der man nach Solothurn gegangen ist, erarbeitet. Solothurn ist jetzt der Meinung, dass sie noch einmal überdacht werden muss. Wir denken darüber nach. Es muss für die Schülerinnen und Schüler stimmen. Es muss für die Lehrerinnen und Lehrer stimmen. Am Schluss muss es für uns stimmen. Ganz klar ist auch, dass die Eltern einen Nutzen für ihre Kinder sehen. Abschliessend ist zu sagen: Ich habe das Gefühl, dass wir in Olten mit der HPSZ als Kompetenzzentrum, den beiden Schulhäusern Bifang und Säli als Erfahrungsstandorte für integrative Schulung und der Arbeitsgruppe zur Schaffung eines Gesamtprojektes für die integrative Schulung in Olten, auf einem pragmatisch richtigen Weg sind. Wir haben schon beim vorherigen Geschäft vom Kanton gesprochen. Dass er in diesem Bereich noch nicht so weit ist, schränkt uns nicht unbedingt ein, sondern gibt uns Chancen zum Handeln, umso mehr als Ueli Kleiner als Mitglied der Resonanzgruppe jedenfalls hört, was beabsichtigt ist, und allenfalls noch Einfluss nehmen kann.

Andreas Schibli: Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Antwort auf die Interpellation. Es gibt noch Lücken in den Antworten auf die Fragen. Aber da müssen wir auf die Vorgaben des Kantons warten. Ich bin mit den Antworten des Stadtrates zufrieden.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 25. März 2010

Akten-Nr. 13/10

Prot.-Nr. 91

Petition SP Stadt Olten: „Mehr Olten für alle“/Beantwortung

Die SP der Stadt Olten hat am 22. Januar 2009 folgende Petition zu Händen des Gemeindeparlamentes eingereicht:

„Weniger Gebühren für die Benützung von Kultur- und Sporteinrichtungen der Stadt Olten

Die Stadt fördert und ermöglicht ihren Einwohnerinnen und Einwohnern die vermehrte Nutzung der kulturellen und sportlichen Einrichtungen.

Das Gemeindeparlament senkt deshalb für Oltnerinnen und Oltner die Eintritts- und Benützungsgebühren ihrer kulturellen und sportlichen Einrichtungen auf den nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kinder und Jugendliche zahlen keine Eintritts- und Benützungsgebühren für Bibliotheken, Museen, Schwimmbad und Sportanlagen im Kleinholz sowie für die Angebote im freiwilligen Schulsport. Die Tarife der Musikschule/Jugendmusik werden halbiert.

Erwachsene zahlen noch die Hälfte der heutigen Tarife.

Mit privat getragenen Institutionen wie Ludothek, Theaterstudio, öffentlich-rechtlichen Institutionen wie dem Stadttheater oder kantonalen Einrichtungen wie dem Hallenbad Kantonsschule handelt die Stadt baldmöglichst dieselben Vergünstigungen aus.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet die Petition im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Finanzielle Betrachtung

Basierend auf den vorgeschlagenen Tarifen hat die Direktion Finanzen und Informatik eine Zusammenstellung der Positionen aus der Rechnung 2008 und den Budgets 2009 und 2010 erstellt. Bei gleicher Nachfrage ergeben sich Mindereinnahmen in der Höhe von rund 320'000 bis 380'000 Franken (Beilage).

Diese Mindereinnahmen können relativ genau beziffert werden. Für die meisten Bereiche ist auch mit der Tarifsenkung nicht mit einer bedeutend grösseren Nachfrage zu rechnen bzw. die grössere Nachfrage führt nicht automatisch zu höheren Kosten oder erst mit einer zeitlichen Verzögerung (Museen, Bibliotheken, Schwimmbäder).

Bei den Schwimmbädern kommt die einheimische Bevölkerung bereits in den Genuss von vergünstigten Preisen, ebenso bei den Bibliotheken, wo die geringen erhobenen Gebühren auch einen identitätsbildenden und einen erzieherischen Stellenwert ausüben. Die Benützungsgebühren für die Sportanlagen sind derzeit in Überprüfung.

Unter den aufgeführten Positionen sind aber auch Leistungen enthalten, welche bei einer Tarifsenkung oder gar dem Angebot zum Nulltarif intensiver genutzt werden und durch die

Nachfragesteigerung zu massiven Mehrkosten führen würden. Hier können insbesondere der Musikschulunterricht und der Freiwillige Schulsport, die im Übrigen bereits einen Sozialtarif kennen, als Beispiele angefügt werden. Musikstunden zum halben Tarif lassen eine grössere Nachfrage erwarten, welche sofort durch mehr Musikschullektionen gedeckt werden muss. Die Kostensteigerung in diesem Bereich ist nur schwer zu schätzen, bereits bei gleicher Anzahl Lektionen wird hier auf mehr als Fr. 100'000.00 Einnahmen verzichtet. Der gleiche Mechanismus ist beim freiwilligen Schulsport zu erwarten, hier mit einem aktuellen Einnahmeverzicht von Fr. 25'000.00.

Eine dritte Kategorie sind die gewünschten Verhandlungen mit städtischen oder stadtnahen Kultur- und Sportinstitutionen. Bei allen durch die Stadt subventionierten Institutionen ist mit einer Erhöhung der Beiträge in den bestehenden Leistungsvereinbarungen zu rechnen. Auch hier könnte zudem in gewissen Bereichen eine nur schwer abschätzbare Mengenausweitung zu erheblichen Mehrkosten führen.

Bei Institutionen ohne Leistungsvereinbarung müsste für die Verbilligungen ebenfalls ein Abgeltungsmodell gefunden werden, welches zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Einnahmenverzicht von rund 350'000 Franken nur einen aktuellen Stand der sofort entstehenden Mehrkosten zeigt. Auch bei einer vorsichtigen Schätzung resultiert hier ein Betrag von weit mehr als einer halben Million Franken.

2. Politische Würdigung

Wiederkehrende Mehrkosten in der Laufenden Rechnung sind mit Blick die angespannte finanzielle Situation im Finanzplan 2010 – 2016 möglichst zu vermeiden oder mit einem Leistungsabbau andernorts zu kompensieren.

Der Stadtrat empfiehlt daher dem Gemeindeparlament, der Petition in der vorliegenden Form nicht Folge zu geben. Er ist aber bereit, weitere Vergünstigungen für Oltnerninnen und Oltnern oder auch alle Nutzerinnen und Nutzer von städtischen Angeboten zu prüfen. So wird beispielsweise – nicht zuletzt dank positiven Erfahrungen bei Museen in anderen Städten – geprüft, den Eintritt in die drei städtischen Museen im Sinne einer Marketingmassnahme grundsätzlich unentgeltlich zu machen, auf freiwillige Spenden auszuweichen und nur bei aufwändigen Sonderausstellungen eine Eintrittsgebühr zu erheben.

- - - - -

Lea von Wartburg: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Petition. Die Stadt Olten bietet ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine grosse Bandbreite an Angeboten im Bereich Sport und Kultur. Im Vergleich mit anderen Städten gibt Olten aber für Kultureinrichtungen pro Kopf immer noch deutlich weniger aus. Dass der Stadtrat bereit ist, gewisse Vergünstigungen für die Oltnerninnen und Oltnern zu prüfen, wissen wir zu schätzen. Es geht uns aber noch zu wenig weit. In seinen Ausführungen zu den finanziellen Betrachtungen warnt der Stadtrat, dass im Bereich Schulsport und Musikunterricht eine grössere Nachfrage zu erwarten sei, sollte die Petition umgesetzt werden. Das zeigt erstens deutlich, dass die heutigen Gebühren gewisse Familien davon abhalten oder es ihnen verunmöglichen, die Angebote zu nutzen. Die SP-Fraktion ist klar der Ansicht, dass man diese Tatsache als Stadt nicht einfach so hinnehmen kann. Zweitens ist die wahrende Aussage doch sehr erstaunlich. Überall sonst in der Schweiz versucht man, Kinder und Jugendliche dazu zu bringen, sich mehr zu bewegen. Es geht natürlich um gesundheitliche Aspekte und auch um die steigenden Gesundheitskosten. Aber Sport kann ja schliesslich auch viel mehr sein. Im Sport lernt man Toleranz und Respekt. Sport fördert auch die Integration und das soziale Zusammenleben. Das müsste doch eigentlich ganz im Sinne der Stadt Olten sein. Nicht einverstanden sind wir auch mit der postulierten Ansicht, dass die heute erhobenen Gebühren einen identitätsbildenden und erzieherischen

Stellenwert ausüben, wie es in der Beantwortung steht. Was nichts kostet, ist nichts wert, soll diese Äusserung wohl implizieren. Wir finden ganz im Gegenteil. Mit der Umsetzung dieser Petition zeigt die Stadt Olten, dass ihre kulturellen Angebote sogar sehr viel wert sind. So viel nämlich, dass sie diese Angebote allen Oltnern und Oltnern ohne Einschränkungen zugänglich machen möchte. Die Stadt Olten gibt in den kommenden Jahren viele Millionen Franken für Bau- und Stadtentwicklungsprojekte aus. Sie sollte darüber aber ihre Einwohnerinnen und Einwohner nicht vergessen. Olten kann sich die Abschaffung bzw. die Halbierung dieser Eintrittspreise und Nutzungsgebühren leisten. Wir bitten deshalb, dieser Petition entgegen den Empfehlungen des Stadtrates Folge zu leisten und damit allen Oltnern und Oltnern gleichermassen den Zugang zu sportlichen und kulturellen Angeboten zu ermöglichen.

Gert Winter, SVP-Fraktion: An und für sich handelt es sich beim Vorschlag, Gebühren senken zu wollen, um eine durchaus sympathische Idee. Bekanntlich setzt sich die SVP für eine möglichst geringe Belastung der Steuer- und Gebührenzahler ein. In diesem Sinne wehren wir uns beispielsweise gegen die Strategie anstelle von vergleichsweise schwer zu realisierenden Steuererhöhungen, der Einfachheit halber an der Gebührenschraube zu drehen. Das bedeutet aber nicht, dass wir Gebührensenkungen in jedem Fall begrüßen. Kein Problem hätten wir mit Gebührensenkungen, die sich auf die Stadtfinanzen unter dem Strich positiv auswirken, weil sie beispielsweise durch wegfallende Kosten oder freiwillige Spenden überkompensiert werden. Bei der vorliegenden Petition sehen wir jedoch kein derartiges Sparpotenzial. Insgesamt resultieren aus der Umsetzung der SP-Petition relevante Nachteile für das Gemeinwesen, Mindererträge einerseits und teilweise höhere Kosten andererseits, denen insoweit eher bescheidene Vorteile für die einzelnen Nutzer gegenüber stehen, als es sich bei diesen im Normalfall gleichzeitig um Steuerzahler handelt, denen die Rechnung für diese Vergünstigungen mit einer zeitlichen Verzögerung, nämlich im Rahmen des Steuerbezuges, präsentiert wird. Unserer Auffassung nach drängt sich eine weitere Umverteilungsübung angesichts der nicht prohibitiven Gebühren für die Ausübung von allerlei Freizeitaktivitäten jedenfalls aus sozialpolitischen Gründen nicht auf. Zudem halten wir insbesondere den für die Zukunft vorgesehenen Einbezug des Stadttheaters für bedenklich. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb kulturell wenig Interessierte, die vielfach nicht zu den Privilegierten in unserer Gesellschaft gezählt werden können, den qualitativ hoch stehenden, eher kostspieligen Freizeitkonsum von Dritten verstärkt mitfinanzieren sollen. Das ist schon fast Klassenkampf von oben. Dazu können wir nicht Hand bieten. Wir empfehlen deshalb die Petition einstimmig zur Ablehnung. Eine pragmatische Vorgehensweise bei der Gebührengestaltung, wie sie der Stadtrat ohnehin verfolgt, ist dem, was die Petition fordert, allemal vorzuziehen.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: Anhand der Petition, dieser Vorlage, können wir hier wieder epische Diskussionen vom Stapel lassen bezüglich volkswirtschaftlicher Theorien des Nachwächterstaates versus Wohlfahrtsstaat, welche Institutionen usw. der Staat alle fördern und bereit stellen soll. Ich sehe das Ganze aber viel trivialer. Ich möchte um rund sieben Ebenen herunter kommen und zwar auf das, was im Volksmund – Lea von Wartburg hat es bereits erwähnt – heisst: „Was nichts kostet, ist nichts wert“. Ich möchte einige Beispiele anführen. Du hast jetzt eigentlich gerade verneint, dass es eben erzieherisch keinen Stellenwert hat. Es hat sehr wohl einen. Beispiel 1: Badibesuch. Man zahlt einen Eintritt und erhält eine Leistung. Man kann ins relativ warme Wasser, auf die fantastischen Rutschbahnen gehen und allenfalls sogar in der Aare schwimmen. Gleichzeitig hat man noch ein gewisses Sicherheitsgefühl, weil diejenigen, die ab und zu in die Badi gehen, auch sehen, dass dort die Polizei auftaucht, weil dort manchmal Rabauk ist und es die Ordnungshüter braucht, die auch einen gewissen prophylaktischen, unter anderem erzieherischen Stellenwert ausüben. Beispiel 2: Bibliothek. Mit Eurem Vorschlag kann man ja jedem Bürger oder jeder Bürgerin der Stadt Olten einfach einmal ein Buch geben und sagen: Bring es dann einmal zurück oder bring es nicht mehr zurück. Das spielt keine Rolle. Es ist absolut egal. Auch das finde ich nicht unbedingt gut, selbst wenn Ihr dort noch einmal die Tarife senken wollt. Du hast noch die Jugendlichen und Kinder angesprochen. Das ist ein sehr gutes Thema. Der Jahrestarif der Jugendbibliothek ist Fr. 4.—. Wenn man ein Buch beschädigt zurück gibt oder die Frist verpasst usw. sind es Fr. 2.—. Das ist ein absolut fantastischer erzieherischer Betrag, um den Kindern zu sagen: Du bezahlst dies von Deinem Taschengeld. Wenn Du Eselsohren machst

oder den Buchdeckel abreissest, zahlst Du noch die Fr. 2.—. Das klappt tipptopp und ist an meinen Kindern auserzogen. Die Museen sind ebenfalls ein wunderbares Stichwort. Ich bin mit meinen Kindern im Kunstmuseum gewesen, um Gemälde und Bilder anzuschauen, unter anderem auch die Disteliade, und habe gerne für die Kinder bezahlt. Unter anderem habe ich die blau-weiße Stadtschützenfahne von Martin Disteli aus dem Jahre 1840 gesehen. Nachher bin ich mit meinen Kindern noch ins Historische Museum gegangen. Dort gab es eine fantastische Ausstellung „Stadtbilder Olten“. Die Kinder waren begeistert. Sie haben alt und neu gesehen. Auch dafür habe ich gerne bezahlt. Aber nachher gab es ein Problem, weil sie noch zu Mc Donald's oder zum Kebap-Stand wollten. Dort ist das Problem. Man könnte ja zum Beispiel eine Petition machen und sagen. Etwas wirtschaftlich und etwas Vermarktung. Pro Museumseintritt gibt es einen Gutschein oder einen halben Kebap oder einen Hamburger. Dann hätte man dies auch. Das ist jetzt etwas überspitzt gesagt. Aber hier gibt es x Beispiele dafür. Das ist effektiv auch lehrreich. Die Jugendlichen und Kinder lernen auch etwas für das Leben. Deshalb wird sich die FdP-Fraktion ebenfalls der Ablehnung des Stadtrates anschließen und der Petition nicht zustimmen.

Stephan Fröhlicher, Fraktion Grüne: Ich weiss jetzt nicht, ob ich als Fraktionssprecher oder als Einzelperson spreche. Ich habe einfach das Gefühl, dass ich als Berufsmusiker und einigermaßen ambitionierter Hobbysportler doch noch das eine oder andere Wort dazu verlieren muss. Die Antwort von Stadtpräsident Ernst Zingg habe ich gelesen. Ich weiss, dass Du ein sehr interessierter Kulturbesucher bist und die Angebote in der Stadt Olten auch nutzt. Zuerst kommt die finanzielle Betrachtung. Es ist klar. Es geht ja in der Petition in erster Linie um Finanzen. Nachher kommt Punkt 2: Politische Würdigung. Als ich den Titel gelesen habe, hatte ich eine Riesenfreude. Aber auch dort geht es irgendwie vor allem um die Finanzen. Ich finde es etwas schade, dass es immer nur über das dumme Geld geredet wird. Ich habe das Gefühl, irgendwie kommt der gesellschaftliche Wert dieser Kultur, die hier stattfindet, in der ganzen Sache zu kurz. Man dürfte etwas mehr darauf eingehen, welchen positiven Wert dies noch für unsere ganze Gesellschaft, für diese Stadt und die Bevölkerung hat und sollte nicht immer nur vom Geld reden.

Heidi Ehrensam: Für die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist das Anliegen der Petition natürlich auch sehr wichtig. Skeptisch sind wir, ob der in der Petition vorgeschlagene Weg der richtige ist. Dies auch abgesehen von den finanziellen Einbüssen, welche die Stadt bei der Umsetzung hinnehmen müsste. Dass die Gebühren massvoll sein und in Intervallen überprüft werden sollen, und dies nach oben und unten, scheint uns selbstverständlich zu sein. Der Stadtrat signalisiert in seiner Antwort ja auch, dass weitere Vergünstigungen für Oltnerninnen und Oltnern bei städtischen Angeboten geprüft werden, und das finden wir auch gut so. Wir können trotzdem die Forderungen der Petition grösstenteils nicht unterstützen. So fragen wir uns zum Beispiel bei der Forderung „Erwachsene zahlen nur die Hälfte der heutigen Tarife“, mit Betonung auf „heutige Tarife“, ob dann bei dieser Argumentation eine begründete Tarifierhöhung in späteren Jahren überhaupt noch möglich ist. Eine Eintrittsgebühr für Jugendliche kann auch Sinn machen, ganz nach dem Motto: Was nichts kostet, ist nichts wert. Eine Eintrittsgebühr macht in einem beschränkten Mass sehr wohl bewusst, dass der Unterhalt von Anlagen und Einrichtungen nicht gratis ist und man bei Büchern und Einrichtungen auch Sorge tragen muss. Sonst kann ich mich hier Heinz Eng anschliessen, was die Badi und andere Einrichtungen betrifft. Er hat hier einige treffende Aussagen gemacht. Betreffend Musikschule glaube ich sagen zu können, dass wir in Olten moderate Tarife kennen. Zudem gibt es ja auch noch den Sozialtarif. Einzig bei den Museumseintritten sehen wir auch einen Spielraum, die Eintrittsgebühren zu senken, was der Stadtrat ja schon selber in Erwägung zieht. Wir haben uns dann aber im Wissen darum, dass die Umsetzung der Petition mit dem Einnahmenverzicht und den voraussichtlichen Mehrkosten über eine halbe Million Franken kosten würde, noch gefragt, was es überhaupt gäbe, wenn man die Fr. 500'000.— anstelle von Tarifierhöhungen kapitalisieren und dann investieren würde. Dann sind wir darauf gekommen, dass es etwas von unserer Wunschliste gäbe, die ja heute wieder länger geworden ist. Es könnte etwas Land Olten SüdWest oder ein Kunstmuseum geben. Das wäre für Stefan und mich gut. Wir haben schon mehrmals gehört, dass es auch ein Hallenbad geben könnte. Aber es ist eben nur eine Überlegung gewesen und soll einfach eine Idee sein, wie man auf einem anderen Weg auch zu mehr Olten für alle kommen könnte. Wir wollen aber die laufende Rechnung in Anbetracht des

aktuellen Finanzplanes nicht mit Mindereinnahmen und Mehrkosten belasten und lehnen die Petition deshalb ebenfalls einstimmig ab.

Christian Wüthrich: Ich habe eine Frage an die SP: Der öffentliche Eislauf ist nicht vermerkt. Hat dies einen Grund oder ist er vergessen worden?

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Er ist vergessen worden im Gegensatz zum EHC, der in sehr guter Erinnerung ist.

Antonia Hagmann: Ich glaube nicht, dass dies von der SP vergessen worden ist, weil es ja die Sportpark AG ist. Es ist nicht eine Anlage, die der Stadtverwaltung gehört. Hier müssen wir schon unterscheiden. Schwimmbad und Museen gehören zur Stadtverwaltung, und die Eisbahn ist eine Sportpark AG. Das sind zwei Paar Schuhe.

Dieter Ulrich: Zur Präzisierung: Im Text der Petition steht, dass die Sportanlagen im Kleinholz auch eingerechnet sind. Es ist einfach im Berechnungsbeispiel nicht enthalten.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Eigentlich müsste ich nichts mehr sagen, und wir könnten abstimmen. Aber es gibt einige interessante Punkte. Über die realitätsbezogene Aussage von Heinz Eng über den erzieherischen Effekt bin ich froh. Lea von Wartburg hat wahrscheinlich etwas falsch verstanden, wie er in der Antwort gemeint war. Die Bücher sind wirklich in gutem Zustand zurück zu bringen und nicht nicht mehr oder völlig defekt. Das hat etwas mit dem „Batzeli“ zu tun. Das ist auch eine Aussage von anderen Bibliotheken. Ich möchte auch noch einige Sachen von Stephan Fröhlicher aufnehmen. Danke, dass Du mich als Kulturbeflissenen ansprichst. Sport mache ich auch noch etwas. Es geht immer um das Geld. Auch bei diesem Geschäft geht es nicht um das Prinzip. Letztlich geht es ums Geld. Ich glaube aus der Petitionsgesellschaft zu wissen – ich lasse mich gerne korrigieren – wenn man weiss, wann die Petition eingegeben worden ist, hatte es einen Zusammenhang mit der Verwendung eines Jahresabschlusses der Stadt Olten. Dies ungefähr zum gleichen Zeitpunkt wie die 200-Franken-Gutscheine, die im Parlament abgelehnt worden sind. Man hatte gesagt, man wolle der Bevölkerung aus dem Finanzteil der Stadt etwas zurück geben. „Ein hehrer Gedanke“ – das kommentiere ich gar nicht – allein die Durchführung und die Auswirkungen haben den Stadtrat klar zur Überzeugung gebracht, die politische Würdigung so zu formulieren. Noch etwas zum Konstrukt des Geldes: Wenn man Kultur haben will, muss man sie auch finanzieren. Antonia Hagmann hat das Beispiel der Sportpark AG angeführt. Liebe Petitionärinnen und Petitionäre, hier steht wörtlich das Stadttheater, das auch eine AG ist. Sie ist bei etwas über 80 % mit Zuschauerinnen und Zuschauern und Geniesserinnen und Geniesser des Kulturevents ausgelastet. Sie zahlen Geld, das wir hier weniger bezahlen. Sie werden es bei der nächsten Abrechnung der Stadttheater AG sehen. Es gibt einen Drei-Jahres-Vertrag im Sinne eines Leistungsauftrages, der mit Geld verbunden ist. Wenn man dort etwas wegnimmt, insbesondere für Oltnerinnen und Oltner den Eintritt verändert, hat dies massivste Auswirkungen auf das finanzielle Ergebnis des Stadttheater Olten, das eine Aktiengesellschaft ist, zwar die Tochter der Mutter, aber trotzdem. Bei der Sportpark AG ist es noch einmal anders. Dort machen auch noch 14 Gemeinden mit. Es ist eine Aktiengesellschaft, wo die Stadt Olten gar nicht allein zuständig ist. Ich möchte einfach das Ganze nicht zu einer Finanzdebatte werden lassen. Es hat etwas mit dem Geld zu tun, und es geht darum, dass wir diesen Gedanken in der Beantwortung aufgenommen und einfach einmal festgestellt haben, welches aufgrund der Angaben in der Petition konkret die Auswirkungen sein könnten. Hier ist auch festgehalten, dass es sich um Schätzungen handelt. Gewisse Sachen können wir konkret sagen und einige sind Schätzungen. Aber die Schätzungszahlen sind sicher tiefer als die effektiven. Ich möchte Sie bitten, der Empfehlung zu folgen und auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der Stadtrat, wie er klar gesagt hat, auch im Sinne von Marketingmassnahmen, aber auch um positive Zeichen zu setzen, immer wieder bemühen wird, gewisse Vergünstigungen anzubieten, wo es am Platz ist und – ich sage es als Finanzdirektor noch einmal – weniger schmerzt.

Dr. Markus Ammann: Ich kann jetzt nicht einfach nichts mehr sagen und dies sang- und klanglos versenken, wie es fast etwas tönt. Natürlich hat es mit dem Geld zu tun. Das ist richtig. Ich glaube, auch der Zusammenhang, den Ernst Zingg erwähnt hat, ist nicht ganz von der Hand

zu weisen. Wir haben hier ganz andere Vorschläge diskutiert, zum Beispiel allen in der Stadt 200 Franken zu verteilen oder was auch immer. Wir haben gesagt, es gebe auch bessere Ideen als irgendwelche Giesskannenprinzipie, wenn wir Geld einsetzen, und haben uns überlegt, wo es wirklich Ideen gibt, die für die Stadt etwas bringen. Das war eine dieser Ideen, wo man sagen muss: Doch, hier haben wir eine ganz gezielte Gruppe, vor allem auch die Kinder, angesprochen. Wir wollten dort eigentlich eine Attraktivierung für eine ganz gewisse Gruppe, die für ein bestimmtes Angebot auch gelten soll. Das war letztlich auch die Idee dahinter. Wir machen wieder etwas daraus, wie es von Heidi Ehrensam vorher getönt hat. Wir können ja beliebig Geld ausgeben, können ein Hallenbad, eine Strasse, eine Kanalisation mehr bauen. Natürlich können wir dies und machen es ja auch täglich. Aber hier ist es darum gegangen, eine ganz gezielte Erleichterung mit einem sehr gezielten Anreiz zu schaffen. Das ist letztlich dahinter gestanden. Zudem möchte ich noch etwas zur Aussage „Was nichts kostet, ist nichts wert“ sagen. Das ist natürlich ein sehr dummer Spruch. Man kann zum Beispiel nach Bern gehen. Dort sind die Bäder in der ganzen Stadt gratis. Wenn ich dies sehe, bin ich nicht so sicher, ob diese Leute wirklich das Gefühl haben, es sei nichts wert, wenn sie ins Marzili oder im Breitrain in die Badi gehen, sondern das wird massiv genutzt und wird in Bern extrem geschätzt, dass es eben gratis ist. Ich glaube auch nicht, dass das Material dort mehr zerstört wird als an anderen Orten.

Beschluss

Mit 28 : 17 Stimmen wird der Petition nicht Folge geleistet.

Mitteilung an:
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Euch allen danke ich für die Konzentration an diesen beiden Abenden und bin froh, dass wir alle Geschäfte behandeln konnten. Ich wünsche einen schönen Frühling und hoffentlich auch gutes Tauwetter. Die nächste Sitzung findet am 20. Mai 2010 statt.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.